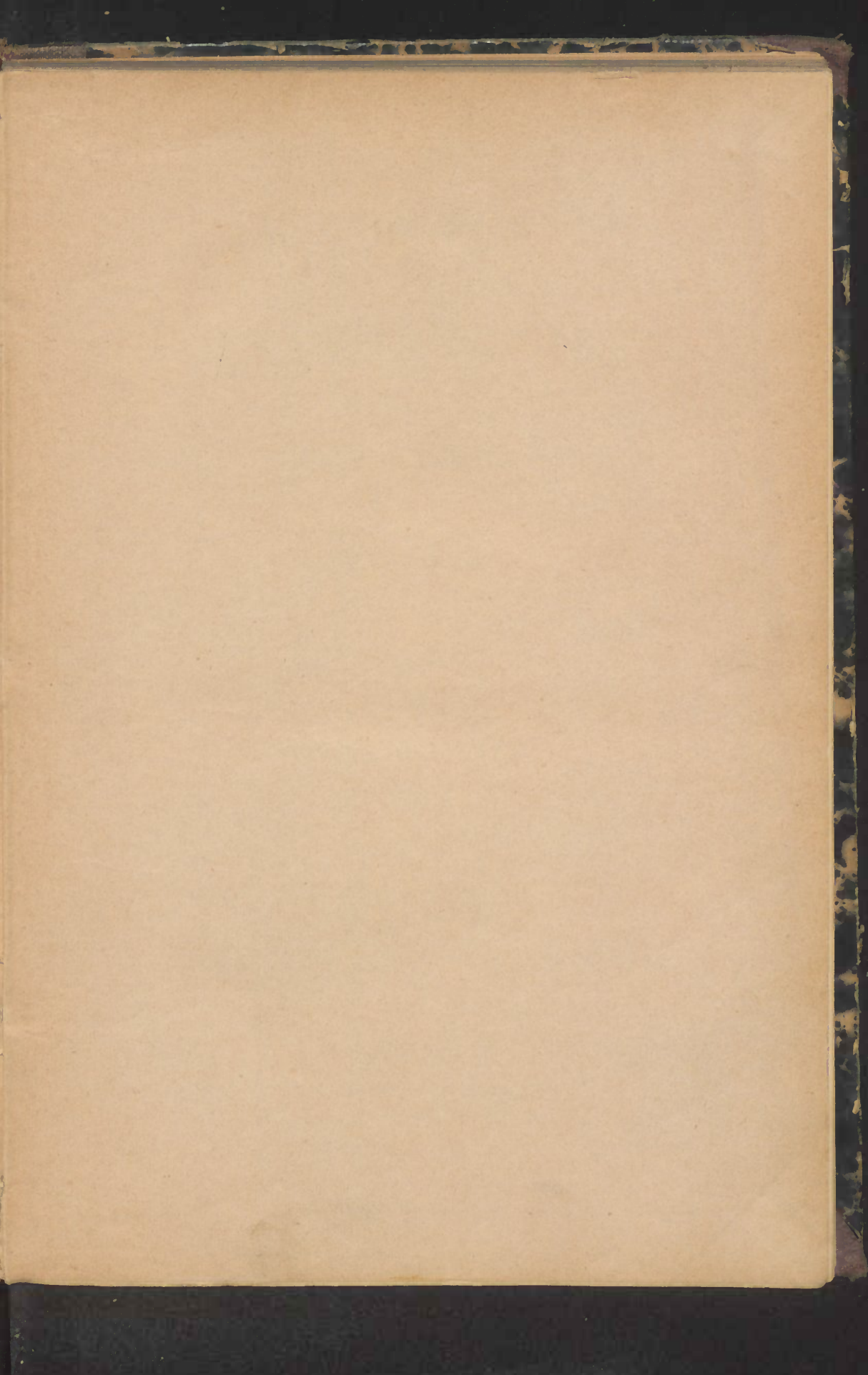
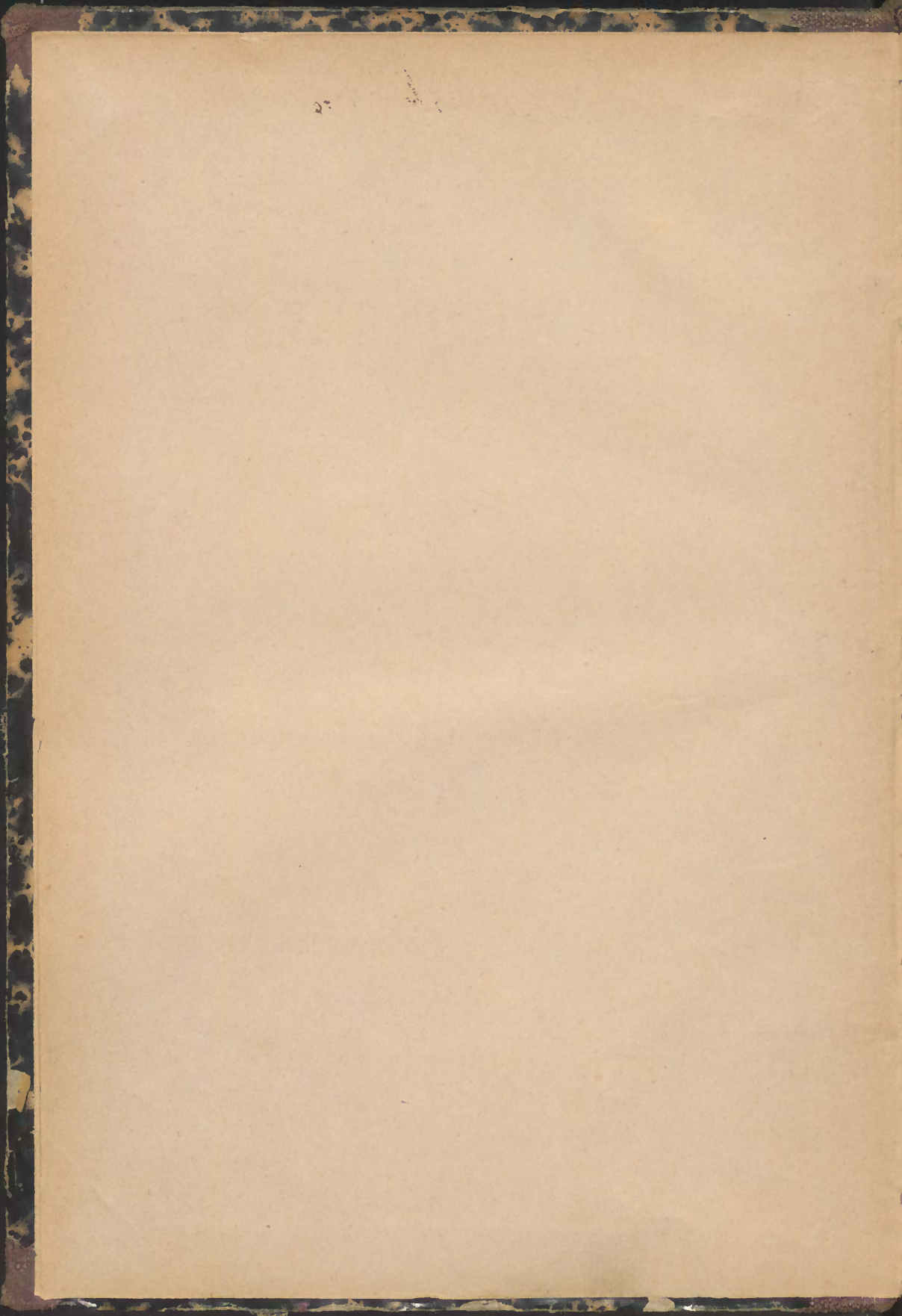


EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
BIBLIOTHEK
II 23178





Heringer.

ANFANGSGRÜNDE

DER

VOLKSWIRTSCHAFT

VON

Dr. E. J. KIEHL.

Dritte Auflage.

Neu bearbeitet

VON

FRANZ RICHTER,

Professor an der nied. öster. Landes-Oberreal- und Handelsschule in Krems.



Berlin, 1884

Puttkammer & Mühlbrecht

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.

676 *Wirtschaft* 21.3.46.
Kiel

*Hausruhe 15/4 84.
(2.40+35)*

Das Recht der Uebersetzung vorbehalten.

[Randbemerkungen und Anmerkungen
stammen aus früheren Zeiten]

Vorwort.

Dieses Buch entstand ursprünglich aus dem Bedürfnisse meines Unterrichts. Seit fünf bis sechs Jahren sind in Holland den preussischen Realschulen sehr ähnliche höhere Bürgerschulen eingeführt, wo in den höheren Classen auch Volkswirtschaft gelehrt wird. Die existierenden Werke in holländischer Sprache hatten, ungeachtet vieler Vorzüge, natürlich den Nachtheil bei dem genannten Unterrichte, dass sie ihm, der noch nicht gegeben wurde als sie entstanden, keine Rechnung hatten tragen können. Weder Vortrag ohne Handbuch noch Dictieren ist anzuempfehlen, und so entstand allmählig das vorliegende Werkchen. Die oft übliche Theilung durch grösseren und kleineren Druck giebt Gelegenheit, über diejenigen Stellen leichter hinwegzugehen, welche der jedesmalige Lehrer für weniger wichtig oder für zu schwierig halten mag; denn in dieser Hinsicht giebt es von einander sehr abweichende Meinungen.

Vorliegende deutsche Bearbeitung unterscheidet sich sehr wenig von der holländischen und war schon ziemlich weit fortgeführt, ehe in diesem Frühlinge die zweite Abtheilung jener erschien, das Stück von No. 184 an. Nur was speciell holländisch war, ist weggelassen oder durch Anderes ersetzt, einige neueste Notizen hinzugefügt, Einzelnes verbessert. Bei dem Münzwesen sind die holländischen Beispielen beibehalten, nicht weil sie holländisch sind, sondern weil sie die Besten zu sein schienen. Dies aber, und manche andere Einzelheit wird der Leser mit ein wenig Nachdenken sich selbst sagen.

Auch dass ein Lehrbuch, nicht aber ein Lesebuch beabsichtigt ist, zeigt sich sogleich. Ein Handbuch zum Unter-

richte, ja in mancher Hinsicht zum Elementarunterrichte, darf wohl nicht überall das Neueste, Tiefsinnigste der Wissenschaft mittheilen wollen oder sogar Entdeckungen anstreben, selbst wenn das erreichbar wäre. Meine Sorge war darauf gerichtet, das Mitgetheilte wo möglich einerseits scharf zu fassen, zu redigieren, andererseits mir selbst und dem Leser Gewissheit zu verschaffen, dass es stärkere Stützen besässe, als bloss das Urtheil und die Argumentation des Verfassers, dass es, so weit man das sagen kann, wissenschaftlich feststehe.

Daher, sei's denn auch mehr für den Lehrer und den Selbstunterricht als für den Schüler, das regelmässige Anführen von Gewährsmännern. Soweit sie reichten, sind dies hauptsächlich zwei:

J. Stuart Mill, *Principles of Political Economy*, with some of their applications to social philosophy. Ich brauchte die *people's edition*, Abdruck der 6^{en} Ausgabe, London, Longman, 1865, klein 8.

W. Roscher, *die Grundlagen der Nationalökonomie* (1^{er} Theil seines auf vier Theile berechneten *Systems der Volkswirtschaft*). Ich brauchte die 5^e vermehrte und verbesserte Auflage, Stuttgart, Cotta, 1864.

In der Anordnung folgte ich Mill, soweit dieser reicht. Er setzt nämlich bei seinen Lesern viel weniger voraus, als Roscher: jeder Gebildete kann sofort an die Lectüre seines Werkes gehen und wird jedes Bedenken ausführlich erörtert, jeden Satz durch eine vollständige Argumentation eingeleitet und erklärt finden. Für Schüler und jeden Anfänger schien also diese Methode vorzuziehen. Die Vorzüge von Roscher's Werk anzugeben, zumal in Deutschland, ist wohl überflüssig. Jeder kennt sie.

Mill giebt so zu sagen eine zeitgemässe Umgestaltung von Adam Smith's *Wealth of Nations*. Sowohl er, als Roscher folgen der Eintheilung, welche Say aus Smith systematisiert hat, in die vier oder wohl besser drei Theile: Erzeugung der

Güter, ihre Vertheilung und Umlauf (Tausch), und ihren Verbrauch. Allmählig haben sich allerlei andere Gegenstände an diese gehängt, und auch die genannten Autoritäten haben sie nicht alle unter vorstehende Gruppierung zurückgebracht, die Eintheilung nicht ganz durchgeführt. Logisch, meine ich, muss sie durchgeführt werden. Dass hier dennoch u. a. Steuern, Anleihen, Bevölkerungslehre, öconomischer Wirkungskreis des Staates angehängt und nicht einverleibt sind, liegt an verschiedenen, meistens pädagogischen Gründen: man wird z. B. leicht einsehen, weshalb die beiden letztgenannten Gegenstände dem letzten Lehrjahre zufallen. Für ein Lehrbuch schienen mir diese Gründe überwiegend.

Manchmal stehen die Zeichen „ “ nicht gerade bei einer angeführten Stelle. Es wird dann ein mehr oder weniger üblicher, oft nicht ganz genauer Ausdruck gemeint.

So möge denn dieses Werkchen seiner Bestimmung entgegengehen. Möge das deutsche Publicum es in demselben Sinne empfangen, in welchem es ihm geboten wird, nämlich in dem, dass die Wissenschaft, auch in so bescheidener Erscheinung als hier, Gemeingut und keines gebildeten Volkes Alleingut ist, dass ein wichtiger Theil unserer Entwicklung darin besteht, aufzufassen und zu dem unseren zu machen, was unsere Nachbarvölker Wertvolles besitzen. Grosse Nationalitäten, wie die deutsche und englische werden immer in sich selbst einen grossen und reichen Fond haben, der für kleinere nicht erreichbar ist; dafür können diese leichter mehr kosmopolitisch sein und die Resultate ausländischer Forschung sich eher und freudiger aneignen. Auch wir verdanken sehr Vieles der deutschen Forschung; dem Verfasser wäre es ein wohlthuendes Gefühl, wenn sich fände, dass er gegenseitig im Nachbarlande, wäre es auch noch so wenig, einigen Nutzen gestiftet hätte.

Middelburg, 2. October 1869.

E. J. Kiehl.

Vorwort

zur dritten neubearbeiteten Auflage.

Auf Ersuchen der Herren Puttkammer & Mühlbrecht habe ich mich der Aufgabe unterzogen, die in ihrem Verlage bereits in zwei Auflagen erschienenen und seit einigen Jahren vollständig vergriffenen „Anfangsgründe der Volkswirtschaft“ von Dr. E. J. Kiehl, der am 26. November 1873 starb, neu herauszugeben.

Es veranlasste mich hiezu hauptsächlich der Umstand, dass ich während meiner zehnjährigen Lehrthätigkeit an der nieder-österreichischen Landes-Handelsschule in Krems den Wert dieses Buches, als Leitfaden für den volkswirtschaftlichen Unterricht kennen lernte und den Mangel desselben schwer empfand, als es in den letzten Jahren vollständig vergriffen war. (Bekanntlich ist das Buch mit Erlass des h. k. k. Unterrichts-Ministeriums vom 19. März 1875 Z. 1385 zum Gebrauche an österreichischen Handelslehranstalten zugelassen worden und stand auch an mehreren derselben, so an der Wiener Handelsakademie, in Verwendung.)

Bei aller Anerkennung für die übrigen volkswirtschaftlichen Lehrbücher, ist meiner Ansicht nach, nicht leicht eines derselben für den Elementarunterricht und zur Anregung für volkswirtschaftliche Studien in gleicher Weise geeignet, wie das von Dr. E. J. Kiehl verfasste, weil es in möglichst knapper Form alles Wissenswerte berührt und dadurch dem Lehrer ein weites Gebiet für seine

Vorträge eröffnet und frei hält, dem Lernenden aber eine Fülle von Anregungen bietet. Allerdings fand ich mich veranlasst, viele Abschnitte — wie aus dem Inhaltsverzeichnisse ersichtlich ist — einer vollständigen Umarbeitung oder bedeutenden Ergänzung zu unterziehen; ich benutzte hierbei u. A. die Werke von W. Roscher, Adolf Wagner, Rodbertus und hatte auch insbesondere als Mitglied des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrathes vielfach Gelegenheit, aus der frischen Quelle des Lebens das nöthige Material zur Behandlung der einzelnen Zweige der Volks- und Staats-Wirtschaft zu schöpfen.

Übrigens habe ich mich bemüht, den ursprünglichen Character des Buches in Bezug auf Eintheilung und Textierung möglichst wenig zu verändern.

Ich hoffe deshalb zuversichtlich, dass diese neue Auflage eine ebenso freundliche Aufnahme findet, wie die vorhergehenden.

Wien, den 15. Februar 1884.

Franz Richter.

ERSTER ABSCHNITT.

Grundbegriffe.

1. Volkswirtschaft ist die Lehre von den gesellschaftlichen Gütern¹.

Die Namen Oekonomie, Nationalökonomie, Staatswirtschaft, économie politique sind gleichbedeutend. S. Roscher I § 16 und Anm. 1, S. 27 und 29.

2. Sie lehrt von den gesellschaftlichen Gütern selbst, wie diese

I. entstehen (erzeugt, produciert werden),

II. von der menschlichen Gesellschaft beeinflusst, also:

a. vertheilt (zwischen Arbeitern — [Unternehmern] — Capitalisten und Grundbesitzern),

b. ausgetauscht (in Umlauf gesetzt), und

III. verbraucht (verzehrt, consumiert) werden, wie sie untergehen.

3. Gesellschaftliches Gut heisst dasjenige, was unsere Wünsche befriedigt. Wir wünschen dasjenige zu befriedigen, was wir für unsere Bedürfnisse halten; Bedürfnisse aber hat Jeder; was sie befriedigt, nennt man nützlich, man sagt, es hat Nutzen.

4. Manches hat schon einen Nutzen, so wie es von der Natur (allein) gegeben wird. Solche Güter haben ihren Nutzen nicht von Menschen, sondern (so gut wie) ausschliesslich von der Natur selbst erhalten.

Z. B. Gold (Silber nicht), Steinkohlen, Salz, Wild, Fische, Korallen, fliessendes Wasser, fruchtbarer Boden in noch unangebauten Ländern.

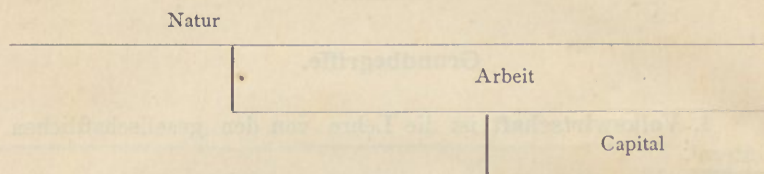
5. Will man aber seine Wünsche befriedigen, so muss man selbst oder sonst irgend Jemand sich Mühe dafür geben, m. a. W. sich dafür anstrengen. Diese (nicht blofs körperliche, sondern bestimmt auch geistige) Anstrengung oder Menschenarbeit pflegt dann den Gegenständen nützliche Eigenschaften zu ertheilen.

6. Die Gegenstände erhalten also ihren Nutzen theils von der Natur und theils von der menschlichen Anstrengung, d. h. von der

Kiehl, Volkswirtschaft.

Arbeit. Dazu kommt ausserdem das Capital¹, wie wir bald sehen werden. Man nennt dann Natur, Arbeit und Capital die drei Productionsfactoren.

¹ Wohl liesse sich entgegenen: Capital ist nur Resultat der Arbeit, es ist nur (nach Ricardo's Schule, Roscher § 47 S. 87f) „accumulierte, aufgehäufte Arbeit“ — Arbeitsproduct — „travail accumulé, accumulated labour“. Lasalle, *Bastiat-Schulze* S. 81, 89, 159. Dann wäre aber auch die Arbeit zuletzt nur Naturproduct, das Resultat der in dem Körper des Arbeiters und den übrigen Naturproducten enthaltenen Naturkräfte. Die Natur producirt u. a. Arbeit, und beide gemeinschaftlich producieren u. a. Capital. Durch folgende Figur könnte daher der Zusammenhang der drei Productionsfactoren dargestellt werden:



Sind sie gleich aus einander entstanden, im jetzigen Zustande der menschlichen Gesellschaft haben sie eine selbständige Existenz und können vereint und gleichberechtigt schaffen.

7. Production. Die Natur bietet Gegenstände und sogenannte Kräfte. Wir Menschen können freilich keinen Gegenstand aus dem Nichts erschaffen, wir können aber durch den Beistand der Naturkräfte die Naturgegenstände so versetzen², dass sie nützliche Eigenschaften bekommen. Dieses Nutzenschaffen wird in der Volkswirtschaft: Erzeugen, Producieren genannt.

¹ Jeder kennt die Naturobjecte: Thiere, Pflanzen, Gase u. s. w., auch die Naturkräfte, Electricität, Galvanismus u. s. w. Man beachte aber, dass z. B. Wärme, Schwerkraft, Muskelstärke, Zähigkeit bei Pflanzenfasern u. s. w. eben so wohl Naturkräfte sind, als z. B. Elasticität (Spannkraft) und Magnetismus.

² S. No. 34. Schon wer ein Feuer erzeugen will, muss z. B. Holz, Torf, Steinkohlen, seinen Feuerbrand, Späne oder dergleichen so zusammenstellen, dass sie Feuer fangen können. Wer Eisen schmiedet, verändert das Ortsverhältnis der Theilchen gegen einander u. s. w. Mill I § 2 S. 16ff.

8. Capital. Wäre Jemand allein auf der Welt, oder in solch einem Erdenwinkel, dass er dort keine fremde Hilfe erlangen könnte, so müsste er beinahe seine ganze Zeit der Sorge für die aller-einfachste Nahrung und Bekleidung widmen. Schwerlich würde er sonst etwas anfangen können, denn er müsste es jedesmal liegen lassen, um sich wieder Nahrung zu schaffen, es sei denn, er hätte Nahrung im Vorrathe. Arbeit mit Werkzeugen ist weit zweckmässiger, als ohne sie; er wird also zu zweckmässiger Arbeit auch Geräth im Vorrathe haben müssen. Solcher Vorrath heisst Capital, nicht blofs an Geld, sondern auch an Nahrung, Kleidung, Wohnung,

Geräth, Korn zur Aussaat, kurz alles, was Tauschwert hat und gebraucht wird, um wieder etwas Anderes zu producieren.

Man denke an Robinson auf seiner Insel. — In unserem Klima würde man ohne Capital (in diesem Sinne) nicht lange das Leben fristen.

9. Capital entsteht theils aus der Natur, theils durch menschliche Anstrengung. Sobald es aber Capital giebt, geht die Production viel schneller vor sich. Schon seit Jahrhunderten giebt es Capital; wir könnten uns kaum vorstellen, wie unglücklich eine Gesellschaft ohne jedes Capital sein würde. Und deshalb sagt man mit Recht, dass Gütererzeugung durch Natur, Arbeit und Capital stattfindet.

Holz, Eisen, Korn schafft die Natur; wir machen aus Holz und Eisen ein Beil, wir haben soviel Korn gesät und geerntet als nicht bloß für den Augenblick, sondern auch für die Dauer unserer ferneren Arbeit hinreichend ist. Oder es hat sonst Jemand das Beil gemacht und das Korn gesammelt und wir genießen die Frucht seiner Anstrengung.

10. Tausch. Hätte nun Jeder sonst nichts, als was er selbst sich gemacht hat, so hätte er noch wenig Genuß. Nun kommt es aber häufig vor, dass von zwei Menschen der eine ein entbehrliches Gut besitzt, welches der andere wünscht, während jener den Wunsch nach einem Gute hegt, das dieser abgeben kann. Diesen Beiden ist geholfen, wenn Einer dem Anderen das gewünschte Gut giebt; so entsteht der Tausch.

Um Reis zu essen, der in Mitteleuropa nicht wachsen kann, müssen wir z. B. die Menschen in Indien darum angehen. Unsererseits schicken wir ihnen wieder Manufacturwaren, welche dort nicht verfertigt werden, und Beiden ist geholfen.

11. Man kann einen Gegenstand gegen den anderen tauschen. Man kann aber auch sagen: Gieb mir dein Gut, dann werde ich so lange für dich arbeiten. Auch das ist Tausch, freilich nicht eines Gegenstandes gegen einen anderen; man kann es aber Tausch eines Gegenstandes gegen Arbeit oder Anstrengung nennen. Solche Arbeit heisst Dienst. Tauschen also kann man Gegenstände gegen Gegenstände, oder gegen Dienste, oder Dienste gegen Dienste.

12. Durch Tausch werden viel mehr Arten von Gegenständen zugänglich, als wenn man sie alle selbst erzeugen müsste; man kann dadurch weit mehr Bedürfnisse und Wünsche befriedigen. Nun wünscht man aber auch Allerlei, man wird fortwährend mit Neuen bekannt, dadurch entstehen neue Wünsche und Bedürfnisse, und somit stets mehr Tausch und Handel.

13. Wer gewinnt beim Tausche, m. a. W. was tauscht man eigentlich? Betrachten wir den Tausch im Allgemeinen. Gesetzt, Jemand, den man A nennen kann, wollte mit einem Anderen B, so tauschen, dass dieser Andere immer verliert und merkte, dass er

verliert, so würde Niemand sich als B finden lassen und A könnte nicht tauschen. Hätte keiner von Beiden Vorthail dabei, so ginge es auch nicht. Ja selbst dann, wenn B sein Verlieren nicht merkte, dauerte solcher Tausch nicht lange, indem B's Vermögen bald dahin sein würde. Wir sehen aber die Menschen fortwährend mehr tauschen, weil beide Theile beim Tausche gewinnen.

Das ist nun auf folgende Weise möglich. Im Augenblicke selber, wo A seine Ware gegen B's Ware austauscht, sind beide Güter gleich viel wert, das ändert sich aber. A hat ja das von B erhaltene (*b*) lieber, als was er selbst hatte (wir können dies mit *a* bezeichnen), denn er giebt *a* für *b* hin; er bedarf B's Ware eben mehr, als die eigene, wie z. B. der Bäcker genug Brot hat, aber auch Fleisch begehrt, der Fleischer dagegen Brot.

Vielleicht kann A von B's Ware etwas verfertigen, was Jener nicht versteht, und umgekehrt. So liefert der Bauer dem Spinner und Färber Flachs und Krapp, wofür er Kleider bekommt, die ja gesponnen, gewebt und gefärbt sind.

Jeder erhält durch Tausch dasjenige, was er dringender wünscht, als das Ausgetauschte, und darin liegt sein Vorthail.

14. Also erhält Jeder, was er für sich nöthig erachtet, wofür er dem Anderen das ablässt, was dieser für sich benöthigt.

Einer hat Brot und keine Kleidung, ein Anderer Kleider und kein Brot. Einer hat zwei Kähne und keine Hütte, ein Anderer auf derselben Insel zwei Hütten und keinen Kahn. Einer hat zwei Klingen und der Andere zwei Hefte. In diesen Fällen ist Tausch beiden Theilen vorthailhaft. — So entsteht Handel zwischen Ländern, die Eisen oder Eisenwaren erzeugen (England, zumal Birmingham, Sheffield u. s. w.) und Ländern, die Holz, Knochen u. s. w. liefern (die Ostseeländer).

15. Es giebt einen engen Zusammenhang zwischen Tausch und einer seiner Folgen, der sogenannten **Arbeitstheilung**. Erst hat z. B. Jemand, der Nahrungsmittel übrig hatte aber zu wenig Kleider besass, einfach mit einem Anderen getauscht, bei dem das Umgekehrte der Fall war; später hat man (anfänglich vielleicht nach ausdrücklicher Abrede, aber schon seit vielen Jahrhunderten stillschweigend) es darauf ankommen lassen, dass z. B. Zwei künftig nicht länger Jeder Nahrungsmittel für Einen und Kleider für Einen, sondern der Eine Nahrungsmittel für Zwei und keine Kleider, der Andere Kleider für Zwei und keine Nahrungsmittel schaffen würden (Arbeitstheilung): das geschieht und dann tauscht man. (Daher schon die alte Eintheilung: Lehrstand, Wehrstand und Nährstand.)

Durch diese Arbeitstheilung können wir weit mehr zu Stande bringen, als ohne sie. Hundert Menschen, worunter z. B. ein Bäcker, ein Fleischer, ein Schmied, ein Arzt u. s. w., sind in weit besserem Zustande, als wenn Jeder sein eigener Bäcker, Fleischer, Schmied, Arzt u. s. w. sein müsste.

16. Je mehr Naturgegenstände wir zur Verfügung haben, um so besser geht es uns. Die Gegenstände und Kräfte der Natur

sind aber ungleich über die Erde vertheilt. Also schon um diese Naturproducte zu bekommen, bedürfen wir des Tausches.

Handel in Zucker, Eis, Eisen, Steinkohlen, Reis, Baumwolle, Petroleum.

17. Tausch in engerem Sinne (franz. *troc*, engl. *barter*) ist Gegenstand um Gegenstand.

Z. B. ein Stück Brot oder andere Speise um ein Glas Milch oder anderes Getränk.

Das wird oft schwierig.

Wer ein Schaf begehrt, aber nichts anderes zum Tausche hat, als eine Milchkuh, wird sie nicht leicht dafür hingeben. — Wer irgend einen Gegenstand zu vertauschen hat, z. B. ein Pferd, ein Paar Stiefel, eine Badewanne, wird lange suchen müssen, ehe er Jemanden findet, der gerade diesen Gegenstand nöthig hat. Wer ein Haus hingeben will, um während eines oder mehrerer Jahre Nahrungsmittel zu haben, wird das schwerlich auf dem Wege des Tausches erreichen. Man stelle sich Jemanden vor, der Nägel verlangt, aber dafür nichts als eine Kuh zum Vertauschen hat. Welche Schwierigkeiten, wenn man ausrufen muss, wie Baker 1864 in der Nähe der Nilquellen jedesmal hörte: Milch für Salz u. s. w.

18. Man führte deshalb ein allgemein giltiges Tauschmittel, das man gewöhnlich Geld nennt ein; Tauschen um Geld heisst kaufen und verkaufen.

19. Man wird seine Kuh nicht hingeben z. B. für ein Schaf, nicht für 12 fl, aber z. B. wohl etwa für 200 fl. Weshalb? Weil man sie nur hingiebt für soviel, als sie wert ist, für ihren Wert.

Unter Wert versteht man die Bedeutung, welche man einem Gute wegen seiner Nützlichkeit beilegt.

20. Man unterscheidet: Gebrauchswert und Tauschwert.

Unter Gebrauchswert versteht man die Bedeutung, welche ein Gut für die Zwecke des unmittelbaren Gebrauches seitens des Besitzers oder Begehrers hat. Die meisten Güter der Erde haben Gebrauchswert unter gewissen Umständen.

21. Unter Tauschwert hingegen versteht man den Wert, welcher einem Gute wegen der Austauschbarkeit gegen andere Güter beigelegt wird. Der wirkliche Tauschwert kann nie höher sein, als der Gebrauchswert.

22. Der Tauschwert einer Sache ist derjenigen Quantität anderer Sachen gleich, welche man für die erstgenannte feil hat zu einer gewissen Zeit und an einem bestimmten Orte.

Man kann also nicht sagen: der Tauschwert z. B. von Eisen ist so gross, sondern nur der Tauschwert von Eisen, z. B. in Baumwolle ausgedrückt, ist heute hier so gross.

23. Das würde lästig werden. Da im Verkehre das allgemein angenommene Tauschmittel das Geld ist, drückt nun am bequemsten alle Tauschwerte in Geld aus und man nennt dann den in Geld ausgedrückten Tauschwert jeder Ware ihren Preis.

früher

24. Tauschwert ist relativ.

Ein Schaf z. B. hat weniger Tauschwert als ein Rind, aber mehr als ein gewöhnliches Taschenmesser.

25. Tauschwert ist veränderlich.

Ein Eisschlitten ist in Grönland unentbehrlich, bei uns dient er hauptsächlich zum Vergnügen, zwischen den Wendekreisen kann man ihn nicht brauchen. Freilich ist das der Gebrauchswert: man wird nun aber auch in Java nichts für einen Eisschlitten hingeben wollen, in Grönland aber wohl (Tauschwert). Gewöhnliches Obst ist im Winter kostbar. Häuser, Landbesitz, Heu, Korn u. s. w. sind zuweilen theuer, zuweilen wohlfeil. Wir sehen das zwar an den Preisen (nicht unmittelbar an den Tauschwerten selbst), es bliebe aber auch wahr, wenn es kein Geld gäbe.

26. Völlig nutzlose Sachen nimmt Niemand im Tausche an. Niemand giebt etwas hin für eine Sache, die ihm nichts nützt. Nichts kann daher Tauschwert besitzen, ohne Gebrauchswert zu haben, aber nicht umgekehrt; denn höchst nützliche Sachen, die man umsonst bekommen kann (z. B. Wasser in den meisten Fällen), haben keinen Tauschwert. Niemand giebt etwas hin für etwas, was er umsonst erhalten kann. M. a. W. Nichts kann Tauschwert haben, wenn nicht eine gewisse Schwierigkeit es zu erlangen besteht.

27. Diese Schwierigkeit des Erlangens kann durch drei Ursachen bedingt sein:

1. Das Angebot kann gar nicht zunehmen, oder so gut als nicht¹.

2. Das Angebot kann (innerhalb gewisser später zu betrachtender Grenzen) unbestimmt zunehmen, unter der Bedingung, dass auch die Kosten verhältnismässig oder so gut als verhältnismässig zunehmen. M. a. W. für verhältnismässig mehr Aufopferung auch verhältnismässig mehr Angebot².

3. Das Angebot kann zunehmen unter der Bedingung, dass die Kosten in noch stärkerem Masstabe steigen. M. a. W. für Zunahme der erreichbaren Menge, ist unverhältnismässig mehr Aufopferung nöthig³.

¹Gemälde und Bildhauerwerke alter Meister, gewisse Sorten feiner Weine, seltene Bücher, Münzen u. s. w.

²Die meisten Waren in gewöhnlichen Fällen: Kaffee, Bausteine, Leinwand, Tischmesser, Stühle u. s. w.

³Grundstücke, Bergbauprodukte, landwirtschaftliche Producte in den meisten Fällen u. s. w.

ZWEITER ABSCHNITT.

Die gesellschaftlichen Güter selbst von ihrem Ursprunge bis zu ihrem Untergange.

I. Die Productionsfactoren.

A. Natur.

28. Die Natur als Inbegriff aller organischen und unorganischen Dinge und der diese gestaltenden Kräfte spielt bei der Güterproduction eine grosse Rolle. Die von der Natur dargebotenen Kräfte und Stoffe sind entweder in nahezu unbegrenzter Fülle oder in beschränkter Masse vorhanden; aber nur wenige derselben kann der Mensch ohne Anstrengung benutzen (z. B. Licht, Luft und Wasser), welche daher auch in der Regel keinen Tauschwert trotz ihres hohen Gebrauchswertes besitzen.

29. Grossen Einfluss auf die Productionsverhältnisse eines Landes hat das Klima; von demselben hängt das Gedeihen der Pflanzen und Thiere ab. Doch sind die günstigsten wie die ungünstigsten klimatischen Verhältnisse der Entwicklung der Menschheit gleichmässig abträglich. *Reinhold*

In den paradiesischen Lagen der heissen Zone, wo die Natur den Menschen unmittelbare Genussmittel fast ohne Mühe reichlich darbietet, erschaffen die menschlichen Kräfte, während sie in den Polargegenden, wo der Mensch trotz der grössten Anstrengungen der Natur nur das Nothdürftigste abringen kann, erstarren.

Die gemässigten Zonen sind es, wo die menschlichen Kräfte sich nach allen Richtungen am besten entfalten, weil in diesen Gegenden die Natur fast nichts umsonst darbietet, aber durch menschliche Arbeit sich sehr viel abringen lässt; der Mensch wird daher arbeitslustig sein, weil er von seiner Anstrengung den besten Erfolg erwarten kann und weil ihn sonst Hunger und Kälte bedrängen würden.

30. Die Beschaffenheit des Bodens hat gleichfalls grosse wirtschaftliche Bedeutung. Ob das Erdreich dem Ackerbau, dem Wein- und Obstbau günstig ist, ob es nur zur Weide oder zur Waldcultur benutzt werden kann, ob in der Erde sich wertvolle Schätze vorfinden, ist entscheidend für die wirtschaftlichen Zustände der Bewohner. *Ludwig*

31. Auch die Gewässer sind in wirtschaftlicher Beziehung für ein Land höchst bedeutsam. Auf dem Meere findet der Verkehr *Grossvater*

nach allen Richtungen freie Bahnen; das fliessende Wasser benützt der Mensch als Triebkraft in mannigfachster Weise; sehr wichtige nutzbare Stoffe, wie Salz, Wasserthiere etc., werden aus den Gewässern gewonnen. Daher sehen wir an günstig gelegenen Punkten der Meeresküsten oder der Flüsse die grossen Städte emporblühen.

32. Von jeher war es das Bestreben der Menschen, sich die Naturkräfte möglichst dienstbar zu machen; zuerst benützte der Mensch die Zugkraft der Thiere, dann die Triebkraft des Wassers und des Windes; in neuerer Zeit werden die ungeheuren Kräfte des Dampfes und der Electricität zur Güterproduction verwendet, wodurch eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Menschen herbeigeführt wurde, so dass nothwendiger Weise eine neue Wirtschaftsordnung zum Durchbruche gelangen muss.

†

B. Arbeit.

33. Arbeit ist die bewusste menschliche Thätigkeit, wodurch etwas Nützliches erzielt werden soll, und bildet die Lebensaufgabe des Menschen.

34. Die körperliche Anstrengung des Menschen kann nichts mehr als Stoffe bewegen, d. h. Bewegung verursachen (oder hemmen). Ein grosser Theil derartiger Arbeit wird mit Hilfe der Naturkräfte verrichtet.

Zähigkeit der Fäden, die man webt. Das Keimen des gepflanzten Samenkornes. Grössere Härte der Säge, als des Holzes. Das Zünden des Brandstoffes, das Schmelzen, z. B. im Wasser, und andere chemische Verbindungen, aber auch die Muskelkraft selbst bei Zugthieren und ebenso bei den Menschen u. s. w.

35. Gewöhnlich theilt man die gesellschaftliche Arbeit in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ein.

Unter Gewerbe versteht man die Fabrikindustrie, wo im Grossen gewöhnlich mit Maschinen gearbeitet wird, und das Handwerk, wo die bewegende Kraft hauptsächlich vom menschlichen Körper ausgeht und nur im Kleinen producirt wird.

Man kann dann sagen: Landwirtschaft producirt hauptsächlich Bodenerzeugnisse. Handwerks- und Fabrikindustrie giebt den Stoffen andere Formen. Der Handel endlich bringt die Gegenstände aus den Händen der Producirenden in die der Verbraucher.

36. Diese Eintheilung ist nicht genau und unvollständig. Es giebt eine Menge Fälle, wo man nicht weiss, ob sie der Landwirtschaft, dem Gewerbe oder dem Handel zuzurechnen sind. Und es giebt eine Menge Fälle, die zu keiner dieser drei Gruppen gehören (Mill I. II § 9 S. 27).

Z. B. Jäger, Fischer, Grubenarbeiter, Goldsucher gehören zu keinem der genannten Arbeitszweige. Man hat diese Beschäftigungen zuweilen zu einer 4. Art vereinigen wollen und diese Sammelindustrie genannt. Aber auch

dies ist sehr ungenügend und man verliert hiebei den Vortheil, im täglichen Leben Jedem verständlich zu sein.

Bei obiger Eintheilung ist man genöthigt z. B. die Viehzucht zur Landwirtschaft zu rechnen und die blosse Seefahrt (Matrosen u. s. w.) zum Handel.

Die Anlage von Strassen, Deichen, Kanälen, muss man diese etwa zur Fabrikindustrie bringen? Das Ziehen von Baumwolle, Krapp u. s. w. gehört das mehr zur Landwirtschaft oder zur Fabrikindustrie? Die Zuckerbereitung aus dem Ahornbaume müsste nach obiger Eintheilung der Sammelindustrie, die aus Rohr hauptsächlich der Landwirtschaft, die aus Runkelrüben grösstentheils der Fabrikindustrie zugewiesen werden. In jedem Weinlande kommt es gar oft vor, dass man auf eigenem Boden seinen Wein baut, bereitet und verkauft. Sind das nun Landwirte, Fabrikanten oder Kaufleute?

Noch mehr. Alle Fabrikanten und sehr viele Landwirte treiben ihr Gewerbe eben nur, um ihre Erzeugnisse zu verkaufen. Sind alle diese nun Kaufleute?

Alle, die für Lohn ihre Dienste leisten, vom Minister an bis zum gewöhnlichen Handarbeiter, sind von dieser Eintheilung ausgeschlossen, ebenso Gastwirte, Unternehmer von Frachtwagen- oder Dampfschiffdiensten u. s. w.

Alle sogenannten freien Künste oder Gewerbe gelehrter Bildung bleiben ausserhalb der genannten Eintheilung; dies gilt z. B. für Aerzte, Geistliche, Notare, Anwälte, ferner die Schauspieler u. s. w. Man antworte nicht (wie Quesnay's Schüler die „Physiokraten“ am Ende des vorigen Jahrhunderts), dass die genannten Gewerbe deshalb in diese Eintheilung nicht inbegriffen sind, weil sie Nichts „erzeugen“ (genauer: keine Gegenstände erzeugen). Das thut der Handel auch nicht, und der ist wohl mit inbegriffen. Handel ist sehr nützlich, und Medicin auch, Gegenstände aber erzeugen sie beide nicht.

37. Wenn man also obige Eintheilung braucht, bedenke man, dass sie zwar einen oberflächlichen Unterschied zwischen den verschiedenen Arbeitszweigen anzeigt und zum gewöhnlichen Sprachgebrauche des täglichen Lebens gut stimmt, dass aber der Begriff Arbeit dadurch keineswegs genau in seine Bestandtheile zerlegt wird.

Die drei sogenannten Theile der Arbeit, nämlich Landbau, Gewerbe und Handel, haben gegenseitig keine festen Grenzen, sie laufen in einander, und Arbeit hat noch mehrere Arten.

38. Umfassender ist folgende Eintheilung der Arbeit:

I. Arbeiten der Gütererzeugung.¹⁾

II. „ „ Gütervertheilung.²⁾

III. Persönliche Dienstleistungen.³⁾

¹ Landbau, Viehzucht, Bergbau, Jagd, Fischerei, Handwerk, Fabrikindustrie.

² Der eigentliche Handel und alle Arbeiten, die zur Vertheilung der Güter dienen, so alle Verkehrsanstalten.

³ Künstler, Gelehrte, Lehrer, Beamte u. s. w.

39. Ohne Arbeit keine nennenswerte Production. Das Resultat der Arbeit ist aber nicht immer Production selbst, wenigstens nicht (unmittelbare) Production von Stoffen.

40. Arbeit, auch höchst nützliche, kann das sein, was die Physiokraten¹ „improductiv“ nennen, keinen Stoff erzeugend, z. B. die des Frachtschiffers, der Eisenbahngesellschaft, des Arztes oder

Kaufmanns. „Improductiv“ ist also kein Wort des Vorwurfes, und ganz unterschieden von unnütz.

¹ Die Irrthümer der sogenannten Physiokraten können für veraltet gelten. Sie meinten z. B. dass nur Landwirtschaft oder wenigstens nur das Erzeugen von Stoffen productiv wäre, und dass productiv und nützlich dasselbe sei. So (vgl. Roscher § 61, aber auch § 60) müsste man also annehmen, dass z. B. der Violinfabrikant productiv wäre, der Violinspieler aber nicht, während doch die Violine keine andere Bestimmung hat, als gespielt zu werden. Der Apotheker, der eine flüchtig lindernde Salbe (vgl. Roscher S. 110) bereitet, hiesse dann productiv, der grösste Arzt nicht, obwohl vielleicht seine Kenntnis den nützlichsten Menschen von der gefährlichsten Krankheit rettete u. s. w. — Themistokles, Cäsar, Columbus, Luther, Newton, Kaiser Josef II., Napoleon I., Cavour haben nichts productiert: ihre Arbeit war daher „improductiv“, aber unnütz gewiss nicht.

41. Nicht der Stoff ist Resultat oder Product der Arbeit, sondern der erzeugte Nutzen, die „Nützlichkeiten“, wie Einzelne sie genannt haben. Diese sind von dreierlei Art: man findet sie

1. als Eigenschaften von Sachen¹;
2. „ „ „ Menschen;
3. „ einfache Dienste (Leistungen, z. B. die des Gesetzgebers), oft sehr vergänglicher Natur. Das Begehrte (der gewünschte Nutzen) wird selbständig erzeugt, nicht als mit etwas Anderem verbunden, m. a. W. nicht als Eigenschaft irgend eines anderen Gegenstandes (Mill III § 2 S. 29ff).

¹ So zu sagen mit irgend einer Sache verbunden, hineingelegt, zu einer ihrer Qualitäten gemacht. Ein Möbel wird geglättet: der erzeugte Nutzen, Glätte existiert hier nicht selbständig, sondern kommt als Eigenschaft des Möbels vor. — Wenn dagegen eine Musikausführung uns Freude macht, wenn die richterliche oder bewaffnete Gewalt uns beschützt, dann sind Freude und Schutz ganz losgelöst und keines Gegenstandes Qualitäten.

42. Nur das in 41 unter 1 Genannte gilt Vielen noch jetzt und galt hauptsächlich früher als Reichthum, denn wer „productiv“ sagt, meint ja „Reichthum erzeugend“ (genauer: Tauschwert besitzende Güter erzeugend). Nichts desto weniger hat auch das unter No. 2 und 3 Angeführte Nutzen und Tauschwert und kann selbst Reichthum erzeugen.

Z. B. Eigenschaften von Menschen können Tauschwert erhalten. Man tauscht dann natürlich nicht die Eigenschaft selber, sondern die Arbeit ihres Besitzers. Honorar des Arztes, Gehalt des Beamten.

43. Es lässt sich ganz gut vertheidigen, jede solche Arbeit als productiv zu betrachten, deren schliessliches Resultat productiv ist, d. h. mittelbar oder unmittelbar dazu mitwirkt, den Volkswohlstand zu vermehren oder zu befestigen.

44. Sogenannte improductive Arbeit kann möglicherweise eben so viel Nutzen stiften, als sogenannte productive, oder selbst mehr.

Selbst das Retten eines Menschen aus Lebensgefahr, mit eigener sehr grosser Gefahr und Mühe kann nicht „productiv“ genannt werden. Wer wird es deshalb tadeln oder für unnütz ausgeben?

45. Nicht blofs sogenannt improductiver, sondern auch „productiver“ Arbeit Erzeugnis ist der Verschwendung ausgesetzt.

Jede Gütererzeugung nach veralteter Art. Unvortheilhafte Heizung u. s. w.

46. Es giebt productiven und improductiven¹ Verbrauch. — Manche Gegenstände können kaum anders, als improductiv verbraucht werden, d. h. ohne dass ihr Verbrauch neue Güter erzeugt² (Mill § 5 S. 32f.).

¹ Besser „umbildender“ und schliesslicher Verbrauch.

² Luxusgegenstände: feines Obst, Weine, Kleider, Tabak u. s. w.

47. Streng genommen ist jeder Genufs improductiv, ausser vielleicht der, welcher zur nothwendigen Erhaltung des Lebens und des Maximums productiver Arbeitskraft nöthig ist.

48. Ehe wir von der Arbeit zu ihren Resultaten übergehen, merke man sich noch Folgendes:

1. Mit derselben Kraft oder Fähigkeit kann derselbe Arbeiter um so mehr ausrichten, je mehr er Lust oder stärkeren Willen¹ dazu hat.

2. Mit gleich gutem Willen kann er mehr ausrichten, je nachdem seine (körperlichen² und geistigen³) Fähigkeiten stärker sind.

¹ Also je nachdem er mehr Bedürfnisse hat. Denn je mehr Bedürfnisse, um so unangenehmer, wenn man sie nicht befriedigen kann; das kann der Arbeiter aber nur durch seine Arbeit (deshalb haben hochcultivierte Völker viel mehr Arbeitslust, als Völker, die auf niedriger Stufe der Cultur stehen).

Wenig Bedürfnisse. — Z. B. der Mexicaner auf seinem Stückchen Bananenfeld, Roscher § 36 S. 62f., § 214 S. 439 ff. Die Kleidung eines Neapolitanischen Lazzarone. Mässigkeit in warmen Ländern.

Viele Bedürfnisse. — Heizen der Hausflure in Moskau, Petersburg; dicke Kleidung daselbst. Nothwendigkeit der Deiche in Holland.

Der gute Wille des Arbeiters nimmt aber noch weit stärker zu, wenn seine Arbeit ihm selbst fruchtet.

Tagelöhner, d. h. solche, die nach der Dauer ihrer Arbeitszeit bezahlt werden (Zeitlohn), sind um so besser daran, je länger die Arbeit dauert. Zwei Tage Arbeit sind besser für sie als einer; die Arbeit aber von z. B. 5 Tagen auch in dieser Zeit zu vollenden, haben sie kein Interesse; es ist ihnen selbst vortheilhafter 6 Tage zu brauchen. Deshalb hat man in vielen Gewerben den Stücklohn eingeführt, Bezahlung für jedes Stück oder jedes Pensum, d. h. nach gewisser Arbeitsmenge, so oft sie geliefert wird. Letzterer empfiehlt sich dort, wo eine schleuderhafte Arbeit leicht erkannt wird oder keinen Schaden bringt.

² Körperliche Fähigkeiten. Dieselben sind nationenweise sehr verschieden; so ragen die Engländer durch Arbeitsenergie, die Deutschen durch Arbeitspünktlichkeit, die Franzosen durch Arbeitsgeschmack hervor.

³ Geistige Fähigkeiten; und zwar Kenntnis sowohl des jedesmaligen Faches, als allgemeine Bildung, d. h. Bekanntschaft mit Allerlei, was nicht eben direct zu diesem Fache gehört, aber doch jedesmal vorkommt, wofür gute Volksschulen und zweckentsprechend eingerichtete Fachschulen sorgen müssen.

C. Capital.

49. Productive Arbeit bildet Vorrath (engl. *stock*), Ueberschuss, Capital.

D. h. soweit der Verbrauch das nicht hindert. Und zwar nicht bloss Verschwendung, sondern nützlicher, ja unentbehrlicher Verbrauch, z. B. zum blossen Lebensunterhalt.

50. Gütererzeugung im grossen Masstabe ist unmöglich, ehe sich allmählig Capital gebildet hat.

Güter werden dadurch erzeugt, dass Arbeit (auf Naturproducte verwendet) Capital bildet, und beide gemeinschaftlich neue Güter (also auch neues Capital).

51. Capital ist vom Gelde gänzlich unterschieden.

Geld ist nicht einmal dasselbe wie Reichthum. Es ist nur eine der bequemsten Formen, welche Reichthum annehmen kann. — Häuser, Grundstücke, Schiffe u. s. w. sind eben so wohl Reichthum, als Geld dies ist.

Capital im täglichen Sprachgebrauche. 1. Statt Vermögen. — 2. Den Zinsen entgegengesetzt. — Z. B. das „Capital“, welches Jemand besitzt, das Capital, welches man auf Zinsen ausleiht, der Ausdruck „von seinem Capitale zehren“. In beiden Fällen ist dieser Gebrauch unwissenschaftlich: man nimmt dabei die allgemeine Bezeichnung Capital, nicht einmal genau, für zwei ihrer besonderen Fälle. — Es giebt kein Mittelding zwischen Vermögen (oder Vermögenstheil) und Capital, man kann das Vermögen mit Roscher (§ 43 S. 78 ff.) nur in Gebrauchscapitalien und Productionscapitalien einteilen. (Letztere nennen wir hier Capital.)

52. Was Tauschwert hat, ist fähig Capital zu sein.

53. Capital macht das Stattfinden gewisser Arbeit möglich. Es giebt nämlich den Arbeitern die Rohstoffe, Werkzeuge, den Schutz (Wohnung, Werkstätten, Deiche, Sicherheitslampen, Polizei), deren sie bedürfen, ja die Hauptsache, den Lebensunterhalt, so lange die Arbeit dauert, ohne noch Früchte zu schaffen.

54. Vorrath, den man productiv anwendet, ist Capital.

D. h. den man zu neuer Production anwendet.

Jeder reproductive Reichthum (besser Vermögen, wenigstens Vermögenstheil), d. h. Alles, was Tauschwert hat und zur Gütererzeugung dient, ist Capital.

55. Also ist Capital der verfügbare Ueberschuss von Erzeugnissen (früherer) Arbeit, so weit dieser zu neuer Production angewendet wird (dient).

„Capital ist Resultat der Vergangenheit, um der Zukunft willen dem gegenwärtigen Genusse des Besitzers entzogen.“ Roscher § 45 S. 82.

56. Das Capital des Fabrikanten besteht aus:

1. Gebäuden (nicht dem Wohnhause u. s. w.).
2. Maschinen oder überhaupt Werkzeugen.

3. Rohstoffen, z. B. rohe Wolle oder Baumwolle für den Spinner, gesponnene Garne für den Weber, Stücke Zeug für den Schneider u. s. w.

4. Geld, z. B. für den Wochenlohn.

5. Verarbeitete Güter, die er feil bietet.

Mill IV § 1 S. 34f. — Bei Geld und verarbeiteten Gütern muss man dasjenige nicht mit einrechnen, was der Fabrikant und die Seinigen brauchen, nicht bloss zum nothwendigen Lebensunterhalte, sondern überhaupt zu allen Ausgaben ausser denen des Gewerbes.

57. Ebenso kann man sich das Capital (genauer das Vermögen) eines Volkes oder einer menschlichen Gesellschaft denken. Dessen Bestandtheile sind hauptsächlich:

1. Verbesserungen an Grund¹ und Boden („Bodenmeliorationen“).²

2. Gebäude jeder Art, darunter auch Deiche, Kunststrassen u. s. w.

3. Werkzeuge, Maschinen, Geräthe.

4. Thiere, die man benutzt.

5. Rohstoffe in engerem Sinne.

6. Hilfsrohstoffe³.

7. Unterhaltungsmittel der Arbeiter. Diese müssen während der Production im Vorschusse sein.

8. Handelsvorrath zum Verkaufe.

9. Geld⁴.

10. Sogenannte Quasicapitalien oder unkörperliche Capitalien, z. B. die Kundschaft einer Handlung — Credit aber nicht —, Tüchtigkeit der Arbeiter u. s. w., und für ein Volk zuerst der Staat selbst.

¹ „Die Grundstücke sind in ihren vornehmsten wirtschaftlichen Verhältnissen von den übrigen Capitalien so verschieden, zum Theile sogar diesen letzteren so diametral entgegengesetzt, dass ihre Zusammenwerfung in dieselbe Rubrik doch nur eine scheinbare sein würde.“ Roscher § 42 Anm. 1 S. 77.

² Diese sind oft eng mit dem Boden verbunden und schwierig davon zu unterscheiden, z. B. Urbarmachung, Düngung, Bewässerung, Eindeichung.

³ Z. B. Brennstoffe, Schiesspulver in Minen, Bergstrassen u. s. w., thierische Kohle in den Rohzuckerfabriken: d. h. solche Stoffe, welche bei der Production untergehen ohne in das Erzeugnis überzugehen.

⁴ Geld kann nur dann als Theil des Volksvermögens betrachtet werden, wenn es aus werthabenden Stoffen besteht oder durch solche gedeckt ist.

58. Capital ohne Gelegenheit zur Gütererzeugung ist todttes Capital.

Besser schlafendes Capital. Z. B. der unverkaufte Ladenvorrath, Barvorräthe. Todttes Capital ist eigentlich keines: so lange es „schläft“ oder „todt ist“, dient es keiner neuen Production. —

59. Der Ackerbauer oder kleine Meister ohne Gesellen lebt auch vom (Gebrauchs-)Capital, d. h. von dem, was er früher erwor-

ben hat, vom Vorrathe früherer Arbeit. Dadurch eben geht aber dieser Vorrath unter, natürlich auch als Capital.

60. Ist des Rentners Eigenthum (Vermögen) auch Capital? Im gewöhnlichen Leben nennt man das so, selbst mit Vorliebe; es ist Capital für ihn, für den Staat aber, für die menschliche Gesellschaft, ist es nur dann Capital, wenn die Güter selbst, worauf Geld vorgestreckt ist, productiv verwendet werden.

Also ein Staatspapier, eine Hypothek u. s. w. nicht immer, ja sehr oft nicht.

61. Industrie ist durch Capital beschränkt, oder genauer: die Grenzen des Umfanges der Betriebsamkeit hängen von denen des Capitals ab (S. No. 72 Anm. 1). Es kann nicht mehr Betriebsamkeit geben, als dazu Grundstoffe, Werkzeuge, Lebensmittel u. s. w. vorhanden sind. Es giebt nicht mehr Industrie, als das Capital zulässt (und zwar das *aggregate capital*, Mill v § 1 S. 39 ff.)

Man sagt: sein Capital fixieren, in irgend einer Handlung, in Grundstücken, Fabriken u. s. w. anlegen; man kann nicht mehr Grundstücke, Fabriken u. s. w. an sich ziehen, als es Capital dazu giebt.

Selbst durch Wegnehmen, z. B. durch Eroberung von Grundstücken, Gebäuden, Kaufschiffen, nimmt das Capital nicht zu, es ändert nur den Herrn.

62. Neue Betriebsamkeit kann also nur aus dem Erzeugen neuen Capitals entstehen.

63. Nie also mehr Industrie als Capital dazu. Beinahe immer existiert aber gar nicht einmal so viel Industrie als das Capital zur Noth ermöglichen würde (Mill § 2 S. 41).

Eine Gleichung $a \text{ Capital} = a \text{ Industrie}$ lässt sich nicht aufstellen, kaum denken.

Sonst könnte ja kein Theilchen des Capitals a auch nur einen Augenblick nicht verwendet oder schlecht verwendet gewesen sein. Nur in diesem Falle kann nämlich a Capital sein volles Resultat, sein grösstmögliches Erzeugnis b Industrie bilden.

64. Oft ist in einem Staate Capital in genügender Menge vorhanden, aber es wendet sich nicht der Betriebsamkeit (im Landbau, Industrie und Gewerbe) zu; dies tritt meist dann ein, wenn ein hoher landesüblicher Zinsfuss das Capital zur Anlage in Wertpapieren, welche vom Staate oder Privaten zur Aufbringung der Mittel für unproductive Auslagen emittiert werden, verlockt und wenn die Verhältnisse es begünstigen, dass der Hauptantheil an den Früchten der Arbeit von den an derselben gar nicht theilnehmenden Capitalbesitzern des In- und Auslandes in Anspruch genommen wird. Solchen Zuständen kann der Staat durch seine eigene Finanzwirtschaft und im Wege der Gesetzgebung abhelfen.

65. Capital wird (aus dem Arbeitsproducte) durch Sparen gebildet (Mill § 4 S. 43f).

Selbst das, von dem der einzelne Arbeiter lebt, um so mehr das, wovon Jemand Andere bezahlt, die für ihn arbeiten, muss durch Ersparnis erworben sein.

Dies gilt auch dann, wenn der Erzeuger selbst nicht eigentlich spart, sondern man ihm der Ersparnisse wegen einen Theil des Erzeugten abnimmt, entweder direct, oder z. B. dadurch, dass man ihm aus dem Producte nicht mehr, als den allernöthigsten Unterhalt als Lohn ausfolgt.

66. Auch „gespartes“ Capital wird verbraucht (aber productiv: es wird verwendet, umgesetzt).

Wo nicht, da ist es ja sogenanntes todt (schlafendes) Capital, d. h. genau genommen nicht einmal Capital; denn Capital ist nur, was productiv verwendet wird.

Consumption im engeren, eigentlichen Sinne (untergehen lassen) findet z. B. bei Werkzeugen (durch Abnutzung), bei Rohstoffen (als solchen), z. B. beim Samenkorn, beim Gelde (oder Naturproducten), womit Lohn bezahlt wird, statt, u. s. w.

67. Zwischen Sparen (im weitesten Sinne) und improductivem Verzehren (Verschwenden) ist folgender Unterschied. Auch das Sparen kann möglicherweise mit Auszahlen (Ausgeben) anfangen; um aber zahlend zu „sparen“, muss man productiv ausgeben, d. h. ein Aequivalent des Ausgegebenen zurückerhalten. Beim Verschwender geschieht dieses letztere nicht (Mill I v § 5. S. 44f).

Wer zahlend spart, „bildet Capital“ (er erhält Wert). Im gewöhnlichen Leben nennt man das selten sparen, nur z. B. bei Einlagen in Sparkassen und Sparkassen, wo es wahr ist, und beim Ankauf von Wertpapieren, wo es sehr wahr und sehr falsch sein kann. In beiden genannten Fällen verwendet man seine Ersparnisse. In beiden bekommt man etwas hinzu, die Zinsen. Seines Capitals aber ist man nur im ersten Falle so gut als gewiss. Das Zweite ist oft nur eine unwissentlich waghalsige Speculation.

68. Ein Missverständnis kann daraus entstehen, dass man hauptsächlich an Capital in Geldesform denkt. Wer aber sein Geld nur verschliesst, ist eigentlich ein schlechter Geschäftsführer: er verschleudert die Zinsen¹. Wer sein Geld in einer Sparkasse anlegt, giebt freilich das Geld für einen Zettel (oder Notizbuch) hin, bekommt es aber später mit den Zinsen zurück.

¹ Das Gleichnis des Knechtes, der sein Silbertalent vergraben hatte.

69. Verschwenden, d. h. sein „Geld“ durchbringen, scheint unschädlich. Das Geld sagt man, kommt zwar in andere Hände, existiert aber fort. Das Geld freilich, das Capital (das Vermögen) aber nicht.

Der Ananasverkäufer z. B. bekommt Geld für seine Ware und verliert also nicht. Wer aber für Geld Ananas bekommen hat, besitzt diesen seinen Vermögenstheil nicht länger, sobald die Früchte verzehrt sind. — Wer von seinen Steinkohlenvorräthen Gas verfertigt, oder sie für Geld absetzt, oder Eisenerz damit zu Stahl verarbeitet, verwendet sie productiv; wenn Jemand aber ein Freudenfeuer damit angerichtet hat, dann verschwendet er.

70. Capitalverbrauch, sowohl productiver als improductiver, pflegt sehr schnell und in sehr grossem Masstabe vor sich zu gehen. Capital wird mehr umgesetzt, als in unveränderter Form aufbewahrt (Mill § 6 S. 46f.).

Selbst Häuser, Schiffe, Wälder, Möbel sind ja vergänglich.

71. Die Belohnung (Vergütung) des Producenten findet sich aus dem Erzeugungsvermögen seiner Arbeit und seines Capitals (und Grundbesitzes).

Tausch ist keine Quelle dieser Belohnung. Sowohl im engsten Sinne, als mittelbar durch Geld, bewirkt er nur die Umformung von Jedermanns Belohnung, das Annehmen derjenigen Form, welche jedesmal gewünscht wird (Mill § 9 S. 55). Dadurch kann Tausch, in seinen Folgen, sehr grosse Produktionszunahme veranlassen, aber Tausch selbst erzeugt nichts.

72. Man unterscheidet umlaufendes (Betriebscapital) und stehendes Capital (Anlagecapital).

Umlaufend nennt man dasjenige Capital, welches nach einmaligem Gebrauch völlig in den Wert des Productes übergeht.

Zum umlaufenden Capital gehören die Rohstoffe, das Geld für die Löhne (denn ohne Arbeitslohn — ohne Arbeit — kann das Product nicht entstehen, nicht erzeugt werden). Das umlaufende Capital (d. h. sein Wert) wechselt unaufhörlich die Form, vom Grundstoff z. B. wird es der Reihe nach „Halbfabricat“, fertiges Product, Verkaufspreis, neuer Rohstoff, Halbfabricat u. s. w. („umformende“ Consumption).

Stehendes Capital heisst dasjenige — die Vergänglichkeit seiner stofflichen Bestandtheile vorbehalten — welches in des Producenten Besitz verbleibt, und zwar in derselben Form, m. a. W. dasjenige, welches nach einmaliger und mehrmaliger Benutzung doch (ausser der Abnutzung) unverändert vorhanden bleibt.

So Gebäude, Maschinen, dauerhafte Bodenmeliorationen, die Schiffe des Rheders u. s. w.

Oft (eigentlich immer) fordert dieses stehende Capital Erhaltungskosten. Was hiervon untergeht, thut das durch improductive (besser letzte) Consumption, nicht durch productive („umformende“).

Umlaufendes Capital wird durch jede (productive) Consumption ganz verbraucht: es geht in das Product über und dieses tritt an seine Stelle (eigentlich: jede Wertform des umlaufenden Capitals verschwindet und wird von der folgenden Form verdrängt). Der Ertrag des Erzeugnisses muss also mindestens den (anfänglichen) Wert des umlaufenden Capitals reproducieren, dieses erneuern, sonst giebt es Verlust. Mill § 2 S. 58f.

Beim stehenden Capital ist das anders. Jede Production braucht nur so viel abzuwerfen, dass die Unterhaltungskosten, die Zinsen von Capital und der landesübliche Gewinn vom Ertrage gedeckt werden: wenn das stehende Capital ohne Unkosten auf gleicher Höhe erhalten wird, genügt das vollkommen.

D. Zusammenwirken der drei Productionsfactoren.

73. Die drei Factoren der Gütererzeugung wirken verschieden, hier mehr, dort weniger. Was bestimmt das Mass ihres Einflusses?

M. a. W. weshalb wird an einem Orte so viel mehr (besser, schneller) produciert, als an einem anderen?

Dies kann liegen:

1. an natürlichen Vorzügen¹ (Factor Natur),
2. „ (angeborenen) menschlichen Eigenschaften² (Arbeitskraft),
3. „ (erworbener) Kenntnis der Arbeiter und ihrer Leiter³
(vergl. Capital).

Ad 1: z. B. Fruchtbarkeit¹, günstiges Klima², Mineralreichthum³, günstige Lage an Wasserstrassen⁴. — ¹Sicilien, Valencia; ²die Mittelmeerstaaten, überhaupt Westeuropa; ³England, die Gegend von Lüttich. Charleroi u. s. w. in Belgien; ⁴Griechenland und in geringerem Masstabe Italien, Phönicien, Niederland, England, Panama, Singhapura u. s. w.

Ad 2: M. a. W. an der relativen (aber mittelbaren oder dauerhaften) Energie des Arbeiters. S. No. 48.

Ad 3: Darunter auch das Erfinden und Brauchen von Geräthen in des Wortes weitestem Umfange. Ferner z. B. Wechselbau (Fruchtwechsel), Drainieren (Entwässern) u. s. w. in der Landwirtschaft, das allerwichtigste Zeitsparen in jedem Gewerbe und jeder Hinsicht, schnellerer Capitalumlauf u. s. w.

Zu diesem dritten Punkte gehören Eisenbahnen, Dampfschiffe u. s. w. Allein ebenso gehört das Verbreiten von Kenntnissen unter dem Volke dazu.

Nach Angabe Mill's begreifen die Italiener am leichtesten, im Ganzen sind aber die Sachsen die besten Arbeiter, weil sie die sorgfältigste Erziehung und dadurch die meiste allgemeine Bildung erhalten haben. Die Arbeiter aber mit den meisten Kenntnissen und der sorgfältigsten Erziehung sind auch moralisch in jeder Hinsicht die besten.

In vielen Gegenden bleibt ein Theil des Ackerlandes jährlich unangebaut liegen (Brache); dadurch soll der Boden gleichsam Zeit zum Ausruhen erhalten.

„Da die verschiedenen Pflanzenarten sehr verschiedene Bodenbestandtheile verbrauchen und zur Ausbeutung der Luft wie des Untergrundes in sehr verschiedenen Grade befähigt sind, so kann eine wohlgewählte Abwechselung, namentlich zwischen Halm- und Blattfrüchten, denselben Zweck erreichen, und dann natürlich mit grosser Bodenersparnis. Auch die anderen Zwecke, die man sonst durch reine Brache verfolgt, können durch Fruchtwechsel erreicht werden. Einige Pflanzen (Klee und Gras) machen durch ihre Wurzelung den zu losen Boden fester. Andere (Buchweizen) vertilgen durch ihre starke Beschattung das Unkraut. Noch andere pulverisieren den Boden und machen ihn dadurch zugänglich für atmosphärische Einflüsse (Kartoffeln, Hülsenfrüchte und tiefgehende Futterkräuter).“ Roscher II § 27 S. 77f.

Zu den entfernteren Ursachen grösserer Production gehört Sicherheit, auch Rechtssicherheit (Mill § 6 S. 70 ff.).

D. h. sowohl die Sicherheit gegen in- und ausländische Gewaltthätigkeiten, welche die Regierung schafft; als Sicherheit gegen die vielen Missbräuche, welche Regierungen selbst — und nicht blofs orientalische — verüben.

Z. B. Schwächung des Münzfusses, Staatsbankerott, unmässige Steuerhöhe u. s. w. — Beispiele: Frankreich unter dem ancien régime. Der Islam verbreitete sich sehr schnell wegen der relativen Reinheit dieser Religion, des Muthes seiner Verfechter u. s. w., aber auch, weil die arabischen Eroberer vom persischen Bauer z. B. nur den Zehnten forderten: der eigenen Landesregierung hatte er bis dahin ein Drittel seiner Ernte abtreten müssen.

Mangel an Rechtssicherheit ist eine der Hauptursachen, weshalb z. B. mancher fruchtbare Theil Asiens jetzt arm ist. — Blüte Alt-Griechenlands wegen inländischer Rechtssicherheit, selbst bei grosser auswärtiger Gefahr. — Aus entgegengesetztem Grunde war die kurze Herrschaft der Dreissig den

Athenern so verderblich. Aehnlich die römische Kaiserherrschaft: gegen jeden auswärtigen Feind war man freilich völlig geschützt, es fehlte aber an inländischer Rechtssicherheit.

Alle Privilegien (Vorrechte) stehen einem Mangel an Rechtssicherheit gleich. Vorrecht ist Unrecht, sagt Seume.
Verschwendung zur See, beim Militär, in Pestzeiten.

74. Zusammenwirkung ist eine der stärksten Förderungsarten der Gütererzeugung. Die bekannte sogenannte Arbeits-theilung, wie wichtig sie auch sei, ist nur eine Art der Zusammenwirkung.

1. Einfache Zusammenwirkung, d. h. Zusammenwirken Mehrerer derart, dass Jeder dieselbe Arbeitsart gleichzeitig oder nacheinander zu vollbringen hat, kommt vor z. B. bei dem gemeinschaftlichen Heben oder Schieben von Lasten, dem Hereinschaffen der Ernte, dem Aufmauern eines Hauses u. s. w.

2. Die eigentliche „Arbeits-theilung“ (mehrfache Zusammenwirkung) findet statt, wenn einer z. B. Brot für Zwei und der andere Kleidung für Zwei schafft: man wirkt zu demselben Zwecke zusammen, allein ein jeder vollbringt eine andere Arbeit.

Durch Tausch bekommt Jeder von Beiden dann Brot und Kleidung; ausserdem lehrt die Erfahrung, dass so Jeder besser bedient wird, als wenn Jeder sein eigenes Brot, Kleider u. s. w. selbst machen müsste.

Es ist auch Arbeits-theilung und also selbstverständlich Zusammenwirkung, welche zwischen den Schafhaltern, den Spinnern, Wollwebern, Schneidern, und ausserdem zwischen allen Transporteuren, Gross- und Kleinhändlern und anderen nöthigen Zwischenpersonen stattfindet. Sie wirken ja zusammen, um jedem Bezahlenden Kleidung zu verschaffen, oder wenn man lieber so sagt, zur Production des Rockes.

Diese Zusammenwirkung erstreckt sich aber noch weiter. Alle Genannten z. B., welche vereinigt einen Rock producirt haben, müssen inzwischen ihrer Ernährung sicher gewesen sein. Also nahmen die Erzeuger der Nahrung für die ersteren diesen Theil der gemeinschaftlichen Arbeit (die Nahrungserzeugung) auf sich, wodurch sie zugleich indirect zu jenem anderen Arbeitstheile (der Kleidungsproduction) mitwirkten.

In der jetzigen Gesellschaft geschieht dies beinahe immer ohne eigentliche Verabredung, da man auch ohne dieselbe gewiss ist, dass es geschehen wird.

Bei weitem die meisten Waren könnten ohne Arbeits-theilung überhaupt nicht erzeugt werden. Eine Familie z. B. im Westen Nord-Amerika's kann alleinstehend nicht viel mehr, als die rohesten Sorten Nahrung, Wohnung und Kleidung erzeugen.

Eine solche Familie würde mehr und Besseres erzeugen, falls eine zweite sich in der Nähe niederliesse und sich auf gewisse Erzeugnisse beschränkte. Dann wäre die erste im Stande, die Erzeugung dieser Producte aufzugeben und ihren Bedarf daran (indirect) durch erhöhte Production der übrigen Erzeugnisse und den Austausch zu befriedigen.

Bei Nationen geht es ebenso. Keine blühende Landwirtschaft ohne die Nähe z. B. einer grossen consumierenden Stadtbevölkerung oder ohne Möglichkeit des Exportes.

Die Arbeits-theilung wird immer mehr angewandt, vorzüglich im Fabrikwesen (wenigstens dem mit Handarbeit): die Beispiele der Stecknadeln und Spielkarten sind allbekannt. Das Verfertigen der ersteren hat etwa 18 Theile, das der zweiten ungefähr 70; beim Uhrmachen giebt es in England über 100: so erzeugt man täglich z. B. bis weit über 4800 Stecknadeln per Kopf.

Diese Arbeitstheilung kann in Fabriken (vorbehaltlich anderer Ursachen) so lange als die Arbeit direct von Menschen verrichtet wird, weiter durchgeführt werden. Jetzt strebt aber die Mechanik darnach gerade, solche Maschinen einzuführen, welche so viele Bearbeitungen, als möglich zugleich bewerkstelligen („Arbeitsvereinigung“). Dadurch werden die Resultate der Arbeitstheilung in den Fabriken weniger sichtbar, und erreicht man auch sehr grosse Vortheile. Die Dampfmaschine mit ihren tausendfältigen Anwendungen und die Spinnmaschine (*mule-jenny*, *self-acting mule*) gehören zu den wichtigsten Beispielen.

75. Vortheile der Arbeitstheilung:

1. Jeder Arbeiter bekommt ein erhöhtes Verständnis seines Arbeitstheiles („Uebung macht den Meister“); daher bessere Producte erzeugt werden.

2. In mancher Hinsicht erspart man Zeit und Mühe, auch Geld. Man braucht z. B. nicht jedesmal von der einen zur anderen Arbeit überzugehen, nicht Werkzeuge für mehr als seine eigene Specialität zu haben. Dadurch ist es möglich, dass einerseits tüchtige Menschen sich eine schönere Lebensstellung erringen können, anderseits selbst geistig oder körperlich schwache Personen immerhin noch eine Arbeit finden können. Bei vielen Arbeiten hat man dieselbe Anstrengung, ob man sie auf wenige oder viele Bearbeitungsgegenstände richtet, z. B. bei der Briefpostmanipulation.

3. Man hat mehr Gelegenheit einen Jeden, je nach seinen Fähigkeiten anzustellen.

4. Internationale Arbeitstheilung ist oft die einzige Möglichkeit gewisse Güter mancher menschlichen Gemeinschaft¹ zu verschaffen.

¹ Z. B. Thee, Kaffee, Apfelsinen u. s. w. an Nordeuropa.

Je enger der Markt, d. h. je weniger Gelegenheit zum Absatze der Producte, desto geringer ist gewöhnlich die Arbeitstheilung.

Bei manchen Arbeitszweigen (z. B. Landwirtschaft) ist sie auch geringer, als bei anderen (z. B. Fabriksarbeit).

76. Nachtheile der Arbeitstheilung.

Uebertriebene Arbeitstheilung macht den Menschen einseitig und kann bei Veränderungen im wirtschaftlichen Leben (Krisen), wo oft einzelne Gewerbszweige ganz aufgegeben werden müssen, dadurch grossen Nachtheil bringen, dass die in diesem Zweige Arbeitenden nicht im Stande sind, sich einer anderen, selbst verwandten Beschäftigung zuzuwenden.

Auch die Selbstständigkeit des Menschen leidet sehr, da bei scharf durchgeführter Arbeitstheilung der Einzelne nur immer einen bestimmten Theil eines Ganzen, nie das Ganze auszuführen hat.

Ferner kann die Gesundheit des Arbeiters, sowie seine geistige Kraft schweren Schaden nehmen durch eine ununterbrochen fortgesetzte, ganz einseitige Thätigkeit.

Gegen diese Nachtheile der Arbeitstheilung, die heute fast in jedem Berufe vorkommt, kann sich der Mensch dadurch schützen, dass er in der Zeit seiner Muse¹ auch in anderer Richtung thätig ist², damit aus der Berufseinseitigkeit nicht auch Lebenseinseitigkeit werde.

¹ Grosse Bedeutung der Sonntagsruhe für alle arbeitenden Classen.

² Wert des Turnens für alle stubensitzenden Menschen, besonders für die Schuljugend.

Hohe Bedeutung der allgemeinen Volksschulpflicht, wodurch jeder Mensch gezwungen wird, sich ein bestimmtes Mass allgemeiner Bildung anzueignen, bevor er einen einseitigen Lebensberuf antritt. — Günstiger Einfluss der allgemeinen Wehrpflicht. — Wert der Volksbibliotheken, Theater, Reisen, Betheiligung am öffentlichen Leben.

77. Gütererzeugung im Grossen oder Kleinen. Wo Zusammenwirkung und vorzüglich Arbeitstheilung vortheilhaft ist, da pflegt auch Production im Grossen Vorthelle zu bringen.

Manches Handelshaus würde den Umfang seiner Geschäfte bedeutend ausbreiten können, ohne verhältnismässige Kostenzunahme.

Eine Gasfabrik, welche einmal ihre Röhren durch die Stadt gelegt hat, kann fortan doppelt so viele Flammen mit weit minderem als doppeltem Kostenaufwande liefern. Die Errichtung der Fabrik selbst, die Haupttröhren und die Kosten zur Legung dieser letzteren bleiben unverändert.

Bei Kleinwirtschaften dagegen wird natürlich jeder, selbst der kleinste Bestandtheil sorgsamer beachtet.

Bei freiem Handel und auf offenem Markte zeigen die Verkaufspreise bald, welche Erzeugungsart dieselbe Ware (von gleicher Güte) am wohlfeilsten, also am vortheilhaftesten, produciert.

Grosswirtschaft vortheilhafter bei den sogenannten Fabriken (in engerem Sinne, d. h. die mit Dampfkraft für den Weltmarkt arbeiten) u. s. w.

Kleinwirtschaft. Handwerker, Ackerbauer u. s. w.

Was vortheilhaft mit grossen theueren Maschinen bearbeitet wird, fordert selbstverständlich viel Capital und Production im Grossen.

Z. B. Baumwolle, Eisen (also auch Stahl), Eisenbahnen u. s. w.

Beim Uebergang von der Klein- zu der Grosswirtschaft wird am meisten Unternehmerarbeit erspart: Einer übersieht fortan das Werk vieler Arbeiter. Doch sind Viele, oft mit Unrecht, lieber kleine Meister, als Gesellen in einer grösseren Wirtschaft.

Grosswirtschaft wird durch Association (auch „Genossenschaften“) sehr gefördert. Manche Unternehmungen könnten sonst überhaupt nicht zu Stande kommen.

Z. B. Eisenbahnen. Andere Unternehmungen, z. B. überoceanische (sogenannte transatlantische) Dampffahrten, können freilich durch Privatleute errichtet und erhalten werden, durch Gesellschaften aber weit besser. Andere wieder bedürfen der Bürgschaft eines grossen Capitals, z. B. alle Versicherungen gegen Elementar-Ereignisse.

Association hat ferner den grossen Vorthail der Oeffentlichkeit und den, sich die tüchtigsten Leiter verschaffen zu können.

Dem stehen Nachtheile gegenüber. Einer Association Geschäfte führt nicht der Eigenthümer, sondern ein Lohnbeamter, also mit weit geringerer Verantwortlichkeit und weit geringerem Interesse und nicht voller Freiheit des Handelns.

Der Association fehlt, was man im Volksmunde „des Herrn Auge, das den Acker düngt“ nennt.

78. Bei der Landwirtschaft passt Arbeitstheilung am wenigsten.

Derselbe Arbeiter muss pflügen, säen, ernten, dreschen. Es gäbe wahrlich keinen Vorthail, wollte man jede dieser Arbeiten verschiedenen Personen auftragen.

Hier kann die Frage erörtert werden über die zweckmässigste Grösse eines Bauerngutes. Im Allgemeinen kann man wohl sagen, dass jenes Bauerngut die zweckmässigste Grösse hat, welches die Bauernfamilie mit Vieh und Gesinde fortwährend beschäftigt.

Je nach der Arbeit, die der Boden verlangt, und der Cultivierungsart, die in Anwendung kommt, ist die für ein solches Bauerngut nöthige Grundbesitzfläche sehr verschieden.

Wo nur Ackerbau betrieben wird, ist meist eine Fläche von 15 bis 20 Hektaren genügend, bei Waldbau und Viehzucht ist ein grösserer Grundcomplex erforderlich. In der Landwirtschaft wird sich der grosse Betrieb nur bei Waldbau empfehlen; alle übrigen Zweige der Landwirtschaft werden besser betrieben durch kleine Besitzer, die sich die Vorthelle des Grossbetriebes (Anwendung von Maschinen etc.) durch Vereinigung leicht beschaffen können.

Der kleine Betrieb (durch Bauerneigenthümer) kann dann nachtheilig werden, wenn die Zertheilung soweit fortgesetzt wird, dass die Bauernfamilie nicht mehr das ganze Jahr hindurch auf dem Gute genügende Beschäftigung findet. Wenn Fabriken oder ein grosser Grundbesitz in der Nähe solcher kleiner Besitze sich vorfinden, so kann allerdings die bei letzteren noch übrige Arbeitskraft entsprechend verwertet werden.

Deshalb sagt Roscher II § 53 S. 152 mit Recht: „Soviel kann für ausgemacht gelten, dass eine Mischung von grossen, mittleren und kleinen Gütern, wobei die mittleren vorherrschen, das national und wirtschaftlich heilsamste Verhältnis ist.“

E. Mögliche Zunahme der Gütererzeugung.

79. Hier ist die Frage zu beantworten, nach welchen Gesetzen, unter welchen Bedingungen, und innerhalb welcher Grenzen die Production zunehmen kann.

Production, sahen wir, ist von den drei Grundbedingungen Natur, Arbeit, Capital abhängig.

Unter Capital verstehen wir hier jedes noch vorhandene Arbeitserzeugnis (also den eigentlich verfügbaren Ueberschuss, der Capital sein kann), und unter Naturerzeugnissen alles, was

1. ohne Arbeit erzeugt,
2. erschöpflich ist,

hauptsächlich also **Grundstücke**. Alles, was die Natur fortwährend schenkt, was man sich nicht aneignen kann und was unerschöpflich ist (z. B. Luft, Seewasser, ein gewisses Wärmemass u. s. w.) bleibe hier ausser Betrachtung.

Demnach kann die Production durch Zunahme von Arbeit, Capital und Wert der Grundstücke erhöht werden.

80. 1. Arbeit kann durch Vermehrung der Arbeiter, der Bevölkerung zunehmen.

Im Durchschnitte werden 1000 Menschen mehr arbeiten, als 100.

Für Menschen, ebenso wie für Thiere und Pflanzen, giebt es allerdings nur die blosse Möglichkeit einer sehr starken Vermehrung, sonst würde jede Art bald für sich allein den Flächenraum der ganzen Erde brauchen.

Nehmen wir an 10000 Thiere einer beliebigen Art, die in 50 Jahren sich vervierfacht: diese Zahl würde also in 50 Jahren 40, in 100 160, in 150 640 und in 200 Jahren 2560 Tausend betragen.

Alle Thiere und Pflanzen werden zur Zunahme nach einer geometrischen Progression getrieben (Malthus I. ch. 1., z. B. S. 6, 10; sie „streben“ darnach).

Ebenso die Menschen.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten verdoppelt sich in höchstens 30 Jahren, die Einwanderer **nicht** mitgerechnet (Carey bei Mill x § 2 S. 97, die längste angegebene Dauer); möglich ist es also, dass die Menschenzahl auf der Erde sich in dieser Zeit verdoppele. Nun rechne man nur: in 30, 60, 90, 120, 150, 180 Jahren stiege die jetzige Bevölkerung der Vereinigten Staaten auf 60, 120, 240, 480, 960, 1920 Millionen, also innerhalb zweier Jahrhunderte auf zweimal so viel, als jetzt die Gesamtzahl der Menschheit.

Doch nehmen Pflanzen und Thiere nicht so schnell zu; denn eines verzehrt das Andere (Kampf um's Dasein).

Thiere und Pflanzen bilden die Nahrungsmittel für Menschen und Thiere. Die stärkere Art entzieht der schwächeren die Lebensmittel.

Auch bei Pflanzen verdrängt das Unkraut den Weizen oder umgekehrt; Epheu, Lianen, Parasiten tödten die Bäume, auf und um welche sie leben. Im

Hochwalde verdrängt der stärkere Baum den schwächeren, indem er ihm Licht, Luft und Feuchtigkeit entzieht.

Auch bei den Menschen wird die Zunahme sehr verhindert.

Z. B. in Asien, im mittelalterlichen Europa verursachen Misswachs und andere Theuerungsgründe Hungersnoth, so dass zuweilen Tausende geradezu vor Hunger und Mangel und Hunderttausende durch Krankheiten und andere schädliche Folgen solcher Unheilsfälle umkommen. Pestartige Krankheiten, besonders das starke Sterben der Kinder, wirkt der Vermehrung der Menschen fortwährend sehr entgegen. Auch Kriege wirken deshalb so nachtheilig, weil sie gerade die kräftigsten Menschen hinwegraffen, während den Seuchen gewöhnlich die schwächlichen Menschen zum Opfer fallen.

Die Bevölkerung wird daher nicht so rasch zunehmen, weil vorerwähnte Hindernisse eintreten — und insbesondere, weil sie die nöthigen Existenzmittel nicht findet.

81. 2. Capital. Production hängt u. a. von der vorhandenen Capitalmenge ab. Es können nicht mehr Menschen leben oder am Leben bleiben (also auch keine Production, keine Betriebsamkeit existieren), als für die es Vorrath giebt (aufbewahrter Ueberschuss von Producten früherer Arbeit, Vorrath an Nahrungs- und den übrigen unentbehrlichen Lebensmitteln).

Wie vermehrt sich Capital? Capital ist aus aufbewahrten Producten zusammengesetzt. Man vermehrt es also 1. durch grössere Production und 2. durch Aufbewahren eines grösseren Theiles.

Durch grössere Production. Nicht so sehr einer grösseren Menge, sondern eines grösseren verfügbaren Ueberschusses.

Gesetzt 1000 Arbeiter erzeugen Nahrung für 1200 — daher verfügbarer Ueberschuss: Nahrung für 200. Nun hilft es nichts, wenn man mit 1300 Arbeitern Nahrung für 1400 erzeugt, obgleich dadurch die Menge mit 200 zugenommen hat; denn der verfügbare Ueberschuss ist von 200 auf 100 gefallen.

Mehr erzeugen heisst hier: diesen verfügbaren Ueberschuss vermehren, z. B. wenn man mit 1000 Arbeitern Nahrung für 1250, mit 750 für 1000 erzeugt. In beiden Fällen ist der verfügbare Ueberschuss Nahrung für 250, statt wie vorhin für 200.

Dieser Ueberschuss ist verfügbar zur Ersparnis: davon kann man sparen. Es kommt darauf an, wieviel man spart.

Wer spart oder aufhäuft, schiebt seinen Genuss oder seinen Verbrauch auf. Das thut er in der Erwartung freieren Gebrauchs, grösseren Genusses, oder als Vorsorge gegen späteren Mangel.

Je sicherer man seiner Zukunft ist, um so eher wird man einen Genuss aufschieben. Sonst eilt man heute zu geniessen, aus Furcht, dass es morgen nicht möglich sein werde. Je grössere Sicherheit, um so mehr Ersparnis.

Bei weitem die meisten Menschen aber haben für ihr Thun und Lassen ganz andere Gründe als Vernunftschlüsse. — Viel hängt auch hier von der Gewohnheit ab.

Mill nennt interessante Beispiele von Sorglosigkeit, selbst für das nächste Jahr und den nächsten Tag, bei ziemlich civilisierten Gesellschaften, bei ackerbauenden Indianern am Sct. Lorenzstrom, bei den Eingeborenen in Paraguay unter der cultivierenden Regierung der dortigen Jesuiten, selbst bei den Chinesen. Für unmittelbaren Gewinn scheuen sie keine Mühe, an die Zukunft aber wird nicht gedacht. S. Mill XI § 3 S. 103 ff.

In anderen Gegenden giebt es viel Ersparnis, z. B. in Holland (früher stärker), in der Schweiz.

Geschichtlich kennen wir die folgenden 5 grosse Zunahmen des Weltvermögens (Capitals):

1. Uebergang von den ersten rohen Zuständen zu dem Hirtenleben (Capital an gezähmten oder Hausthieren).

2. Entstehen der grossen Städte (Landbau und Handel, z. B. Aegypten, Ninive, Babylon, Sidon, Tyrus, die Hellenischen Staaten). Vergl. Mill, *Prelim. Remarks*, S. 6 ff.

3. Die Entdeckung von America und bequemer Wege nach für den Handel vortheilhaft liegenden ausser-europäischen Ländern (Ostindien).

4. Die Erfindung der Dampf- und Spinnmaschine u. s. w. und dadurch die grosse allgemeine Entwicklung der heutigen Industrie.

5. Die Entwicklung der Verkehrsmittel (Post, Telegraphie, Dampfswagen und -schiffe im Grossen).

Gewiss giebt es also keinen Grund zu erwarten, dass die Capitalzunahme aufhören werde, vorzüglich nicht in den Culturländern America's und Westeuropa's. Im Gegentheil scheint sie in jetzigen gewöhnlichen Zeiten dauernd und stark an Schnelligkeit zuzunehmen.

Nach G. Kolb schätzt man Gross-Britanniens Nationalvermögen in den Jahren 1800 auf 1800, 1841 auf 4000, jetzt auf 6000 Mill. Pfd. Sterl.

Freilich sind solche Schätzungen immer höchst unsicher.

82. 3. In der Zunahme der Grundstücke liegt die grösste Schwierigkeit für eine vermehrte Production.

Boden im Allgemeinen kann nicht unbeschränkt oder selbst nur merkbar zunehmen. Culturfähiger Boden, z. B. in Europa, auch nur mehr in geringem Masstabe.

Man hat mit Recht den Landgewinn der Holländer durch Trockenlegung des Harlemer Meeres als das gewöhnliche Mass weit überragend hervorgehoben. Und doch ist der Harlemer See nur $\frac{1}{200}$ des kleinen Landes.

Auf einer gegebenen Bodenfläche z. B. einem Hektar, kann eine gewisse Productenmenge erzeugt werden. Sie kann vielleicht zunehmen, gewiss aber nicht unbeschränkt. S. Roscher § 34 S. 58 f.

Hier also findet die Gütererzeugung ihre Grenze: an Menge kann der Boden nicht unbeschränkt zunehmen und an Fruchtbarkeit auch nicht.

Ist diese Grenze schon erreicht? Wird schon jetzt die Production dadurch erschwert?

Gewiss ist, dass das Hindernis heute schon ausserordentlich gross ist.

Mill vergleicht treffend den Boden mit einem elastischen Bande.

Landwirtschaft erreicht bald einen Zustand, wo mehr Arbeit nicht verhältnismässig mehr Producte erzeugt, wo das zweite

Hundert erzeugter Producte nicht eben soviel als das erste, sondern z. B. $1\frac{1}{2}$ Mal so viel kostet.

S. No. 28. 3. Dritter Fall der Schwierigkeit des Erlangens: Das Angebot kann zunehmen, aber nur, wenn die Kosten in noch stärkerem Masstabe zunehmen. Die Kosten, d. h. was man gegen das Product vertauscht, dafür aufopfert = der dazu verwandten Arbeit (und Capital).

Schlagend zeigt sich das, wenn man erst vom besten Boden gewissen Ertrag (z. B. von 5 Hektaren 150 Hektoliter Weizen) bezogen hat, und dann einen zweiten gleich grossen Ertrag von weniger fruchtbarem Boden verlangt. Zu dieser zweiten Menge braucht man natürlich ein grösseres Stück Land.

So bei geringerer Güte oder Fruchtbarkeit. Es gilt aber auch von gleich gutem, aber ferner liegendem Boden; die vermehrte Mühe (Arbeit) liegt dann in dem jedesmaligen Hin- und Wiederziehen, und in dem Transport des Productes auf einem längeren (schwierigeren) Wege, als bei der ersten Menge (Wert der Commassierung, d. h. der Zusammenlegung zerstreuter Grundstücke eines Besitzers).

Was von doppeltem Ertrage aus grösserer Bodenfläche, gilt oft auch vom doppelten (wo das noch möglich) aus gleich grossem, ja aus demselben Grundstücke bei einer sorgfältigeren („intensiveren“) Cultur, z. B. durch Drains, Dünger, tieferes Umpflügen, Gebrauch des Spatens statt des Pfluges u. s. w. — Der Ackerbau ist in Europa weit intensiver, als in Nord-america.

Es mangelt an Bodenmenge, sonst würde Niemand die geringeren Bodenarten cultivieren oder intensivere Cultur anwenden; das Säen zu ermöglichen und Bodenerschöpfung zu verhüten, würde genügen.

Diese Sätze gelten kaum für Industrien, obgleich diese ihre Rohstoffe von der Landwirtschaft beziehen. Bei Fabrikindustrie ist ja der Preis der Rohstoffe meistens nur ein kleiner Bestandtheil der Produktionskosten.

Sie gelten aber wohl vom Bergbau und überhaupt von Allem, was dem Boden Rohstoffe entnimmt.

Kurz: alle Naturproducte, die nicht unerschöpflich vorhanden sind, können zwar in grösserer Menge erzeugt werden, aber zu dem Preise einer weit grösseren Arbeitsvermehrung. S. unten.

Selbst die englischen Steinkohlenminen werden wahrscheinlich nicht länger, als etwa noch ein Jahrhundert ihr Product wohlfeil (also reichlich) genug erzeugen.

Die Preise der Nahrungsmittel und anderer Naturerzeugnisse der so eben angedeuteten Art haben dadurch im allgemeinen eine Neigung zum Steigen bei zunehmender Bevölkerung.

Verbreitung von Cultur und Kenntnissen, insbesondere die Ausbildung des Verkehrswesens, wodurch die Bodenproducte aus allen Theilen der Erde zugeführt werden (z. B. Getreide aus America, Australien nach Europa), kann jedoch dieses Steigen oft verzögern, zuweilen verhindern.

Z. B. man muss an ein gewisses Grundstück freilich mehr Kosten wenden als früher, oder mehr daran arbeiten, kurz, mehr dafür aufopfern; dann bekommt man aber auch (durch neue Erfindungen u. s. w.) für z. B. $1\frac{1}{2}$ Mal so viel Kosten als früher, einen 3- bis 4maligen Ertrag. So mit dem Einführen des Fruchtwechsels (S. No. 73, Anm. 3), oder mit dem Aufnehmen einer vortheilhafteren Frucht an Stelle einer nicht so zweckmässigen in diesen Wechsel. So gewinnt

man denn auch (im Ganzen) mehr an Ertrag, als man durch erhöhte Mühe verliert, wenn man ein Gewächs mit mehr Nahrungskraft pflanzt.

Den gleichen Vortheil liefert auch das Anwenden besserer Düngstoffe. — Z. B. die Entdeckung des Guano, die Erfindung gewisser Kunstdünger, die Anwendung flüssiger, statt fester Dünger u. s. w.

Durch vermehrte Kenntnisse kann man auch, umgekehrt, Mittel finden, um einen gleichen Ertrag für weniger Mühe und somit für mindere Kosten zu bekommen. Dies geschieht, sobald man besseres Geräth, bessere Verkehrsmittel hat. Selbst Verbesserungen in der öffentlichen Verwaltung können dazu mitwirken, z. B. weniger Steuern oder gerechter vertheilte Steuern, ferner Rechtssicherheit, Verbreitung von Kenntnissen unter den Arbeitern u. s. w.

Das „Gesetz“ kann wie folgt formuliert werden: Was

1. zur Gütererzeugung mitwirkt,
2. von der Natur erzeugt, und
3. in seiner Menge beschränkt ist,

das ist auch in der erzeugenden Kraft beschränkt, und zwar in folgender Weise: schon lange ehe die Produktionskraft aufhört, wird sie gehemmt und kann einer vermehrten Nachfrage nur unter stets ungünstigeren Bedingungen genügen.

Die Wirkung dieser Regel wird jedoch durch alles dasjenige bekämpft, wodurch des Menschen Herrschaft über die Natur steigt; hauptsächlich durch ein Zunehmen seiner Kenntnis der Eigenschaften alles desjenigen, wodurch die Natur an der Gütererzeugung Theil nimmt (Mill XII § 3 S. 116).

Populär gesagt: je mehr Leute, um so theurer eines Jeden Brod und Feuerung;

aber: je geschicktere Leute, um so wohlfeiler eines Jeden Brod und Feuerung.

II. Die Güter in der menschlichen Gesellschaft.

A. Gütervertheilung.

Vgl. fortdauernd Mill, *Book II*, Distribution, S. 123 ff.

1. Herrschaft des Menschen über die gesellschaftlichen Güter.

83. Die Vertheilung der menschlichen Güter folgt Gesetzen, deren Grundlagen theilweise vom menschlichen Willen unabhängig sind: die Regeln der Production dagegen sind in jeder Hinsicht so unveränderlich wie Naturgesetze (Mill, *preliminary remarks* S. 13 f., II. 1 S. 123 f.).

Eine der hauptsächlichsten menschlichen Einrichtungen, von denen die Gütervertheilung abhängt, ist Eigenthum.

„Privat“-Eigenthum wäre hier ziemlich überflüssig beigelegt. Das hat Sinn z. B. im Gegensatz zu Staatseigenthum u. s. w. Allein das Wort Eigenthum in streng juristischem Sinne, sagt genug: es ist das Recht gänzlicher, ausschliesslicher Verfügung über die Sache.

84. Eigenthum ist nicht auf einmal eingeführt, z. B. weil man es für nützlich hielt. Der Begriff hat sich allmählig entwickelt.

Allein der jetzige Zustand der Culturländer ist keine reine Folge des Begriffes Eigenthum, noch ist dieser ihm zu Grunde gelegt. Im Gegentheil hat der Begriff **Eigenthum** sich nur allmählig aus Zuständen entwickelt, die grösstentheils aus Ueberwältigung¹ entstanden sind (Mill § 3 S. 128). Ja die Bildung des Begriffes Eigenthum ist noch lange nicht überall vollendet.

Z. B. in Java, noch vor Kurzem in Russland (L. A. Warnkönig in Rott. und W. *Staats-Lex.* 3. Aufl. IV. (1860) 749, Art. *Eigenthum*, formell selbst nicht in England.

¹ In der Hauptsache, für Westeuropa, noch von der Völkerwanderung her. Und seitdem wie oft!

85. Die gänzliche Abschaffung jedes Eigenthumsrechtes verlangt der Communismus, welcher die menschliche Gesellschaft auf die Gemeinschaft aller Güter unter Allen stützen will.

86. Man kann sich eine völlig neue Gesellschaft vorstellen, d. h. eine Bevölkerung von der höchsten Cultur ihrer Zeit, die ein ganz unbesetztes Gebiet einnimmt.

Nun kann eine solche Gesellschaft ihre Einrichtung entweder auf das (Privat-)Eigenthum gründen, und zwar mit völlig gleichen oder mit ungleichen Antheilen eines Jeden an den Gütern oder mindestens an Boden, oder sie könnte sich einrichten nach den Principien der Gütergemeinschaft.

Im letzteren Falle ist es möglich, wenn die Gesellschaft aus durchwegs edlen Menschen besteht, dass sie eine Zeit lang nach Art einer grossen Familie mit Gütergemeinschaft bestehen kann. Aber bald wird sich der Zustand als unhaltbar erweisen; einzelne Mitglieder werden wenig oder gar nichts arbeiten wollen und es vorziehen, sich von den Anderen Alles, was zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse dient, beschaffen zu lassen; diese wieder werden es bald überdrüssig werden, für jene arbeitscheuen Genossen sich anzustrengen, sondern immer mehr und mehr sich darauf beschränken, bloß für sich selbst zu arbeiten und das Product ihrer Arbeit für den eigenen Gebrauch zu sichern. Bald werden die Eifrigeren, welche meist auch die körperlich und geistig Tüchtigeren sind, ein Bündnis eingehen, um ihre Arbeitsproducte, sei es der zum Garten oder Acker hergerichtete Boden, sei es ein Wohnhaus, Einrichtungsstücke, Thiere, Werkzeuge, Nahrungsmittel u. s. w. kräftigst zu vertheidigen. Gelingt dies, so bleibt dem übrigen Theile der Gesellschaft, wenn er nicht verhungern und erfrieren will, wohl nichts übrig, als sich entweder als dienendes Glied an die in festen Besitz gelangten ehemaligen Genossen anzuschliessen oder sich selbst in irgend einer Weise durch ernste Arbeit das zum Leben Nöthige zu erwerben; dem Einen wird dies mehr, den Anderen weniger gelingen, je nach körperlicher und geistiger Anlage und je nachdem er bei

seinen Unternehmungen mehr oder weniger vom Glücke begünstigt ist. Auf diese Weise werden selbst in der oben angeführten Gesellschaft in verhältnismässig kurzer Zeit wieder Zustände entstehen, die sich vollkommen auf das Eigenthumsrecht stützen mit ganz ungleichem Besitze der einzelnen Mitglieder.

87. Auch die Weltgeschichte beweist, dass keine Gesellschaft von nennenswerter Grösse auf die Dauer existieren kann, die nicht auf das Princip des Eigenthums sich gründet.

Nur bei Völkern, welche auf ganz rohen Culturstufen stehen, findet man mehr oder weniger Gütergemeinschaft, so bei den Jäger- und Fischerstämmen, weil eben ihre Productionsquelle von selbst fliesst und sie an Aufsparen der Beute nicht leicht denken können. Auch bei den Nomaden und Hirtenstämmen bildet das Weideland ein gemeinschaftliches Eigenthum, doch tritt bereits in Bezug auf die Herden der Eigenthumsbegriff hervor. Sobald Völker sefshaft wurden, haben sie auch das Eigenthumsrecht vollständig anerkannt. — Die lykurgische Verfassung führte in Sparta eine Art Gütergemeinschaft ein; aber Sparta konnte mit derselben nicht zur Blüte gelangen, und nach kurzem Kriegersruhm ist dieser Staat fast spurlos aus der Geschichte verschwunden. Auch die Gütergemeinschaft der ersten Christen war eigentlich nur eine Gebrauchsgemeinschaft und bloss eine freie Bethätigung der edelsten Nächstenliebe. Uebrigens würden die Angriffe auf das Eigenthumsrecht bald aufhören, wenn alle Menschen vom Geiste der wahren christlichen Nächstenliebe beseelt wären. Selbst in der Neuzeit wurden mehrmals Versuche gemacht, die Gesellschaft nach communistischen Grundsätzen zu organisieren, doch scheiterten alle auf die kläglichste Weise. — In Russland nennen sich die Communisten Nihilisten, weil sie alle Güter vernichten wollen, um den Begriff des Eigenthums aus der Welt zu schaffen. Auch die sogenannten Socialdemokraten verlangen in letzter Linie wohl ebenfalls die Aufhebung des Privateigenthumes.

88. Vom Communismus wesentlich zu unterscheiden ist der Socialismus. Unter Socialismus versteht man das Bestreben, die bestehenden wirklichen oder eingebildeten Mängel der gesellschaftlichen Zustände zu beseitigen. Eine gründliche Neuorganisation der Gesellschaft soll den Hauptübelstand, nämlich die Schroffheit des Unterschiedes zwischen Reich und Arm, aufheben.

Den Namen Socialismus, welchen J. Reybaud aufgebracht hat, tragen viele Systeme. Hier seien nur die zwei friedlichen Systeme des Grafen St.-Simon und Fouriers, welche beide in Frankreich wirkten, angeführt.

88. St.-Simon will eine wohlthätige, in Tugend und Kenntnissen hoch über der sonstigen Bevölkerung erhabene regierende

Nihilismus

Macht, die einem Jeden Art und Menge seiner Arbeit aufzulegen hätte. „Jedem Talente nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach ihrer Leistung“ sagt St.-Simon.

Etwas der Art that die Gesellschaft Jesu in Paraguay (allererste Gründung 1611, Vertreibung durch Pombal 1753). S. Mill § 4 S. 131.

Selbst wenn es eine solche Vorsehung auf Erden gäbe, wie könnte man sie finden und einrichten?

Fourier's Lehre muss, abgesehen von den dazugefügten Uebertreibungen und Abgeschmacktheiten noch sorgfältiger als St.-Simon's System von der anderer Socialisten unterschieden werden.

Fourier stützt sich hauptsächlich auf das Zusammentreten der Menschen in Vereine: er will jedes Gewerk und vorzüglich die Fabrikindustrie durch Vereine oder grosse Haushaltungen, sogenannte phalanges von je 2000 Mitgliedern ausüben lassen. Diese würden in grossen Wohnungen, (phalanstères), vereinigt sein und soll nach Abzug von Jedermanns nothwendigsten Lebensbedürfnissen der Ertrag zwischen Arbeit, Capital und Talent vertheilt werden: letzteres schätzt man nach dem Range, welcher jedem Mitgliede durch allgemeine Abstimmung angewiesen wird (s. auch Mill § 4 S. 131 ff.).

Die stärksten Gründe gegen diese Lehre sind: bis jetzt sind die Errichtungsversuche völlig misslungen; das System widerstreitet der persönlichen Freiheit; die menschliche Gesellschaft, kann nicht als etwas ganz Neues einfach neu aufgebaut werden: jede Organisation muss von den bestehenden Zuständen ausgehen.

In neuester Zeit tritt besonders in Deutschland der Staats-Socialismus hervor, welcher begehrt, dass die Staats-Regierungen selbst die Reorganisation der Gesellschaft in die Hand nehmen sollen.

90. Eigenthumsrecht. Die Widerlegung der communistischen und socialistischen Systeme, d. h. derjenigen, welche die gesellschaftlichen Güter ganz oder theilweise der Gemeinschaft Aller überlassen wollen, was ohne furchtbare Kämpfe und culturzerstörende Umwälzungen nicht möglich wäre, muss eben in denjenigen Vernunftschlüssen gesucht werden, welche das Eigenthum selbst begründen.

Recht auf Eigenthum, Eigenthumsrecht, heisst: Jeder darf ausschliesslich über dasjenige verfügen, was er selbst produciert oder nach billiger Uebereinkunft von dem Erzeuger erhalten hat.

Das heisst aber nichts anderes als: Der Erzeuger hat das Recht auf das Erzeugte.

Und dies beruht eigentlich wieder auf folgender Wahrheit: Niemand würde sparen, d. h. einiges, selbst das mindeste Capital bilden, wenn er nicht wüsste, dass das so Erzeugte dann auch ihm

selbst oder demjenigen, dem er es abtreten will, zu Gute kommt (Roscher § 77 S. 139).

91. Man wird die Rechtmässigkeit des Eigenthums erst dann verstehen, wenn man eingesehen hat, dass nicht blofs der Arbeiter Güter erzeugt — z. B. der Handwerker, Mäher oder Fabriksarbeiter, der seine Mühe aufwendet —, sondern dass auch der Eigenthümer der Rohstoffe, Werkstätte, Geräte, des Bodens, Saatkorns, der Dampfmaschine u. s. w., die angedeuteten Güter nicht von selbst oder umsonst, sondern für frühere Mühe erworben hat (sei es nun für seine eigene oder die seines Rechtsvorgängers).

Ausserdem haben der Erzeuger und seine Rechtsnachfolger das Sparen; d. h. das Aufschieben ihres Genusses fortsetzen müssen. Mill S. 134.

92. Wie aber, wenn der Eigenthümer oder sein Rechtsvorgänger etwas auf unrechtem Wege erworben haben?

Es giebt viel Unrecht, welches durch kein Gesetz zu bezwingen ist, und vieles, welches den bestehenden Gesetzen entschlüpft. Vernunft und Erfahrung lehren aber, dass man Verjährung gelten lassen soll, d. h. nach Verlanf gewisser Zeit ist es oft weniger schädlich sich in das Geschehene zu ergeben, als Versuche zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes zu machen (Mill § 2 S. 234 f.).

93. Eigenthum im Allgemeinen ist also nothwendig. Aber wie verhält es sich mit dem Grundeigenthum? Grundstücke haben gar keinen menschlichen Erzeuger, dem sie demnach als Eigenthum angewiesen werden könnten.

Der Schein dieses Einwurfes übertrifft seine Wahrheit. In der Form, worin Grundstücke zur Production benutzt werden, gehören dazu Urbarmachung, Gebäude, Einhegung, Wasserabfuhr u. s. w. Solche Grundstücke sind demzufolge der menschlichen Arbeit einen sehr grossen Theil ihres Wertes (jedenfalls ihres Tauschwertes) schuldig. In ökonomischem Sinne also, d. h. als gesellschaftliches Gut, sind sie gewiss von Menschen erzeugt, und gehören gerechterweise diesen Bearbeitern oder deren Rechtsnachfolgern, wiewohl dieselben freilich den Boden selbst nicht erzeugt haben (Mill § 5 S. 104 f.).

Wo der Mensch den Boden noch wenig oder nicht bearbeitet hat, ist der Tauschwert und Preis solcher Grundstücke auch meistens gleich Null oder sehr gering.

94. Tadelnswertes Eigenthum. 1. Slaverei. Eigenthum an Menschen, Slaverei, muss unbedingt verurtheilt werden.

Doch hat es Zeiten gegeben, selbst ziemlich cultivierte, in denen Slaverei nützlich gewesen ist. „Ein Jägervolk ist beinahe gezwungen, keinen Pardon zu geben. . . . Von einem solchen Zustande ist zu jenem des slavenhaltenden Nomaden gewiss ein beträchtlicher Humanitätsfortschritt, Roscher § 67 S. 120.

Ueberhaupt muss berücksichtigt werden, dass in Zeiten, wo der einzelne Mensch ganz recht- und schutzlos dastand, das Verhältnis eines Slaven oder Leibeigenen für ihn nur wünschenswert sein konnte, sowie heute die grösste Anzahl der Menschen darauf angewiesen ist, ein dienendes Verhältnis einzugehen, um vor Mangel geschützt zu sein.

2. „Eigenthum“ an Aemtern und Stellen, also auch ihre Erbllichkeit, z. B. beim Gerichtswesen, im Heere u. s. w., ist unbedingt verwerflich. Eine Ausnahme, freilich aus rein politischen Gründen, bildet die Erbllichkeit der Monarchie, deren Nutzen sich bewährt hat.

95. Das Erbrecht, d. h. das Recht zu bestimmen, wer im Todesfalle Besitzer des hinterlassenen Vermögens sein soll, ist eine nothwendige Folge des Eigenthumsrechtes; es ist eine Verlängerung des persönlichen „Eigenthumes über das Grab hinaus“.

Blackstone sagt: „die Fortpflanzung des Vermögens auf die Nachkommen hat eine offenbare Tendenz, den Mann zum guten Bürger zu machen. Sie bringt seine Leidenschaften auf die Seite der Pflicht und veranlasst ihn, sich um das Gemeinwohl Verdienste zu erwerben, wenn er sicher ist, dass der Lohn dafür nicht mit ihm selber sterben, sondern auf die übertragen wird, mit welchen er durch die theuersten und zärtlichsten Gefühle verbunden ist.“

Das Erbrecht wird vielfach angegriffen, so sagt der Socialist Bazard, ein Schüler St-Simon's: es soll die Ungleichheit des Besitzes bleiben und Jedermann das von ihm selbst Erworbene zeit- lebens besitzen, nach seinem Tode aber soll es der Staat erben.

Die practischen Folgen einer solchen Erbfolge sieht man deutlich in der Türkei, wo die bedeutenden Militärlehen nach dem Tode des Besitzers dem Staate zufallen; diese Güter befinden sich deshalb in denkbarst verwahrlostem Zustande.

Es ist wohl einleuchtend, dass kaum Jemand an das Sparen und auch nicht an das Erhalten eines Besitzes in gutem Stande denken würde, wenn er weiss, dass nach seinem Tode fremde, ihm ganz gleichgiltige Personen seinen Besitz erlangen. Jeder würde trachten, denselben bei Lebzeiten möglichst zu verzehren.

Weil viele Menschen sterben, ohne dass ihr letzter Wille (Testament) bekannt wird, und weil die volle Testierfreiheit schon oft (besonders durch Erbschleicherei) schwere Ungerechtigkeiten gegen die natürlichen Erben — die nächsten Verwandten — herbeigeführt hat, so bestehen in den meisten Culturstaaten Erbgesetze, welche die Erbfolge regeln. Zu beachten ist auch, dass ohne Erbrecht der Credit kaum möglich wäre, weil dann der Gläubiger im Todesfalle des Schuldners gar keinen Anhalt hätte.

2. Die drei Quellen des Einkommens.

96. Die bestehenden Eigenthumsobjecte kommen in verschiedene Hände, und zwar im natürlichen Verlaufe, mit Vorbehalt derjenigen Aenderungen, welche Gesetz oder Regierungsmassregel darin verursachen.

Nach den drei Erfordernissen zur Production kann man sich die gütererzeugende Gesellschaft als aus Grundeigenthümern, Capitalisten und productiven Arbeitern zusammengesetzt vorstellen. Von diesen erhalten die Uebrigen¹ ihren Unterhalt.

¹ Hilflöse, darunter Kinder, ferner Alimentierte, viele Frauen u. s. w.

M. a. W. jedes Einkommen besteht aus Grundrente, Zins des Capitals und Arbeitslohn, oder aus einer oder zwei dieser Einkommensquellen.

Dieselbe Persönlichkeit kann zu mehr als einer Producentenklasse gehören. Dies ist sogar der gewöhnliche Fall. Bei der Landwirtschaft sind Boden, Arbeit und Capital beinahe nirgends dreifach geschieden, ausser in England, Schottland, Theilen von Holland und Belgien (Mill III § 1f. S. 145).

97. 1. Die drei Erzeugungsfactoren in einer Hand (Mill § 2, S. 145f). Der Arbeiter selbst kann Grundeigenthümer sein, und dann auch Capitalbesitzer (und Unternehmer).

Z. B. in den nördlichen *states* der amerikanischen Union, und gewöhnlich in Oesterreich, der Schweiz, den skandinavischen Reichen, Theilen von Deutschland, Belgien.

Wenn solches Land auch nicht schuldenfrei ist, also das Capital nur zum Theile Eigenthum des Landwirthes ist, so hat doch dieser das Risiko zu tragen.

Dies sind die bauerlichen Eigenthümer.

In Sklavenländern waren auch die Arbeiter, eben sowohl als Boden und Capital, Eigenthum des Pflanzers.

Diese beiden sonst so verschiedenen Fälle haben daher gemeinschaftlich, dass die ganze Gütererzeugung von derselben Person ausgeht. Diese erhält denn auch den ganzen Ertrag; Gütervertheilung findet hier nicht statt. (S: No. 100, 101.)

98. 2. In zweierlei Händen. Der Bodenbesitzer giebt das Capital, ganz oder zum Theil, und schliesst sein Uebereinkommen direct mit dem Arbeiter ab, d. i. hier: mit dem Landwirte. So in manchen Theilen Frankreichs und den italienischen Flachländern, überhaupt häufig in Westeuropa. Hier kommt der Ertrag dem Arbeiter und dem Grundbesitzer zu Gute.

Oder der Arbeiter ist Eigenthümer seiner Hütte, seines Geräthes u. s. w., also seines (oft äusserst kleinen) Capitals, aber nicht des Bodens. So in Irland, in dem englischen Indien, und häufig im Oriente. Auch hier theilen Arbeiter und Grundbesitzer. (S. No. 102, 103, 104.)

99. Das Angeführte gilt bei der Landwirtschaft. Bei Fabriken ist der Wert des besetzten Bodens verhältnismässig gering¹. In unseren Zeiten werden die Fabriksarbeiter durch den Unternehmer, d. h. durch den Fabrikanten gemiethet: diesem gehören Gebäude, Geräthe u. s. w. Bei den Alten war gewöhnlich der Arbeiter Sklave des Manufacturiers (des Fabrikanten), d. h. auch der Arbeiter war des Unternehmers Eigenthum. Im Mittelalter war mancher Arbeiter zugleich Eigenthümer seines Geräthes, also seines Capitals.

¹ Fabriken wie die zu Seraing, gerade oberhalb der Grube, woraus sie ihre Steinkohlen entnimmt, sind nur scheinbar Ausnahmen. Die Oberfläche des Bodens hat auch dort wie sonst verhältnismässig geringen Wert. Man hat aber natürlich begriffen, dass es vorthailhaft ist, die Grube selbst zu besitzen und die Eisenfabrik gleich darüber einzurichten.

100. 1. Keine Gütervertheilung. A. Slavery. Es giebt also Fälle, wo der Ertrag gar nicht vertheilt wird: er bleibt völlig in einer Hand. Einer der beiden Hauptfälle ist die Slavery.

Slavenarbeit, selbst in ihrer sanftesten Form, der Leibeigenschaft, producirt nur wenig. Dieselbe Aufgabe, von freien Arbeitern, die selbst theuer bezahlt sind, ausgeführt, kommt durch besseres Arbeiten derselben wohlfeiler, als mit Unfreien.

Die menschliche Gesellschaft¹ also gewinnt bei der Befreiung der Slaven oder Aufhebung der Leibeigenschaft.

¹ D. h. die gesittete Gesellschaft hat Gewinn als Endabschluss wenn es statt einer gewissen Anzahl Slaven, ohne grosse Störungen, eine gleiche Zahl freier Arbeiter giebt.

101. B. Bauern-Eigenthümer, sonst von den Slavenhaltern so äusserst verschieden, haben mit ihnen gemein, dass auch sie ohne Gütervertheilung, den ganzen Bodenertrag erhalten.

Bauerneigenthum bewirkt ausserordentliche Sorge und Fleiss bei den kleinen Eigenthümern (Mill VII § 1 S. 171f.).

Im Ganzen kommt es dem Bauer hauptsächlich hierauf an: Er muss sich sicher fühlen, auf demselben (nur nicht gar zu kleinem) Grundstücke und mindestens unter denselben erträglichen Bedingungen bleiben zu können, und zwar während derjenigen Zukunft, um welche er sich kümmert. Ihm genügt jeder Zustand, welcher ihm dieses für seinen Gesichtskreis sichert; Eigenthum ist hier insofern am Besten, als eben dadurch die einzig mögliche allgemein giltige Sicherheit geboten wird.

Der Betrieb durch Eigenthümer fördert Kenntnis und Entwicklung der Nation. —

Er wirkt anregend zur Vorsorge, Sparsamkeit und Charakter selbstständigkeit.

Viele meinen, dass er zu unvorsichtigen Heiraten, übertriebener Theilung der Bauerngüter, Uebervölkerung und folglich Verarmung führt. Mill bekämpft diese Meinung. Der meiste Schein dieses Uebels findet sich in Belgien. Allein blosser Bevölkerungszunahme ist keine genügende Nöthigung zur übertriebenen Theilung der Bauerngüter.

Man verhütet dies z. B. durch eine entsprechende Modification des Erb-rechtes und durch die Beschränkung der Freitheilbarkeit der Bauerngüter.

„Im Ganzen“, sagt Mill, „ist kein existierender Zustand dem sittlichen und materiellen Wohlergehen der Bevölkerung so günstig, als der Betrieb der Landwirtschaft durch Bauern-Eigenthümer.“

102. 2. Vertheilung des Ertrages unter zwei Klassen, u. z. zwischen dem Arbeiter und Grundeigenthümer. Beide, oder eine von beiden Klassen, liefert das Capital (ein hier minder wichtiger Umstand).

Wichtig aber ist die Frage, wodurch das Verhältniss der Vertheilung bestimmt wird, (der Antheil der beiden genannten Klassen am Ertrage). Das kann vom Brauche oder von der Con-currenz abhängen.

103. A. Vom Brauche (Gewohnheit) bei dem Theilbau (métayage, Halfenwirtschaft).

Der Arbeiter (Maier) contrahiert direct mit dem Grundherrschaft. Vom Ertrage wird soviel abgezogen, als zum in Stand halten des Gutes mit Wohnung, Vieh, Anpflanzungen, Saatkorn u. s. w. erforderlich ist. Der Reinertrag, welcher dann übrig bleibt, wird nach einem festen Verhältnisse getheilt: gewöhnlich bezahlt der Maier dem Gutsherrn die Hälfte, also keinen unveränderlichen Wert, als Pacht, entweder in Geld oder in Naturalien.

Die Steuern zahlt der Grundeigenthümer.

Die Contracte werden jedesmal erneuert, meistens mündlich oder selbst stillschweigend. Es scheint selbstverständlich, dass der métayer auf dem Gute bleibt, und nach ihm, oft verschiedene Menschenalter lang, seine Erben. — (Châteauvieux *Briefe aus Italien* bei Mill VIII § 1 S. 184).

Dies ist also die eine Art der Theilung. Die Vortheile dieses Systems sind geringer, als beim Betriebe durch Eigenthümer. Der hauptsächlichste Nachtheil ist der, dass dauerhafte Verbesserungen zwar beiden Theilen die Einkünfte vermehren, aber nur von einem Theile bezahlt werden würden. Also hat weder Gutsherr noch Maier Interesse an der Bodenverbesserung, und keiner von Beiden betreibt sie (Mill § 2 S. 185).

Den métayage findet man in einem grossen Theile Frankreichs und sehr vielen Theilen Italiens, z. B. Piemont, Lombardei, Toscana, Neapel u. s. w.

104. B. Von der Concurrenz. Sogenannte cottiers (engl., vgl. Käthner von Kathe, holl. *katerstede* [Kathenstelle] und engl. *cottage*). Die Pacht dieser unglücklichen Klasse hängt von der Concurrenz ab. Dieses System findet sich hauptsächlich in Irland.

Der Name cottier wird hier in seinem ausgedehntesten Sinne gebraucht, d. h. von jedem Arbeiter, der direct mit dem Gutsherrn ohne Dazwischkunft eines Pächters als Capitalisten (die „middlemen“ sind etwas ganz verschiedenes) contrahierend, auf Bedingungen abschliesst, welche von der Concurrenz abhängen. Die hauptsächlichste dieser Bedingungen ist der zugesagte Betrag des Pachtcs.

Die sogenannten *middlemen* mietheten zwar von den Gutsherren, gaben aber das Gut sogleich in Aftermiethe an Zweite, ja diese oft an Dritte und noch weiter.

Ein anderes Unheil für Irland war das sogenannte *conacre-system*: der gewöhnliche Arbeiter bekam statt des Lohnes die Erlaubnis, eine sehr kleine Parcellen Landes eine Jahreszeit lang zu bewirtschaften. Oder man gab diese Erlaubnis und sie ward (nicht in Geld, sondern) in Arbeit bezahlt.

Die Menge verfügbaren Landes ist so gut als unveränderlich. Die Höhe der Pachtsummen hängt also von der Anzahl Derjenigen ab, die zu pachten wünschen, d. h. von der Anzahl der ländlichen Bevölkerung. Je zahlreicher diese, um so höher die Pachtsumme, welche von dem Ertrage abgezogen werden muss, so dass nur der Ueberschuss dem cottier bleibt.

Die Parcellen sind unglaublich klein. 1841 gab es in Irland 134,000 Käthner mit weniger als 1 acre Jeder, 310,000 mit 1 bis 5 acres.

Dieses grosse Uebel wird unerträglich bei einer so stark angewachsenen Bevölkerung, wie in Irland. Es beschränkt den Landwirt auf den völlig unentbehrlichen Lebensunterhalt, also in Irland auf Kartoffeln als einzige Nahrung, so dass das Misslingen dieser einen Frucht 1846 sogleich eine Hungersnoth im vollen Sinne des Wortes zur Folge hatte. Gewöhnlich aber pflegt es so zu gehen: die Pachtsumme kann nicht bezahlt werden, der Käthner macht Schulden, vertheidigt sich gegen Austreibung von seiner Grundparcalle, selbst durch systematischen Meuchelmord, der Grundherr aber findet selbst nach gelungener Austreibung keinen besseren Miether, da ja die ganze ländliche Bevölkerung sich in demselben Zustande befindet (Fenieraufstände).

Auch hat der Käthner kein Motiv zur Förderung seines Ertrages. Wenn er mehr erzeugte, würde ihn das nur in den Stand setzen, mit seinen Pachtzahlungen etwas weniger im Rückstande zu sein: dieser Mehrertrag käme dem Bodeneigenthümer zu Gute, liesse aber den Käthner in demselben Zustande.

In Irland ist es endlich gelungen, das Kathensystem bedeutend einzuschränken. Die Anzahl der kleinen Parzellen nimmt stark ab, die der mittleren Güter zu, daneben wird Ackerland zur Weide umgeformt. Ein sehr grosser Theil der Nation hat das Land verlassen und sich hauptsächlich nach Nordamerika begeben, so dass die Bevölkerung z. B. in den 20 Jahren 1841—61 von 8 auf 6 Millionen gefallen ist. Das macht aber das System um nichts besser, so wenig als den Zustand der zurückgebliebenen Kätchner.)

Noch jetzt fordern die Zustände dringend Hilfe im Wege der Gesetzgebung. Die englische Regierung scheint wohl fest entschlossen, eine gründliche Abhilfe des Uebels mit aller Kraft in Angriff zu nehmen, doch zeigt sich bis jetzt kein Erfolg; die Unzufriedenheit dauert fort.

3. Jede der drei Einkommensquellen für sich.

105. **Vertheilung** unter die drei Klassen (s. No. 96). 1. **Arbeitslohn**. — In den bis jetzt nicht betrachteten Fällen wird der Ertrag des Gewerbes unter die drei Klassen vertheilt. Des Arbeiters Antheil nennt man Lohn.

Unter Lohn überhaupt (Durchschnittslohn) versteht man jede Entlohnung für gewöhnliche grobe Leibesarbeit, wobei zunächst weder höhere Arbeit bei demselben Gewerbe, noch die Arbeitsverschiedenheit, welche bei den verschiedenen Gewerben vorkommt, beachtet wird.

Die Höhe dieses Durchschnittslohnes folgt im Allgemeinen der Concurrenz, und diese wieder der Nachfrage und dem Angebot der Arbeit, also dem Verhältnisse zwischen dem Theile des (umlaufenden) Capitals¹, welcher direct für den Lohn bestimmt ist, und dem Theile der Bevölkerung, welcher Lohnarbeit sucht (Mill XI § 1 S. 207f.).

¹Des Capitaes (Vermögens) der Welt oder desjenigen Volkes, der Gesellschaft, der Stadt u. s. w., mit welchen wir uns jedesmal eben beschäftigen.

Dieses Verhältniss würde bei freier Concurrenz die Höhe des Lohnes regulieren. Mehr oder weniger für Auszahlen des Lohnes bestimmtes Capital; weniger oder mehr Arbeiter, um sich in dieses Capital zu theilen.

Man kann dies algebräisch ausdrücken durch: $\frac{C}{A} = L$, d. h. das für Löhnungen verfügbare Capital (wages-fund bei Mill S. 207), dividiert durch die Zahl der Arbeitssuchenden Bevölkerung, giebt den Durchschnitts-Lohn des einzelnen Arbeiters.

Einfacher aber weniger genau nennt man dies oft das Verhältniss zwischen Capital und Bevölkerung. Um genau zu gehen, muss man in Anschlag bringen, dass die Berufe selbst untereinander, und innerhalb jeden Berufes die verschiedenen Arbeiter ganz Verschiedenes leisten und verschiedenen Lohn erhalten. Die einfachste Vorstellung ist nun die einer Einheit, und zwar des Lohnes der gewöhnlichen oder sogenannten „gemeinen“ Arbeit (blosse Hand-, Leibes- oder körperliche Arbeit, *travail manuel*, am Besten „*unskilled labour*“). Jeder, dessen Arbeit sich über diese gewöhnliche erhebt, kommt dann vor, als nicht eine, sondern mehrere der genannten Einheiten erhaltend, nämlich

soviel als er wirklich mehr erhält, als ein blosser Handarbeiter. Dann erhielten wir diese Vorstellung

Lohn-Capital

= der Lohneinheit.

Anzahl der Arbeitseinheiten.

Die folgenden wiewohl oft gehörten Sätze sind nicht allgemein gültig:

1. „Gute Geschäfte“ (reger Betrieb) erhöhen den Lohn (nämlich wenn obiges Verhältnis $\frac{C}{A}$ dasselbe bleibt. — Mill a. a. O § 2 S. 208).

2. Hohe Preise erhöhen den Lohn, d. i. Theuerung der Waren, also der Producte, soll den Lohn heben (Mill S. 208f.).

3. Hohe Preise von Lebensmitteln (wichtigsten Lebensbedürfnissen) erhöhen den Lohn, niedrige drücken ihn (Mill S. 209 ff.).

Wenn übrigens zu einer gewissen Zeit, oder an einem bestimmten Orte der Lohn höher oder niedriger steht als sonst, so folgt daraus natürlich noch nicht, dass es mehr oder weniger Lohncapital giebt; auch nicht, dass in diesem Falle weniger oder mehr Arbeiter existieren. Nur das Verhältnis zwischen Beiden muss zu- oder abgenommen haben.

Starke Zunahme der Arbeiterbevölkerung könnte den Lohn so tief herabdrücken, dass er beinahe oder ganz ungenügend würde zum Unterhalte der Arbeiter: von diesen müsste also ein Theil vor Elend unkommen. Nur dadurch ist letzteres zu vermeiden, dass auch das Capital (wages-fund) verhältnismässig zunimmt: das war der Fall in America und den Australischen Colonien, oder bei der grossen Zunahme der Baumwollindustrie seit Watt's und Arkwright's Erfindungen, der Dampfmaschine und der mule-jenny (Mill § 3 S. 211 ff.).

Die mule-jenny ist ein selbständiges Werkzeug, keine Anwendung der Dampfmaschine. Sie dient zum Spinnen: die technische Seite der Erfindung ist grösstentheils Hargreaves' Verdienst.

Wie keine Ware, so kann auch die menschliche Arbeit auf die Dauer nicht unter ihrem Selbstkostenpreis ausgebaut werden, d. h. der Lohn muss mindestens hinreichen, um die nothwendigen Lebensbedürfnisse des Arbeiters und seiner nicht arbeitsfähigen Familienglieder zu bestreiten. Bei jedem ausser dem allernüchternsten Zustande der Arbeiter giebt es eine gewisse herkömmliche Lebensweise (Roscher § 161 f. S. 322 ff., „standard of comfort“ bei Mill III xxvi § 1 S. 417), welche freilich selbst durch langwierigen niedrigen Stand des Lohnes sehr herabgedrückt werden kann.

106. Ferner beachte man folgende Unterschiede:

Lohn in der Ausdrucksweise des alltäglichen Lebens bedeutet oft das für Dienste bezahlte Geld.

Oekonomisch gehört dazu ausserdem das Gut („Geldeswert“), welches neben dem Gelde zur Belohnung jener Dienste hingegeben wird, z. B. Nahrung, Wohnung.

Rein wissenschaftlich also ist **Lohn** :

1. Im Allgemeinen: Jede Belohnung für Arbeit (für Dienste).
2. Für den Lohnempfänger *a.* Lohn in natura (engl. *in kind, real, wages*), Gegenstände des Arbeiterverbrauches, Gebrauchswerte als Belohnung für Dienste.

b. *Money wages*, der Geldbetrag der (ganzen) Belohnung für Dienst, gleichviel ob die Preise der „Gegenstände des Arbeiterverbrauches“ hoch oder niedrig stehen. Man betrachtet die Sache hier nicht direct von dem Stande jener Preise aus, sondern von dem ziemlich feststehenden Betrage der Löhne in Geld — wenn auch freilich dieser Betrag den Einfluss von Veränderungen jener Preise empfindet, ja in gewissem Sinne theilweise davon abhängt.

3. Für den Lohngeber die Arbeitskosten, d. h. der Geldeswert, m. a. W. der Betrag des Tauschwertes alles desjenigen, was er als Belohnung für Dienste giebt, (im Augenblicke des Gebens selbst).

107. Lohnhöhe im Allgemeinen.

Um die Lohnhöhe wird, besonders seit das Fabrikwesen einen solchen Aufschwung genommen hat und fast allenthalben der Naturallohn dem Geldlohn gewichen ist, ein unausgesetzter Kampf zwischen Arbeitgebern (Fabriksherren, Unternehmern) und den Arbeitnehmern (Arbeitern) geführt. Mit der Frage, wie gross soll der Antheil des Arbeiters an seinem Arbeitsproducte sein, beschäftigen sich in erster Linie alle socialistischen Systeme. Thatsächlich liegt hier die Hauptschwäche des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustandes. Das mobile Capital und der grosse Grundbesitz haben sich die ihnen im wirtschaftlichen Leben zukommende Stellung errungen und insbesondere die Gesetzgebung für sich möglichst günstig ausgestaltet. Die Arbeit (ohne oder mit geringem Capital- und Grundbesitz) versucht heute erst, sich aus den durch die wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte geschaffenen chaotischen Verhältnissen zu geordneten Zuständen emporzurichten.

Wenn auch im Allgemeinen die Lohnhöhe durch das „eherne Gesetz“ von Angebot und Nachfrage ($\frac{C}{A} = L$) sich bildet, so muss beachtet werden, dass wohl *A* und mehr oder weniger auch *L* (in Folge des oben angeführten Selbstkostenpreises der Arbeit) feststehen, jedoch *C* sich auch nicht annäherungsweise bestimmen lässt, dass daher auf einem anderen Wege nach der Grösse eines gerechten Durchschnittslohnes gesucht werden muss.

Viele Versuche wurden bereits gemacht, um diese Frage in einer für beide Theile befriedigenden Weise zu lösen.

So wurde seitens der Regierungen ein Lohnminimum festgesetzt; Niemand sollte Arbeit geben und nehmen unter diesem Lohnsatze. Da fanden aber viele Arbeiter gar keinen Verdienst, so dass sie selbst das Lohnminimum nicht beachteten, um vor Hunger und Kälte sich zu schützen.

Andere schlugen vor, ein Rath von Sachverständigen aus Arbeitgeberern soll dafür sorgen, dass die Arbeiter gerechten Lohn und die Arbeitsherren entsprechenden Gewinn erhalten.

Auch dies erwies sich hauptsächlich wegen des auf beiden Seiten herrschenden Eigennutzes nur in einzelnen Fällen, keineswegs aber für die Dauer als wirksam.

In England hat man zu Anfang dieses Jahrhunderts dem zu niedrig erscheinenden Lohne aus Armenkassen zugeschossen. Allein diese Massregel wurde nur von den Fabriksherren ausgebeutet, indem sie den Lohn auf das niedrigste stellten, wodurch die Armenkassen genöthigt waren, so grosse Zuschüsse zu leisten, dass sie bald ihre Thätigkeit einstellen mussten; und die Folge davon war nur eine grosse Lohnerniedrigung, die um so traurigere Folgen hatte, weil die garantierte Lohnhöhe sehr viele Arbeiter herangezogen hatte. — Wo sich die Arbeiter gegenüber den Arbeitsherren als eigene Classe fühlen — besonders in den grossen Centralpunkten der Industrie — haben sie oft versucht, durch verabredetes Einstellen der Arbeit (Strikes) höheren Lohn oder sonst vortheilhaftere Bedingungen zu erzwingen. Gewöhnlich endeten solche Arbeitspreiskämpfe — denen auch der Staat, wenn gewaltsame Verhinderungen oder Ungesetzlichkeiten vorkommen, im Interesse der öffentlichen Ordnung entgegentritt — zum Nachtheile der Arbeiter, weil die capitalmächtigen Arbeitsherren länger aushalten können, als die Arbeiter, welche die Fortsetzung der Arbeit zu ihrem Lebensunterhalte bedürfen. Uebrigens giebt es auch Verabredungen der Arbeitsherren, um eine Herabdrückung des Lohnes durchzusetzen; doch wird von solchen weniger bekannt, weil sie eben nur unter wenigen Personen stattfinden. — Um sich in diesem Arbeitspreiskampfe gegenüber den Arbeitsherren dauernd zu stärken, haben die Arbeiter, besonders in England, sich durch Bildung von Gewerkvereinen (Trades-unions) organisiert (Siehe No. 319). Thatsächlich liegt in einer richtigen Organisation der Arbeiter, die in jeder Richtung zu fördern, der Staat das grösste Interesse hat, die einzige Möglichkeit für die Arbeiter, sich gegen ungerechte Entlohnungsbedingungen, sowie vor bitterster Noth (in Zeiten der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter) zu schützen.

108. Verschiedenheit der Lohnhöhe. Lohn ist sehr verschieden, aus vielen Gründen. Zunächst wegen der Verschiedenheit der Gewerbe.

Nicht alle Gewerbe sind nämlich (1.) gleich angenehm (hierzu auch: ungefährlich), noch (2.) gleich leicht zu erlernen; nicht alle geben (3.) fortwährende Arbeit; (4.) ist die Aussicht des Gelingens verschieden und (5.) fordern manche mehr Vertrauen zu den Arbeitern.

Z. B. als Tagelöhner verdient im Durchschnitte der Weber weniger, als der Schmied und dieser weniger, als der Arbeiter in der Steinkohlengrube (1. Fall, unangenehmere Arbeit). — Der Fleischer findet in guter Bezahlung den Lohn für das Rohe und Unangenehme seines Handwerkes. Der Handweber erhält wenig Lohn, arbeitet aber so lange ihm gut dünkt und zur beliebigen Zeit.

Maurer können z. B. bei Frost nicht arbeiten (3); diesen Ausfall müssen sie dadurch ersetzen, dass ihr Lohn höher steht, als sonst der Fall sein würde: ihr Jahresunterhalt muss ja in weniger Tagen, als bei anderen Gewerben verdient werden. — D. h.: in 250 Arbeitstagen (bei anderen Gewerben in 300) muss der Jahreslohn verdient werden, also jeden Arbeitstag $\frac{1}{250}$ statt $\frac{1}{300}$ des Jahreslohnes. Bei gleichem Jahreslohn ist also der Maurertagelohn $\frac{300}{250}$ d. i. $\frac{6}{5}$ des Lohnes anderer Betriebe.

Also höherer Lohn bei geringerer Sicherheit des Gelingens in dem Fache (4). Adam Smith's Beispiele sind der Schuhmacher und der Rechtsgelehrte. Hier wirkt Concurrenz: der künftige Jurist hat weit weniger Aussicht, den Preis seiner Mühe zu erhalten; dieser ist dagegen ein soviel höherer und muss das sein, sonst suchte man ihn nicht. Umgekehrt: man ist des Erfolges so gut als gewiss (beinahe jeder Lehrling wird das Schuhmachen erlernen), also strebt eine Menge Menschen nach dem sicheren Lohne, allein diese Concurrenz selbst drückt denselben herab.

Ferner (5) höherer Lohn bei grösserem nothwendigen Vertrauen auf den Arbeiter, z. B. bei Goldschmieden, Juwelieren, Cassabeamteten. — Will man dieses nothwendig grössere Vertrauen umgekehrt grösseres Risiko nennen (bei möglicher Untreue), so ist nur der Name verschieden: die Sache bleibt genau dieselbe.

109. Ferner ist ein Unterschied zwischen gewöhnlicher Arbeit (grober, körperlicher, Hand- oder Leibesarbeit) und intellectueller Arbeit (die man Arbeit Erfahrener nennen könnte), überhaupt erlernter Arbeit zu machen.

Z. B. schon der Umstand, dass für das eine Fach weit mehr Zeit, Mühe, geistige Anlagen, Kosten u. s. w. zum Erlernen erfordert werden, als zu einem anderen, verursacht Lohnunterschiede.

Man kann sich diese Mühe, Kosten u. s. w. als Vorschuss, als gewagtes Capital vorstellen, welches nun billigerweise mit den Zinsen zurückerwartet wird. Wenn auch diese Vorstellung nicht immer buchstäblich wahr ist, so ist es doch gewiss, dass wer sich die grössere Mühe z. B. Arzt oder Ingenieur zu werden gefallen lässt, sich auch nicht mit Träger- oder Maurenlohn zufrieden stellen wird.

110. Besondere Gründe haben in vielen Fällen den Lohn (feste Besoldungen [Honorare] oder Verdienst) so sehr herabgedrückt. So erhalten Dichter, Maler, Seelsorger, Lehrer und überhaupt solche, deren Arbeit nicht directen ersichtlichen Nutzen abwirft, oft einen

*unvollständig
als Arbeit*

unverhältnismässig geringen Lohn. Auch die sogenannte Hausindustrie, die neben einer anderen Hauptbeschäftigung betrieben wird, wirft sehr geringen Verdienst ab.

111. Der Frauenlohn steht bei sonst gleichen Umständen gewöhnlich tief unter dem Männerlohne, weil die Frauen in der Regel weniger Bedürfnisse haben, nicht über dieselbe Arbeitskraft verfügen, wie der Mann, und endlich zumeist nicht den gesammten Selbstkostenpreis ihrer Arbeit aufzubringen haben, da sie gewöhnlich Mitglieder einer Haushaltung sind.

112. Bei manchem Erwerbe bestimmt der „Brauch“ die Höhe des einzelnen Lohnes. Concurrenz wirkt auch hier, aber derart, dass bei grösserer Concurrentenzahl jeder eine geringere Anzahl der üblichen (also sonst unveränderten) Lohneseinheiten erhält.

Wenn die Praxis der früheren z. B. 60 Aerzte einer Stadt ziemlich gleichmässig vertheilt war und sich jetzt ziemlich gleichmässig auf z. B. 70 vertheilte, so würde bei sonst unverändertem Preis der Visite durchschnittlich Jeder auf $\frac{6}{7}$ seines früheren Verdienstes reducirt werden. — Solche Praxis pflegt zwar sehr ungleichmässig vertheilt zu sein, dies macht aber obigen Satz nicht unwahr.

Allgemein: eine beliebige bestimmte, nach Stücklohn bezahlte Aufgabe folgt derselben Regel: jedes Stück bleibt sich im Preise gleich, der fleissige, sachverständige Arbeiter wird aber für mehr Stücke bezahlt, als ein Anderer. — Deshalb hindern die *Trades' Unions* auch den Stücklohn.

113. 2. a. **Capitalzins.** Zins, Capitalzins, franz. *rente*, ist nicht nur Geldesrente, sondern Erträgnis des Capitals in jeder Form. Bei stehendem Capital nennt man es gewöhnlich „Miethe“.

Der Arbeiter erhält seinen Lohn als Aequivalent seiner Anstrengung. Uebereinstimmend empfängt der Capitalbesitzer seinen Zins als Vergütung seiner Enthaltung (vom eigenen Capitalverbrauche oder -genusse), seines Sparens und überhaupt dafür, dass er das Capital als Hauptproductionsmittel nicht selbst verwendet, sondern einem Anderen zur Benützung innerhalb einer gewissen Zeit überlässt. Bei Geldcapitalien wird der Zins daher auch in der Weise berechnet, dass man für 100 des dargeliehenen Capitals für die Dauer eines Jahres einen gewissen Betrag als Zins verlangt.

Capitalzins ist Miethe, welche der Capitalbenutzer dem Capitaleigenthümer zahlt. Diese Miethe, der eigentliche Zins, kommt jedoch niemals rein und unvermischt vor. Der Ausleiher nämlich verlangt auch Vergütung für die Möglichkeit des Falles, dass er sein Geld verliert.

Solche Möglichkeit ist immer vorhanden, auch bei der solidesten Anlage.

Der Capitalausleiher bedingt sich nur gewisse Interessen, also erstens den Capitalzins oder die Miethe für sein Capital, und zweitens die Vergütung für seine Verlustchancen, die sogenannte Assecuranzprämie¹. Dem Capitalisten ist es gleichgiltig, ob er

genau weiss, wie gross der Betrag jedes dieser Bestandtheile für sich ist. Wenn er für Enthaltung und Risiko zusammen seine Vergütung in den (Gesamt-)Interessen findet, so ist ihm das genug.

¹ Er ist also, in so weit es diese Prämie betrifft, genau genommen immer Unternehmer (Speculant). Diese Prämie vergütet nämlich sein Risiko, nicht seine Enthaltung.

Es ist nützlich, die beiden Begriffe Interessen und Zins in der Volkswirtschaft aus einander zu halten.

114. Die Höhe des Capitalzinses. Auf der niedersten Culturstufe pflegen die Menschen für das Darleihen von Capital, welches höchst selten und gewöhnlich nur aus Gefälligkeit geschieht, keinen Zins zu nehmen. Bei weiterer Entwicklung aber, wenn das Capitalverleihen gegen regelmässige Vergütung einmal vorkommt, wird der Zins sehr hoch sein, weil einerseits die Menge des zum Ausleihen verfügbaren Capitals noch sehr gering ist und andererseits aus Mangel an Rechtssicherheit der Darleiher grosse Gefahr läuft, sein Capital zu verlieren.

Mit dem Steigen der Cultur pflegt der Zinsfuss zu fallen, so dass man gegenwärtig wahrnehmen kann, dass der landesübliche Zinsfuss in den höchst cultivierten Ländern in der Regel am niedrigsten steht.

Im Alterthum findet man zu Solon's Zeiten 18%; zu Demosthenes' Zeit unter Freunden 10%; Aristoteles spricht von 12%; zu Cicero's Zeiten galt dieser Zinsfuss in Rom übermässig hoch.

In Frankreich war der gesetzliche Zinsfuss zu Anfang des 16. Jahrhunderts $\frac{1}{10}$ des Capitals, seit 1567 = $\frac{1}{12}$; 1601 = $\frac{1}{16}$; 1634 = $\frac{1}{18}$ und 1665 = $\frac{1}{20}$ oder 5%; letzterer Zinsfuss hat sich dann bis auf die neueste Zeit so ziemlich unverändert erhalten. Gegenwärtig sehen wir den Zinsfuss in Europa von Westen nach Osten zunehmen; so ist der Bankzinsfuss in England und Holland 2—3%, in Russland 6—7%.

Zu allen Zeiten kam es vor, dass einzelne Capitalbesitzer, die aus dem Capitalmangel ihrer Mitmenschen entspringende Nothlage benützten, um sich ganz unverhältnismässig grosse Vortheile für das Darleihen ihres Capitals zu bedingen.

Eine solche Handlungsweise, die gewöhnlich den vollständigen Ruin des Schuldners herbeiführt, galt jederzeit für schmachvoll und wird im Allgemeinen mit Wucher bezeichnet.

Die meisten Religionen haben das Zinsnehmen ganz verboten, allerdings nur mit der Begründung, dass man aus Barmherzigkeit gegen die Armen auf den Zins verzichten solle. Bei den heutigen Verhältnissen, wo in der Regel nur „der Reiche“ Credit besitzt und denselben auch zu seiner immer grösseren Bereicherung vollständig ausnützt, der „Arme“ aber nahezu ganz creditlos ist, würde dem letzteren mit dem Verbote des Zinsnehmens nichts genützt.

Anders verhält es sich, wenn der Staat im Wege der Gesetzgebung den Wucher einzuschränken sucht, sei es, dass er seine

Gerichtshöfe wenigstens von der Pflicht enthebt, für gewissenlose Wucherer einzutreten und einen gewissen Theil des Besitzes oder Einkommens des Schuldners unter allen Umständen schützt, sei es, dass er eine wucherische Handlungsweise strafrechtlich verfolgt.

Da der Wucher unter den verschiedensten Formen, oft sehr verdeckt, auftritt, so ist es allerdings nicht möglich, auf dem Wege der Gesetzgebung alle Wucherfälle zu verhindern, gerade so, wie sich selbst durch die härtesten strafrechtlichen Bestimmungen Raub und Diebstahl nicht aus der Welt schaffen lassen; wer wird aber deshalb verlangen, dass man den Räuber und Dieb straflos ausgehen lassen soll?

Die gegenwärtigen so verwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse lassen es allerdings nicht leicht zu, durch Aufstellung eines gesetzlichen Maximalzinsfusses in einfacher Weise den Wucher zu kennzeichnen. Sehr häufig ist die Höhe des Zinsfusses nicht gerade das Kennzeichen des Wuchers; so besteht eine sehr beliebte Methode einen hohen Zinsfuss zu verschleiern darin, dass unter dem Titel von Vorauslagen etc. bei der Zuzählung des dargeliehenen Capitals grosse Abzüge gemacht werden oder, dass bei einem Waren-Credite die Preise der Waren viel höher eingestellt werden oder, dass im Masse, Gewichte oder in der Qualität Benachtheilungen vorkommen. — Deshalb überlässt es z. B. das österreichische Wuchergesetz dem Ermessen des Richters zu entscheiden, ob ein gegebener Fall als Wucher anzusehen ist oder nicht.

Die Zinshöhe ist übrigens innerhalb kurzer Zeiträume grossen Schwankungen ausgesetzt. In Zeiten allgemeinen Misstrauens, wie vor Ausbruch und während eines Krieges oder einer grossen politischen Umwälzung wird selbstverständlich der landesübliche Zinsfuss sehr hoch sein, weil das vorhandene Capital sich verbirgt und nur zu den härtesten Bedingungen Geld dargeliehen wird.

Dagegen ist in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges oft der Zinsfuss niedrig, weil das vorhandene Capital aus den verschiedenen Unternehmungen zurückgezogen wird und nun in massenhafter Weise Anlage sucht und bei einiger Sicherheit sich mit sehr geringem Ertragnisse begnügt; während in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges (welche Bezeichnung jedoch oft auch für Zeiten der Ueberspeculation und des ärgsten Schwindels gebraucht wurde) die entgegengesetzten Gründe den landesüblichen Zinsfuss übermässig erhöhen. Zur unnatürlichen Erhöhung des landesüblichen Zinsfusses trägt auch bei, wenn der Staat selbst zu unproductiven Ausgaben grosse Schuldenlasten mit hoher Verzinsung auf sich nimmt, weil dadurch einerseits das Capital der productiven Verwendung im Lande entzogen wird und andererseits der für die

Staatsschulden entrichtete Zinsfuss sehr bald als landesüblicher Minimalzinsfuss gilt,

Im Allgemeinen hat auch auf die Höhe des Zinsfusses das Gesetz von Angebot und Nachfrage entscheidenden Einfluss. Doch wird häufig auf künstliche Weise (Börsenspiel etc.) verhindert, dass das Anlage suchende Capital auf dem einfachsten Wege in die Hände jener gelangt, die es zur productiven Verwendung brauchen.

Der Staat wird deshalb auf die dauernde Ermässigung des landesüblichen Zinsfusses dadurch einwirken können, dass er selbst Alles anbietet, um für seine Schulden die günstigsten Bedingungen zu erzielen und solche Institute errichtet oder fördert, die auf die billigste und reelste Weise das auf der einen Seite keine productive Verwendung findende Capital dorthin leiten, wo es eine solche Verwendung finden kann.

115. b. Unternehmerlohn und Unternehmergewinn. — Die englischen Capitalisten pflegen ihr Geld in englischen Geschäften anzulegen: dies sind sehr oft Privatactienunternehmen, jedenfalls Privat-, nicht Staatsgeschäfte.

Diese englische Vorliebe ist mit Schuld daran, dass selbst der ausgezeichnete englische Lehrer der Volkswirtschaft, Stuart Mill, den Unterschied zwischen dem eigentlichen Capitalisten und dem Unternehmer nicht genug beachtet hat. Dagegen giebt Roscher folgende zutreffende Erklärung hierfür:

„Das Wesentliche einer Unternehmung im national-ökonomischen Sinne des Wortes besteht darin, dass für den Verkehr auf eigene Gefahr produciert wird.“

Von Unternehmergewinn kann erst im Augenblicke der Liquidation selbst, d. h. wenn das Unternehmen als solches zu existieren aufhört, die Rede sein.

Im täglichen Leben unterscheidet man:

1. Eigentliche Unternehmer, (die ihr „eigenes Geschäft“ betreiben).

2. a. (Capitalist-)speculanten. mit verhältnismässig grossem Risiko, vielen ungünstigen Chancen. Sie wagen diese für die Aussicht höheren Gewinnes und auch für die höhere Assecuranzprämie. Z. B. Actieninhaber.

b. Anlegende Capitalisten (z. B. Obligationen- oder Schuld-scheininhaber) mit geringem Risiko (oft sehr geringem, aber nie ganz ohne Risiko), also gegen Interessen, die oft sehr wenig mehr, als der eigentliche Zins betragen.

Des Unternehmers Einkommen besteht ebenfalls aus den Einkünften seines Capitals (und seiner Grundstücke) oder es ist sein Arbeiterlohn. Des Unternehmers eigenthümliches Kennzeichen aber besteht darin, dass er den genannten Lohn sich nicht

*Unter-
nehmung*

von einem Anderen ausbedingen kann, sondern sich selbst den ungünstigen Chancen unterwirft wegen der Aussicht auf (Unternehmer-)Gewinn für seine (oft höchst schwierige, intellectuelle und wichtige) Arbeit („Meister muss sich immer plagen“. Schiller).

Soweit von Unternehmergewinn die Rede sein kann, muss er, wie die Interessen, mit Capital in jeder Form und ja nicht blofs in Geldesform verglichen werden.

Es giebt also keinen Unternehmergewinn, wenn darin nicht alle Erzeugungsvorschüsse vergütet enthalten sind, wie die Gelder, mit denen der Lohn bezahlt wird, die Kosten für Gebäude, Werkzeuge, Geräthe, Fabriken u. s. w. — Die meisten Contracte sind so eingerichtet, dass derjenige, welcher über das Capital verfügt, die Kosten (also auch das Auszahlen des Lohnes) vorschießt, demgemäss auch den (ganzen) Ertrag zur Verfügung hat. Nach Abzug seiner Kosten findet er dann (bei der Schlussliquidation) im etwaigen Ueberschusse seine Belohnung, den eigentlichen Unternehmergewinn.

Den Unternehmergewinn als erworben zu betrachten, während das Unternehmen noch fort dauert, ist eigentlich derselbe Fehler, wogegen schon Solon warnte, der keinen noch Lebenden als Glücklichen preisen wollte.

Ein Unternehmen, das gelingen soll, muss jedenfalls:

1. die Zinsen erstatten, d. h. soviel, als ein solider Schuldner für die Verfügung über das Capital hingeben würde. Denn der Capitalbesitzer, sei es der Unternehmer selbst oder ein etwaiger Ausleiher, fordert als Zins mindestens ungefähr eben so viel, als er in einem beliebigen anderen Geschäfte erhalten würde, sonst sucht er vortheilhaftere Anlagen;

2. Vergütung für Risiko, die sogenannte Assecuranzprämie beschaffen. Bei der Liquidation geht diese in Nettogewinn¹ über. Bei vielen Unternehmungen (z. B. Actien-Gesellschaften) bildet man deshalb durch Jahresbeiträge aus dem Ertrage einen „Reservefond“ gegen mögliche Unfälle und zur Erneuerung des allmählig durch Abnutzung u. s. w. abnehmenden stehenden Capitaless. (Richtig wird deshalb der Reservefond während der Dauer des Unternehmens als „Passivpost“ in die Bilanzen gestellt und erscheint erst bei der Liquidations-Bilanzierung als Activum).

3. für den Unternehmer selbst Lohn seiner Arbeit eintragen, bestände diese auch nur aus der blossen Oberaufsicht, welche oft die äusserste Anstrengung der grössten Arbeitskraft erfordert.

Wenn der sogenannte (Brutto-)Gewinn¹ weniger einträgt, als hier angeführt ist, so ist eigentlich Verlust vorhanden.

Unternehmer - Gewinn¹ im strengsten Sinne, ist also dasjenige, was das Geschäft bei der Endesliquidation mehr abwirft als:

1. Capital.

2. Uebliche Interessen (= Zins und Assecuranzprämie).

3. Vergütung für des Unternehmers administrative und übrige Arbeit.

¹ Bei Gewinn unterscheidet man.

A. Theoretisch. 1. Bruttogewinn, das z. B. am 31. Dec. bei Aufstellung der Bilanz ausser der Einlage vorhandene Geld oder Geldeswert.

2. „Netto“gewinn, dasselbe nach Abzug der Kosten für Haushalt, Reservefond, Wertabnahme von Schiffen, Fabrikgebäuden u. s. w.

3. Selbst dieser „Netto“-überschuss umfasst mehr als Gewinn, er ist nämlich = Gewinn + Zins + Assecuranzprämie.

4. Und auch von dem reinen Gewinn in diesem letzten engsten Sinne muss noch der durchschnittliche, freilich sehr schwer abzuschätzende, eigentliche Arbeitslohn des Unternehmers abgezogen werden. Nur was dann noch übrig bleibt, ist wissenschaftlich Gewinn des Unternehmers.

B. Kaufmännisch. In der Praxis wird man kaum anders rechnen können, als 1880 z. B. 10 pCt. Gewinn, 1881 3 pCt., 1882 Verlust 6 pCt., 1883 Gewinn 8 pCt. Damit ist dann bei guter Buchführung Gewinn im Sinne von A. 2 gemeint. Allein sowohl die theoretische als die kaufmännische Betrachtung wird erst bei der Schlussliquidation den wahren etwaigen Gewinn des Geschäfts feststellen können.

Diese drei Unterabtheilungen des Ertrages, die Aequivalente für Verbrauchsenthaltung, Risiko und Arbeit, kommen oft in mehr als eine Hand. Nämlich:

a. Das Capital kann ganz oder theilweise geliehen sein. Der Ausleiher ist dann Capitalist (und zwar Geldanleger, zuweilen auch Speculant) in unserem früher erläuterten Sinne (s. No. 115 2a). Er trägt kein ferneres Risiko, als jeder andere Ausleiher, und erhält nur das Aequivalent seiner Enthaltung vom eigenen Verbräuche des Geliehenen.

b. Der sogenannte „stille Socius“ („stiller“ oder Commanditassociierter) trägt auch einen Theil des Risicos, nämlich für soviel als er in dem Geschäft angelegt hat. Er geniesst vom Gewinne soviel, als er sich ausbedungen hat, trägt aber nicht mehr Schaden, als bis zum Betrage seiner eingebrachten Gelder.

Manchmal begeht man die Verkehrtheit, dass zwar Einer (oder Mehrere) das Capital beschafft und das Risiko trägt, aber statt seiner ein Anderer, für Lohn (Honorar), das Geschäft führt. Diesen Grundfehler verbessert man dann wenigstens zum Theile dadurch, dass man einen Theil dieses Lohnes auf Procente des (veränderlichen) Jahresgewinnes anweist.

c. Der Capitalbesitzer selbst führt das Geschäft und wagt die Chancen. Erst dadurch wird er Unternehmer, ohne fernere Unterscheidung.

Derjenige Betrag (Assecuranzkosten + Zins + Unternehmerlohn), für den man sich zum Unternehmer hergiebt, ist nach Zeit und Ort verschieden, und zwar weil ein grosser Unterschied besteht, sowohl in dem Verhältnisse der Neigung zum Genusse, zum Sparen, als auch im Risiko. Dies ist z. B. da sehr gross, wo die Regierungen, wie viele in Asien, entweder selbst die Privaten berauben oder wenigstens, wie im mittelalterlichen Europa, ausser Stande sind, sie gegen Beraubung zu schützen. Solche Unsicherheit ist so gross, dass sie selbst — wie bereits erwähnt — das einfache Capitaldarlehen trifft und den Zins in die Höhe treibt.

Auch der Unternehmer wird in verschiedenen Gewerben verschieden belohnt.

Hier ist die Verschiedenheit sogar noch grösser, als beim Arbeitslohne. Z. B. der Kleinhandel, weil minder angenehm, giebt höheren Gewinn, als das en-gros-Geschäft. Der hauptsächlichste Unterschied ist aber der des Risicos. Der Schiesspulverfabrikant z. B. verlangt hohen Gewinn.

Zuweilen ist ein Theil der scheinbar sehr hohen Gewinne nur eine Form, die wirklichen (Arbeits)lohn verbirgt.

Roscher § 179 S. 363f. bemerkt mit Recht, dass z. B. die Apotheker nicht, wie man sagt „99 pCt.“ verdienen: sie erhalten (im Preise der Arzneimittel) nur einen hohen (und verdienten) Arbeiterlohn, während ihr Capital klein ist. Etwas dergartiges gilt für Kleinhändler (an kleinen Orten) mit einer sehr grossen Anzahl Warengattungen.

Natürliche Monopole werfen hohen Gewinn ab.

Was begründet den Gewinn? Der Umstand, dass Arbeit in der Regel mehr producirt, als zum Unterhalt der Arbeit erforderlich ist.

Man nehme den einfachsten Fall: alle Ausgaben, darunter auch den Arbeiterlohn, schiesst der (*capitalist*-)Unternehmer vor. Also ist der Ertrag sein, und der Ueberschuss sein Vorthail.

Ausser dem Lohne bestehen die Ausgaben in Kaufpreisen von Producten. Diese Kaufpreise sind aber wieder = Arbeitslohn + Kaufpreis früherer Producte + Gewinn.

Folglich: je grösser relativ des (*capitalist*-)Unternehmers Antheil am Ertrage, um so kleiner der des Arbeiters und umgekehrt, weil an dem „Kaufpreis früherer Producte“ nichts mehr zu ändern ist.

Bei gleichem Ertrage kann also der Gewinn nicht wachsen, es sei denn, dass der Arbeitslohn abnehme.

Die Sucht einen hohen Unternehmervergewinn zu beziehen oder, falls die Concurrenz einen Druck ausübt, auch bei geringerem Ertrage den gleichen Unternehmervergewinn zu erhalten, veranlasst viele Unternehmer, den Arbeitslohn ungebührlich herabzudrücken, da bei den übrigen Ausgaben sich gewöhnlich nichts ermässigen lässt. Dies ist häufig die Ursache unzureichender Arbeitslöhne.

So wird z. B. ein gewissenloser Bauunternehmer, der genöthigt ist, ein niedrigeres Anbot zu machen, um einen Bau überhaupt zu erhalten, darauf

rechnen, den Nachlass nicht bei seinem Unternehmergewinn, sondern beim Lohne seiner Arbeiter hereinzubringen.

Bei Entscheidung über solche Anbote soll daher in erster Linie darauf gesehen werden, dass bei Aufstellung der Kostenvoranschläge ein entsprechender Arbeitslohn gesichert ist.

116. 3. Grundrente. — Bei der Production geniesst der Arbeiter Lohn für seine Mühe, der Capitalist Rente für seine Enthaltung vom Verbräuche, der Unternehmer Gewinn für sein Risiko. Aber was erhält der Eigenthümer von Grundstücken.

Der Eigenthümer geniesst die natürlichen Vortheile seiner Grundstücke oder man vergütet ihm das Abtreten ihrer Benutzung. Dieser Genuss oder Vergütung heisst Grundrente.

Vergütung erhält er, weil Landbesitz ein (freilich natürliches) Monopol ist.

Es existiert ein Bedürfnis nach Grundstücken, nur Einzelne besitzen sie, also bezahlt man sie für deren Gebrauch. Das ist nicht die Folge eines Gesetzes oder sonstigen künstlichen Einrichtung. Es folgt naturgemäss daraus, dass es in den existierenden Gesellschaften (verhältnismässig) wenig Grundeigenthümer giebt.

Grundstücke existieren, ohne dass irgend ein Mensch zu ihrer Erschaffung Mühe angewandt hat. Kosten sind also nicht zu vergüten. Wenn man nun doch für die Benutzung von Grundstücken zahlt, so muss es deshalb sein, weil man mehr Grundstücke zu benutzen wünscht, als vorhanden sind, weil es darnach mehr Nachfrage als Angebot giebt. Man bezahlt Grundrente für die Benutzung eines Bodens von gewisser Fruchtbarkeit u. s. w., weil solcher Boden auch dann erwünscht sein würde, wenn es mehr davon gäbe.

Selbst der schlechteste Boden, der zur Fristung der Existenz dauernd angebaut werden kann, muss Folgendes leisten:

1. Die Ernte muss das Saatkorn erstatten.
2. Der Landwirt mit den Seinigen muss seinen Lebensunterhalt finden, sein Geräth bezahlen können und den landesüblichen Arbeitslohn geniessen.
3. Für das Capital, aus dem Wohnung, Geräth, Vieh, Löhne, Saatkorn u. s. w. bezahlt sind, muss sich ein gleich hoher Zins ergeben, als bei anderen Gewerben.

Ausserdem bleibt dem Eigenthümer des schlechtesten Bodens Nichts (Mill xvi § 2 S. 256f.).

Sobald man aber besseren Boden hat, bleibt etwas übrig. Dieser Ueberschuss (also das Mehr verglichen mit dem Ertrage des schlechtesten angebauten Bodens), ist die Grundrente, und die nimmt der Grundeigenthümer (Mill S. 257f.).

Arbeit und Capital werden ja schon ausserdem eben so gut, als sonst wo bezahlt (s. so eben 2 und 3). Sie werden nicht auswandern, so lange dies nur wirklich erzielt wird, wenn auch alles Uebrige an den Grundeigenthümer fällt.

Die Grundrente ist also der Mehrertrag eines Grundstückes gegenüber dem Ertrage des unvortheilhaftesten aber doch angebautes Landes; oder gegenüber dem Ertragnisse desjenigen Capitaless, welches unter den ungünstigsten Verhältnissen in Grundstücken angelegt ist (Mill § 4 S. 258 f.).

Wenn der Bauer selbst Grundeigenthümer ist, so erhält natürlich er selbst die Grundrente, d. h. er behält sie. Deshalb hört aber die Existenz der Grundrente nicht auf, sie wird nur nicht (dem Einen vom Anderen) ausgezahlt.

Dieser Satz mit seiner Begründung und seinen Folgerungen wird Ricardo's¹ Lehre genannt.

¹David Ricardo, 1772—1823, *On the influence of a low price of corn on the profits of stock*, Lond. 1815. Sein Hauptwerk sind die *Principles of Political Economy and Taxation* (1817), z. B. in (Mac Culloch's 2. Ausgabe seiner) *Works*, Lond. 1852. — Der Satz ward von Dr. Anderson 1777 zuerst aufgestellt, Mill § 3 S. 257. S. auch *Dict. de l'Econ. pol.*, art. Ricardo.

Ist nun aber die Vergütung des in Grundstücken angelegten Capitals Grundrente oder Capitalzins?

Hier beachte man, dass als Capital nicht bloss das Vieh, sondern auch Wohnhaus², Scheune, Stall, der Waldbestand u. s. w. angesehen werden muss. Was man dafür im Jahre zahlt, ist Zins, Capitalrente.

²Weshalb des Bauern Wohnhaus, könnte man fragen, das des Fabrikanten aber nicht? (No. 56.) Man muss beachten, dass das Bauernhaus fast gänzlich zur Berufsarbeit dient, des grossen Fabrikherrn Wohnhaus dagegen pflügt in der Regel mehr Raum zu enthalten, als für das blosse Wohnen des Fabrikanten und der Seinigen absolut nöthig ist.

Capital aber, zu Bodenverbesserungen angelegt, ist als Capital verloren. Es geht in den Boden über und erzeugt dessen Mehrwert.

Rente mehrerer gleich guter Grundstücke folgt derselben Regel, gleichgiltig, ob diese Güte unmittelbar von der Natur¹ oder durch Zuthun von Menschen² entstanden ist.

¹Guano-inseln, Huerta von Valencia, überhaupt tropische Länder, Handels- und Hafenplätze wie Constantinopel, Havana, Singhapura.

²Viele holländische Trockenlegungen, wie der Haarlemersee und der „Zuidplas“ im NO. Rotterdams, Babylonien, Albanersee, China's schwimmende Gärten, Artesische Brunnen am algerischen Saume der Sahara u. s. w.

Auf die eigentliche Fruchtbarkeit kommt es bei weitem nicht allein an, sondern z. B. auch auf des Bodens Zugänglichkeit und andere Eigenschaften. Deshalb wird der Wert des Bodens durch die Anlage von Kanälen oder Strassen und Eisenbahnen oft so bedeutend erhöht. Unter Bodengüte versteht man also alle Eigenschaften, welche den Ertrag vermehren oder die Kosten vermindern.

Wird ein Gut verpachtet, so zahlt der Pächter die Grundrente dem Grundeigenthümer.

Affektionswert =

Markt = am häufigsten vorkommt 1. Wert.

bedeutet

Preis/Gewinn

Preis/Gewinn

ist maßgebend

am Markt

Gebrauchswert

+ Kaufkraft

B. Tausch. Güterumlauf.

Vgl. fortdauernd Mill, *Book III*, Exchange, S. 264 ff.

117. Beim Tausche kommt es weit mehr, als bei der Erzeugung oder bei der Vertheilung der Güter auf deren **Wert** an.

In der heutigen Gesellschaft beruht jedes Gewerbe auf dem Kaufe (und Verkäufe, d. h. auf dem Tausche). Ausser den Landwirten leben sehr wenige von gerade demjenigen Producte, welches sie selbst (also direct) miterzeugt haben. Alle Anderen leben fast gänzlich von dem für den Verkaufspreis ihrer eigenen Waren eingekauften. Bei solchem Zustande muss man wissen, was Wert ist: es müssen ja gleiche Werte sein, die man umtauschen will (vgl. No. 19).

Gebrauchswert (value in use) bezeichnet die Eigenschaft irgend einer Sache, dass sie in gewissen Zeiten und Fällen „gewisse Quantitäten“ Nutzen besitzt.

Luft, Wasser, Korn, Tuch, Eisen, Edelsteine haben Nutzen. — Hundert Liter Wasser, 10 Hektoliter Korn, 30 Meter Tuch, 80 Kilogramm Eisen, 5 Diamanten können während einiger Zeit den Begierden eines oder mehrerer Menschen genügen: diese Gegenstände haben Gebrauchswert.

Direct schätzen (also in irgend einem anderen Gegenstand) kann man den Gebrauchswert nicht: eben dadurch würde er ja Tauschwert.

Tauschwert in Geld bestimmt ist Preis. Der Preis einer Sache ist die Menge Geldes, welche man gewöhnlich hingeben will, um die Sache zu bekommen.

Wohlverstanden der Preis, den die Sache „wert“ ist, wie zuweilen gesagt wird. Nicht jeder Preis, den ein Unkundiger oder Betrogener dann und wann zahlt.

Man kann also sagen: einer Sache Preis ist ihr Tauschwert in Geld, die Menge Geldes, wogegen man sie umtauscht. Tauschwert aber einer Sache ist die Eigenschaft, welche ihren Besitzer in Stand setzt, dafür eine gewisse Menge irgend einer anderen Sache zu bekommen; oder: die Macht sich dafür etwas Anderes zu verschaffen, m. a. W. die Verfügung, welche der Besitz dieser Sache über alles Käufliche giebt.

118. Wie weit geht aber diese Verfügung über alles Käufliche? Das ist unter verschiedenen Umständen verschieden.

Es giebt hier zwei Arten der Bewegung, eine zweifache Veränderlichkeit:

1. Der Tauschwert der einen Ware, den wir suchen, kann sich ändern, kann ab- und zunehmen.

2. Und der Tauschwert jeder anderen von den Waren, womit wir die erste vergleichen müssen, kann sich auch ändern und thut dies unablässig.

Es wäre ein Gewinn, diese letztere Veränderlichkeit ausser dem Spiele lassen zu können, und im Besitze eines stetigen Masses des Tauschwertes aller Waren zu sein.

119. Ein solches Mass besitzen wir in der That. Wir vergleichen nämlich jede Ware mit **Geld**. Nun können wir (wenigstens für eine Zeit lang) annehmen, das Geld selbst habe einen unabänderlichen Tauschwert. Genauer: wir können uns auf diejenigen Aenderungen des Tauschwertes beschränken, welche denjenigen Artikel ausschliesslich betreffen, den wir jedesmal untersuchen, und diese Abänderung dann in Geld schätzen oder ausdrücken.

Das ist dann Aenderung des Preises, Steigen und Fallen des Preises, des Marktpreises.

120. Möglich wäre es, dass alle Preise zugleich steigen oder fallen. Man kann sich vorstellen, dass man für jedwedes Gut mehr Geld wird hingeben müssen.

Dies ist einmal wirklich geschehen, im 16. Jahrhundert, nach der Entdeckung des Edelmetall erzeugenden America (und der Quecksilberminen von Huancavelica 1567, zugleich mit der Erfindung des Amalgamierens 1557, Roscher § 136 mit Anm. 3, S. 271, Alex. von Humboldt *Essai politique sur la nouvelle Espagne* L. IV ch. 11). Die Aenderung geschah erst nach 1570.

Dass aber **alle Tauschwerte** zugleich steigen oder fallen könnten, ist ungereimt.

Der Tauschwert irgend einer Sache ist nämlich ihr Verhältniss zu allen anderen Sachen.

Bei allen **Preisen** ist dies dagegen sehr wohl möglich. Dann ist aber die Ursache (nicht das Steigen jener Waren, sondern) das Fallen der einen Ware Geld. Wenn Geld steigt oder fällt, während keine andere Ware im Tauschwerte sich ändert, fallen oder steigen die Preise aller anderen Waren.

121. Die Aenderungen der Tauschwerte hängen von gewissen allgemeinen Regeln ab, jedoch nicht unbedingt. Sie gelten, soweit Tauschwerte und Preise von der Concurrenz abhängen, also in so weit man voraussetzen kann, dass alle Käufer und Verkäufer den jedesmaligen Stand des Marktes genau kennen und ausnützen (Mill § 5 S. 267f., vgl. No. 184).

Dies gilt für die En-gros-Preise, auf dem Weltmarkte, auf Börsen, für solche Preise, wie sie in den Notierungen vorkommen. Dort sorgen die Käufer, dass sie mit den jedesmaligen Preisen jedweder Waren bekannt sind. Dort giebt es also, in jedem Augenblicke nur einen Preis derselben Ware auf demselben Markte.

Im Detailhandel ist dies ganz anders. Hier werden weit höhere Preise gezahlt, von den Wohlhabenden aus Gewohnheit oder Gleichgiltigkeit, von den Armen aus Nothdurft, Unkenntnis oder wegen offenen oder verdeckten Zwanges. Der Arme z. B. kann nicht den besten Laden wählen, sondern muss mit demjenigen vorlieb nehmen, der ihm (sei es auch nicht gerade jetzt, so doch in den Zeiten der Noth) creditieren will, was oft sehr grossen Unterschied in den Preisen macht, — dergestalt, dass darin der Anstoss zur Gründung der Consumvereine und eine Ursache ihres Gedeihens liegt.

122. Tauschwert, sahen wir (No. 27, 28), hat nur dasjenige was sowohl schwer erreichbar als nützlich ist. Diese **Schwierigkeit des Erreichens** kann dreierlei Ursachen haben (Mill II § 1 S. 268):

I. Die erreichbare Menge, das Angebot, kann (so gut als) gar nicht zunehmen.

II. Sie kann es, selbst (so gut als) unbeschränkt, wenn nämlich auch die Kosten verhältnismässig zunehmen.

III. Sie kann es, wenn nämlich die Kosten mehr (oft weit mehr), als verhältnismässig zunehmen.

ad I. Der Preis steigt (sinkt) bis er Nachfrage und Angebot zur Gleichheit gezwungen hat. — Der Preis der Güter dieser Art hängt also einzig nur von Nachfrage und Angebot ab.

Z. B. bei vermehrter Nachfrage steigt der Preis. Freilich nicht verhältnismässig mit dem Zunehmen der Nachfrage selbst (Mill § 3, 4 S. 270 ff.). Kornpreise z. B. steigen und fallen in weit stärkerem Verhältnisse, als Nachfrage oder Angebot zunimmt. Die Ernte z. B. in England war $\frac{5}{6}$ und $\frac{2}{3}$ einer durchschnittlichen, Anfuhr vom Auslande kam zu Hilfe, die Preise aber wurden doppelt und dreifach so hoch, ja höher¹. — Die Furcht, etwas Unentbehrliches zu entbehren, wirkt nämlich wie ein Monopol.

¹ Thom. Tooke, *A History of Prices and of the state of the circulation, from 1793 to . . . 1847 incl.*, und mit W. Newmarch bis 1856 incl. Lond. 1838—57, Vol. I S. 13—15.

Der alte engl. Volkswirt Gregory King (*Natural and Polit. Observ.* 1696) ging so weit, dass er davon eine Regel in Ziffern brachte:

wenn die Ernte einen Ausfall von 10 20 30 40 50 Hunderteln hat,
so steigt der Preis resp. 30 80 160 280 350 pCt.¹,
und umgekehrt bei reichen Ernten, so dass die französische Regierung (*Moniteur* 1 déc. 1821 no. 335) erklärte: „aucune loi ne peut prévenir les inconvénients qui naissent de la surabondance des récoltes“.

Der Tauschwert von Gütern dieser Art ist jedesmal derjenige, welcher der bestehenden Nachfrage genau genügt. Ist also mehr Nachfrage als Angebot, so steigt der Preis so lange, bis genug Nachfragen abgewiesen sind.

Deshalb also verursachen Monopole hohe Preise.

Uebrigens können Monopole die Preise zwar hinauftreiben, oft selbst sehr hoch, allein nur dadurch, dass sie das Angebot beschränken (Mill § 5 S. 272, s. unten No. 128. 6).

Die holländische O.-I.-Compagnie vernichtete vorsätzlich einen grossen Theil der Specereibäume. Sie hatte also geringeren Vorrath zum Verkaufe. Der Preis aber stieg so¹, dass, wenigstens nach dem Urtheile der Compagnie, trotz der verringerten Menge doch weit mehr verdient wurde. *Aardrykskundig en Statistisch Woordenboek voor Ned-Indie* II. 512, Art. *Molukko's*; P. Mver, *Verzameling van Instructiën* u. s. w. Batavia 1848, S. 65, 80; Roscher § 6 S. 10, Mill S. 272. — ¹ „Der Zweck solcher wucherischen Speculationen . . kann . . . nur für kurze Perioden erreicht werden“. Roscher a. a. O. und § 108 Anm. 5 S. 203. „Vgl. die geistvolle Bekämpfung von de la Cour *Aanwysing der heilsame gronden* 1663, Jan de Witt *Mémoires* p. 58“.

Manche Güter können einstweilen unvermehrbar sein. Z. B. die Bodenproducte zwischen einer Ernte und der folgenden.

123 ad II. Der Wert hängt bei diesen Gütern ab von den (Productions)Kosten¹. — Der Tauschwert der Güter hängt in diesem Falle in so weit von Nachfrage und Angebot ab, als er über einem gewissen Betrage bleibt (Mill III § 1 S. 274, Roscher § 101 S. 191, § 106 ff. S. 197 ff.).

Der Tauschwert kann nämlich nicht unter die Productionskosten² sinken; sonst würde die Gütererzeugung bald aufhören.

¹Nothwendige (d. h. höchste unvermeidliche) Reproductionskosten, „Kosten ihres Gleichen zu reproducieren“, Roscher § 107 S. 200.

²Im ausgedehntesten Sinne, d. h. die Kosten des Artikels in dem Zustande, wie er in jedem gegebenen Augenblicke fertig zum Verkaufe vorliegt, also auch für Transport, Aufbewahrung u. s. w. Man thut am Besten, den landesüblichen Gewinn hierunter mit zu begreifen; sonst muss man ihn addieren.

Diesen niedrigsten Stand des Tauschwertes kann man den nothwendigen Preis (oder Wert, dessen unumgängliches Minimum) nennen. Dieser Minimalwert ist aber zugleich der feste oder regelmässige Wert der Ware.

Selbstverständlich bei freier Concurrenz und (darin liegt ja das Kennzeichen dieses zweiten Falles) beliebiger Productionsvermehrung.

Würde der Preis diesen Minimalwert übersteigen, so würde der höhere Gewinn sogleich mehr Capital heranziehen, es würde mehr von dieser Ware erzeugt und angeboten; dieses vermehrte Angebot würde aber den Wert wieder herabdrücken und zwar genau so lange, bis das nothwendige Minimum wieder erreicht wäre. (Der übliche Gewinn ist nämlich schon in diesem Minimum inbegriffen). Jeder Wert über jenem Minimum liefert also übergewöhnlichen Gewinn, zieht also mehr Capital an.

Obiges bestimmt also den natürlichen Höhepunkt des Tauschwertes, Adam Smith's und Ricardo's natürlichen Tauschwert (oder Preis). — S. Mill S. 275.

Die Aenderungen im Tauschwerte jeder Ware bestehen darin, dass er über diesen natürlichen Stand hinaus steigt oder niedriger sinkt, dass er gleichsam wie um einen Durchschnitt auf und ab schwankt.

Dieser veränderliche Tauschwert ist der Marktwert oder Marktpreis (*prix courant*¹). Er fluctuiert um den natürlichen Preis, ohne diesem auf die Dauer gleich zu sein.

Mill vergleicht ihn treffend mit dem bewegten Meere. Kein Punct ist in Ruhe, ja ein sehr grosser Theil ist jeden Augenblick ausserhalb der flachen Ebene, zu der doch jedes Wassertheilchen immerdar hinneigt.

Man kann sich den Productionspreis als eine langsam abfallende Linie vorstellen, weil viele Waren (vorzüglich Fabrikserzeugnisse) beständig im Preise sinken. Der Marktpreis hingegen wäre dann etwa eine schlängelnde, allmählig

dem Productionspreise sich nähernde Linie, die jenem zwar nie auf die Dauer gleich bleibt, aber doch ausnahmsweise ihn erreichen oder noch tiefer sinken kann.

Mit höheren oder niederen Reproductionskosten steigt und fällt auch der (natürliche) Preis.

Dazu ist es aber nicht nöthig, dass jene Kosten schon zu- oder abgenommen haben. Producenten, die wissen, dass es geschehen wird, erhöhen oder erniedrigen ihre Preise schon im voraus. — Wohlverstanden, im unbedingt freien Weltverkehre.

¹Der auf dem Wege der Concurrenz gewöhnlich erlangte (Geld)preis der Ware. Roscher § 99 Anm. 2 S. 188.

Dieses sich Aendern des Marktpreises, sein Abweichen vom natürlichen Werte, beeinflusst Nachfrage und Angebot, und bewirkt gerade dadurch wieder Annäherung zu jenem Werte.

Gleichwie etwa beim Pendel. Dieselben Kräfte, welche ihn hinauftreiben, verursachen, dass er wieder fallen muss.

Würde der Marktpreis dem natürlichen Werte genau gleich, dann wäre der Grund dafür der, dass die Nachfrage dem Angebote genau gleich wäre.

Nachfrage und Angebot regeln also das Schwanken des Preises, d. h. sie bestimmen den Marktpreis. Was sie aber selbst beherrscht und auf die Dauer die nothwendige Höhe des Tauschwertes bestimmt, sind die Productionskosten.

124. Woraus bestehen die Productionskosten? — Zum grössten Theile aus den Kosten für die Arbeit, und zwar sowohl für gegenwärtige als vorhergegangene Arbeit (welche der Production vorausgehen muss).

Es sind deshalb die Arbeitskosten der Haupt-Bestandtheil der Productionskosten und sie entsprechen wieder dem nöthigen Arbeitslohne.

Zwar hat der Gütererzeuger auch eine Menge nicht von ihm selbst erzeugter Producte kaufen müssen.

Allein diese Güter haben doch auch erzeugt werden müssen, und so immer fort. (Mill iv § 1 S. 277 f.).

Wer z. B. Webstoffe erzeugt (der Fabrikant), der bezahlt den Webern Lohn. Er kauft auch Garne. Dafür aber ist den Spinnern Lohn gezahlt. Auch für den rohen Flachs (Wolle, Baumwolle u. s. w.) ist dem Flachsbauer u. s. w., oder von diesem seinen Knechten Lohn gezahlt.

Die jetzige En-gros-Fabrication erachtet es oft für Vorthail, z. B. Spinnen und Weben in einer Fabrik zu vereinigen. Dadurch wird das Princip nicht abgeändert.

Der erwähnte Fabrikant hat seine Fabrik erbauen lassen müssen (oder sie sonst fertig gekauft). Dafür ist Lohn gezahlt, nicht nur den Maurern, sondern auch den Steinhauern im Steinbruche u. s. w.

Der Tauschwert aller Güter besteht also hauptsächlich aus dem Betrage der nöthigen Löhne, d. h. er beträgt wenig mehr, als die zur Erzeugung¹ des Artikels erforderliche Arbeitsmenge.

¹ Erzeugung, d. h. das völlige fertig Arbeiten bis zu genau demjenigen Zustande, worin das Product jedes Mal zu verkaufen ist. Z. B. der Tauschwert irgend einer Ware heute auf dem Wiener Markte umfasst auch die dazu nöthigen Kosten, damit sie gerade heute und zwar auf dem Wiener Markte vorhanden sei, also z. B. Transport- und Aufbewahrungskosten, Eingangszölle, üblicher Gewinn (Verdienst) des Verkäufers u. s. w.

Bis jetzt ist so gefolgert, als käme es nur auf die Quantitäten der (gelieferten) Arbeit an. Aber auch der Preis der Arbeit, d. h. der Stand der Löhne, übt einen Einfluss aus.

Tauschwert ist das Verhältnis zwischen dem fraglichen Handelsartikel und allen anderen (s. für das Folgende hauptsächlich Mill 279, aber auch xxvi § 1 S. 416 f.).

Steigen oder fallen nun **alle** Löhne ohne Unterschied, so wirkt das gleichmässig auf alle Güter ein. Das wechselseitige Verhältnis bleibt unverändert, wie z. B. $10/12 = 5/6$.

Die einzige Folge dieses Steigens oder Fallens kann darin bestehen, dass des Arbeiters Theil am Ertrage steigt oder fällt, oder der Antheil des (Capital benutzenden) Unternehmers fällt oder steigt.

Wie aber, wenn die Löhne nur in gewissen Gewerben z. B. steigen?

Dann werden Tauschwerte und Löhne dadurch wohl betroffen, weil dann das Verhältnis der einen Ware zur anderen sich ändert.

Producte einer gewissen Menge „erlernter“ Arbeit (skilled labour, wo also die Löhne höher stehen) sind kostspieliger, als Producte derselben Menge grober Arbeit (körperlicher Arbeit, unskilled labour), m. a. W. man vertauscht sie gegen eine viel grössere Menge grober Arbeit (nicht blofs gegen mehr ihrer Producte).

Hier betrachten wir die Veränderungen der Tauschwerte und die Ursachen dieser Aenderungen.

Uns kommt es auf die erforderliche Arbeitsmenge an, diese nämlich pflegt sich nur bei einzelnen Gütern zugleich zu ändern. Wenn dies aber geschieht, dann allein ändern sich die Verhältnisse, d. h. die Tauschwerte.

Die grossen Aenderungen des Standes der Löhne dagegen sind meistens ziemlich allgemein, umfassen sehr oft (so gut als) alle Güter zu gleicher Zeit und gleich sehr. Das lässt aber die Verhältnisse der Güter unter einander, d. h. ihre Tauschwerte, ohne Abänderung.

Ein Hauptbestandtheil der Productionskosten ist also das zur Erlangung der erforderlichen Arbeitsmenge nöthige Opfer, die Arbeitskosten.

125. Zweiter Bestandtheil, Gewinn. — Je mehr Arbeit zur Hervorbringung irgend einer Ware im Vergleich mit anderen Waren nöthig ist, um so kostspieliger ist sie, d. h. um so höher ist ihr Tauschwert (und Preis). — Mill § 4 S. 280 f.

Jeder weiss, dass sie gleichfalls kostspieliger wird, je nachdem die Producenten (Verkäufer) höheren Gewinn nehmen.

Von Gewinn gilt in gar mancher Hinsicht dasselbe, wie von Arbeitskosten. Der Weber bezahlt dem Eigenthümer der Spinnerei gerade so dessen Capitalgewinn als die Arbeitskosten, und dieser auch den Capitalgewinn des Flachsbauers oder Baumwollpflanzers. So bei allen Gewerben.

Z. B. gefährliche Gewerbe, die höheren Capitalgewinn erfordern, liefern natürlich auch ein kostspieligeres Product.

Die zur Erzeugung irgend eines Productes erforderliche Arbeit kann bei der Erzeugung direct (als Arbeit selbst) oder indirect theiligt sein. Je mehr davon indirect Theil nimmt (z. B. Maschinen und überhaupt Capital — dieses ist aufbewahrtes Product früherer Arbeit), um so grösser ist im Tauschwerthe der Bestandtheil Gewinn.

Mill § 5 S. 281. Irgend ein Product A kostet z. B. 1000 fl. directer Arbeit (Löhne) und wirft z. B. 200 fl. Gewinn ab: Tauschwert also = 1200 fl. — B kostet fertig auch 1200 fl., davon entfallen 700 an Löhne und 300 für eine Maschine, welche durch B's Erzeugung ganz aufgerieben ist¹. Hier aber umfasst der Bestandtheil Gewinn (dem Lohn entgegengesetzt) nicht blofs die 200 fl., sondern auch den ganzen Gewinn des Maschinenfabrikanten, welcher, neben den Kosten, durch die 300 fl. vergütet ist, z. B. 50 fl., zusammen 250, statt vorhin 200 von der gleichen Summe von 1200 fl.

¹ So augenscheinlich wird der Fall freilich kaum vorkommen, allein dies ist nur scheinbar. Gesetzt eine Maschine von 4500 fl., die in 15 Jahren völlig verbraucht ist: das ist doch wohl dasselbe, als wenn wir rechnen, dass für jeden Jahrtrag ein Capitalwert von 300 fl. bezüglich dieser Maschine zerstört ist.

Kostspieligere Arbeit, d. h. höhere Arbeitskosten, ist (bei gleichen Tauschwerthen) geringerem Capitalgewinne gleich, und umgekehrt.

Bei ungleichen Tauschwerthen auch, nämlich verhältnismässig.

Diese Abnahme der Gewinne hat da den meisten Einfluss, wo in den Kosten der Capitalgewinn dem Lohne gegenüber am stärksten vertreten ist (m. a. W. das Capital der Arbeit gegenüber). Also: jede Veränderung im Betrage der Gewinne übt stärkeren Einfluss auf die Preise mechanisch gefertigter, als anderer Producte (Mill S. 282, Ricardo I. iv S. 20 ff.).

126. Künstliche Bestandtheile der Productionskosten. — Arbeit und Capitalgewinn, diese natürlichen Bestandtheile der Productionskosten, müssen in jedem Falle vergütet werden.

Die Productionskosten steigen aber noch durch andere Gründe, so 1. durch Steuern.

Wohlverstanden durch den Unterschied der Besteuerung irgend einer Ware gegen die andere.

Eine Steuer, welche von jedem Capitalgewinne (engl. *profits*) verhältnismässig gleich viel einhebt, würde die Tauschwerthe unverändert lassen.

2. Durch die „Theuerungspreise“ gewisser Bestandtheile des Productes.

127 ad III. Der Wert ist in diesem Falle von den (Productions-)kosten des theuersten Theiles abhängig. — Die Kosten nehmen mehr als verhältnismässig zu.

Wir fanden eine nicht sehr zahlreiche Art von Gütern, deren Menge beschränkt ist. Ihr Tauschwert kann nicht unter den Produktionskosten stehen, falls es diese giebt¹. Sonst aber hängt er gänzlich von der Nachfrage² ab (Mill v § 1 S. 285 ff.).

¹ Bei Diamanten, kostbaren Handschriften alter Schriftsteller, zufällig gefundenen wertvollen Alterthümern, seltenen Naturproducten, z. B. Fossilien, kommen solche Kosten nicht in Betracht. Vgl. auch Roscher § 112 S. 207.

² Das Angebot ist eine gegebene Grösse. Daher die enormen Preise bei Kunstauctionen u. s. w., z. B. 600.000 Francs für Murillo's Conception bei Soult's Auction (Mai 1852).

Die Nachfrage (verlangte Menge) muss dem (feststehenden) Angebote gleich sein. Sonst steigt der Preis unaufhaltsam, bis die Nachfrage um so viel abnimmt (Mill II § 4 S. 271 f.).

Sehr viele Handelsartikel können wieder durch Arbeit und Capital in Menge zunehmen, und zwar unbedingt. Ihr „natürlicher“ Preis steht nicht unter den Produktionskosten (und auch nicht darüber).

Bei gewissen Artikeln sind aber die Produktionskosten nicht für jede beliebige Menge gleich, sondern für einzelne Quantitäten oder unter gewissen Umständen verschieden.

Z. B. eine gewisse Menge ist für gewisse Kosten erzeugt. Man kann auch zweimal so viel erzeugen. Dann aber z. B. für dreimal so viel Kosten.

Dies ist hauptsächlich bei Erzeugnissen der Landwirtschaft der Fall (s. No. 82).

Genau: alle Naturerzeugnisse, deren Menge beschränkt ist, bilden diese Classe, Mill I. XII § 3 S. 116: „all natural agents which are limited in quantity“; eines seiner grössten Verdienste, diesen Satz so formuliert zu haben.

Grundstücke derselben Tauglichkeit ergeben für zweimal so viel Arbeit als früher nicht ganz zweimal so viel Ertrag, sondern weit weniger.

Vorausgesetzt, dass inzwischen die Landwirtschaft auf derselben Stufe geblieben und nicht z. B. durch neue Erfindungen oder Anwendungen verbessert ist.

Man nehme z. B. an, dass 3000 Hektoliter Weizen jährlich für 6 fl. Kosten per Hektoliter beschafft werden können (eingerechnet den gewöhnlichen Capitalgewinn): dies ist also der natürliche Preis des Hektoliters Weizen.

Die Bevölkerung nimmt aber zu: es ist mehr Weizen nöthig.

Einfachster Fall: der Weizen muss innerhalb des Landes selbst gebaut werden.

Also muss man mehr Weizen bauen. D. h. auf schlechterem¹ Boden oder durch intensivere², dann aber auch kostspieligere Art des Bauens.

¹ Oberflächlich der schwächste Theil von Ricardo's Lehre (der Grundrente, s. No. 116 Mitte). Es ist factisch gar nicht der Fall, dass man erst den fruchtbarsten (chemisch geeignetsten) Boden anbaut und dann, hauptsächlich nothgedrungen, ziemlich regelmässig absteigt. Selbst neue Colonien thun das nicht. Der Amerikanische Staatswirt Carey geht selbst so weit, mit offenbarem Unrecht zu behaupten, der Anbau „begins with the poorer, and does not, till long after, extend itself to the more fertile soils“ (bei Mill I. XII § 3 S. 112; — Roscher § 154 Anm. 8 S. 312 macht dieser Argumentation ein kurzes Ende).

Dies ist aber nur ein Wortstreit. In der betreffenden und in jeder Gegend werden natürlich diejenigen Flächen mit Weizen angebaut, welche man dazu jedesmal für die geeignetsten (vortheilhaftesten) hält. Nun zeigt sich Bedarf nach mehr Weizen. Von jetzt an wird also Weizen auch auf solchen Strecken angebaut, die man bis dahin (z. B. grosser Entfernung wegen) dazu weniger geeignet erachtete.

Für den Beweis ist die Voraussetzung solcher historischen Aufeinanderfolge nicht einmal nöthig. Bei andauerndem Fallen der Kornpreise wird jede Bevölkerung von Landwirten diejenigen Grundstücke zuerst verlassen wollen, welche für denselben Ertrag mehr Kosten (oder Arbeit) erfordern, und das würde sich bei jedem anhaltenden Fallen der Preise wiederholen. Der jetzige Zustand ist also derselbe als wenn er, umgekehrt, aus einer Reihe entsprechender Steigerungen hervorgegangen wäre.

² „It is long before an English eye becomes reconciled to the lightness of the crops and the careless farming (as we should call it) which is „apparent“ in den Vereinigten Staaten. J. R. Godley, *Letters from America* I. 42 bei Mill a. a. O. S. 110f. Für America ist es ein grosser Vortheil, dass dort diese Art des Anbaues noch immer die vortheilhafteste ist. Dasselbe folgt aus der ganzen Lehre von der Grundrente: bei intensivem Anbau wird der Bodenertrag, im Verhältniss zu den Kosten, immer geringer (so weit nicht Verbesserungen in der Landwirtschaft dieser Richtung entgegenwirken).

In diesem Falle also steigt der Preis. In welcher Weise?

Anfangs ist er noch zu wenig gestiegen, um die Produktionskosten der neuerdings erforderlichen Mengen zu vergüten. Die vorhandenen Mengen erzielen also Theuerungspreise (Hungerpreise).

Z. B. die neuen Mengen (Ertrag neuer Weizenstücke oder intensiver Cultur) können nicht mit Vortheil „zu Markte“ kommen bei Preisen unter 8 fl. für den Hektoliter, der früher nur 6 fl. galt. Dann steigt der Preis, wegen Zunahme der Nachfrage bei gleichem Angebot, bis er 8 fl. erreicht hat: das ist dann ferner der (neue) „natürliche Preis“.

Zu geringerem Preise erhält jene Gegend zwar Weizen, aber nicht so viel, als sie unbedingt bedarf.

Ein anhaltendes Fallen des Preises kommt dann nicht weiter vor (ausser z. B. bei Entvölkerung).

Ein anhaltendes Steigen kommt erst dann wieder vor, wenn die Bedürfnisse der Bevölkerung eine wiederholte Vermehrung des Angebotes unbedingt erfordern.

Was vom Preise auseinander gesetzt ist (deutlichster Fall), gilt auch vom Tauschwerte.

Was hier gesagt wurde hinsichtlich des Anbauens von neuem Weizen mit mehr Kosten in derselben Gegend, gilt auch von dem Einführen von neuem ausländischen Weizen mit eben so viel mehr Kosten. Auf den (natürlichen oder Productions-)preis des Weizens, wie er verkaufsfertig an den (Schluss-)verbraucher gelangt, kommt es an. Wenn aber Weizen aus Gegenden (America, Australien) gebracht wird, wo er billiger producirt wird und nicht die Frachtkosten und Zölle die Differenz ausgleichen; so übt dies auf den Preis des im Inlande gebauten Weizens einen solchen Druck aus, dass er unter die Produktionskosten fällt.

128. Mill hat seine Lehre vom Werte in 17 Sätze zusammengefasst, welche abgekürzt hier folgen:

1. Das Wort Wert oder Tauschwert zeigt diejenige Menge anderer Güter an, welche man für das erstgemeinte eintauschen kann, das Verhältnis des ersten Gegenstandes zu allen anderen, und so das Verhältnis jeder Ware zu allen anderen. Alle diese Verhältnisse können nicht zugleich z. B. steigen, dies ist ungereimt. Eben so ungereimt wäre es aber zu glauben, dass alle Werte zugleich steigen könnten, denn dies ist genau dasselbe.

2. Der Marktpreis oder zeitweilige Preis hängt von Nachfrage und Angebot ab.

3. Er schwankt jedoch um einen festen Betrag, den natürlichen Preis.

4. Dieser hängt bei den meisten Gütern von den Produktionskosten ab.

5. Für diejenigen Güter aber, deren Menge nicht zunehmen kann (oder so gut als nicht), gelten Theuerungspreise.

6. Monopolpreise sind Theuerungspreise. Monopol kann die Preise auf nur einem Wege erhöhen, nämlich durch Verminderung des Angebotes, der Zufuhr.

7. Kann aber eine Ware in Menge zunehmen, so tauscht sie sich gegen andere Ware nach dem Masstabe der Produktionskosten ihres theuersten Theiles um — (nämlich Produktionskosten hier im weitesten Sinne genommen: die gesammten Kosten der Ware bis zum Augenblicke des Verkaufes selbst).

8. Kosten (Produktionskosten) sind jedenfalls die für Löhne und Capitalgewinn. Zuweilen kommen Steuern etc. hinzu.

9. Grundrente bildet keinen Theil dieser Kosten.

10. Also: die Tauschwerte der Güter mit uneingeschränkter Zunahme stehen zu einander im Verhältnisse der Kosten, d. h. des Lohnes + Gewinn bei Erzeugung des einen Gegenstandes zu denen welche den anderen betreffen.

11. Daraus folgt jedoch nicht, dass der hohe oder niedrige Stand der Löhne überhaupt auch hohe oder niedrige Werte ergäbe. Auf das Verhältniß der Löhne des einen Gewerbes gegen das andere kommt es an.

12. Bei Gewinnen gilt etwas Gleichartiges.

13. Zwei Artikel, deren Erzeugung gleich viel Arbeit erfordert — welche Arbeit gleich theuer bezahlt wird —, haben gleiche Tauschwerte.

14. Gesetzt irgend ein Artikel ist kostspieliger, als ein anderer; dann liegt dies an einer der folgenden Ursachen: er erfordert mehr oder kostspieligere Arbeit, oder Capitalvorschüsse auf längere Zeit (Mill iv § 5 S. 282), oder endlich es giebt einen gewissen Umstand, gewissen Nachtheil (z. B. „scarcity value of materials“), welcher durch einen anhaltend höheren Betrag an Gewinn vergütet werden muss.

15. Von den Bestandtheilen der Productionskosten ist die erforderliche Arbeitsmenge der wichtigste.

16. Je niedriger der Capitalgewinn, um so mehr wird der unter 15 angeführte Hauptbestandtheil so gut, als der einzige und ausschliessliche.

17. Das Fallen der Gewinne hat zur Folge, dass auch der Productionspreis derjenigen Gegenstände fällt, welche mit theueren Maschinen gefertigt werden: was man mit Handarbeit macht, wird dann (relativ) kostspieliger. Steigen die Gewinne, so geschieht das Umgekehrte.

129. Vorstehendes gilt von derjenigen Production, welche von Unternehmern um Gewinn stattfindet.

In mancher Hinsicht jedoch, vorzüglich bei der Landwirtschaft, bei der Hausindustrie, geschieht sie von Arbeitern um den blossen Lebensunterhalt: dann ändert sich aber der Einfluss der Productionskosten auf den Tauschwert und Preis.

Sobald nämlich der Arbeiter (z. B. der Landwirt) aus dem Jahresproduct seinen Unterhalt gefunden hat, lässt er den Ueberschuss zu ziemlich willkürlichen Preisen ab, welche oft viel zu niedrig sind (Mill § 2 S. 292).

2. Tauschmittel.

(Umlaufsmittel, engl. circulating medium, oder currency, bei Roscher § 116
S. 216 auch „Tauschwerkzeug“).

130. I. „Den Wertmasstab nennt man Geld. — Preis ist in Geld ausgedrückter Tauschwert. Geld ist Umlaufsmittel, Tauschmittel, Mittel zur Erleichterung des Tausches.

Ohne solches Mittel müsste man sich mit dem oft sehr beschwerlichen eigentlichen Tausche behelfen (nämlich Gegenstand um Gegenstand, troc, barter).

Z. B. eine gewisse Zahl Brote für einen Rock, Röcke für ein Pferd u. s. w.

Man benennt Werte in Geld, so wie Längen nach dem Längengrad und Schwere nach dem Gewichte, dadurch kann man sie vergleichen.

Hieraus folgt nicht, dass die Werte vom Gelde abhängen, noch dass Geld der einzige (feste) Wert wäre: das wäre eben so falsch wie jeder es ungeeignet nennen wird, den Thermometer, d. h. das Wärmemass, für wärmebeherrschend oder für die einzige wahre Wärme anzusehen. Es folgt nur daraus, dass auch das Geld selbst Wert haben muss, eben so wie z. B. der Meter selbst Länge haben muss, das Kilogramm selbst Schwere, und das Thermometerquecksilber „Wärme“ (d. h. gewisse Temperatur über der denkbar kältesten), sonst könnten sie Länge, Schwere, Temperatur nicht messen.

Ohne solches Tauschmittel verfielen man in die grössten Schwierigkeiten.

Eines der bekanntesten Beispiele des Tauschhandels ist das oftgenannte der *Ilias* (VII. 472 ff.): „die Achäer“ (Griechen) „verschafften sich Wein“ aus Schiffen, welche Wein von Lemnos Troja gegenüber brachten, und zwar „manche für Kupfer, Andere für „strahlendes Eisen, Andere für Häute, Andere für Rinder, Andere selbst für Sklaven.“ — Auch den Ägyptern und Phöniciern sprechen noch die neuesten Forschungen den Gebrauch des Geldes selbst in ziemlich später Zeit ab, vgl. Moritz Busch, *Urgeschichte des Orients*, I. 140, II. 257 f.

Das beste Geld (d. h. also Äquivalent als Umlaufsmittel) ist Metallgeld, und zwar aus Gold, Silber und Kupfer.

Oft aber falsch sagt man: Geld aus edeln Metallen. Aber Kupfer (von Eisen und Nickel zu schweigen) ist von jeher eines der besten Münzmetalle gewesen. Dagegen hat Platin sich nicht behauptet (entmünzt 1845–46, Roscher § 120 Anm. 15 S. 233) und von den einzelnen anderen bekannten Edelmetallen ist wohl gewiss, dass sie kein Münzmaterial werden.

Viel unvollkommenere Tauschmittel sind Vieh, bei Griechen und Römern (daher pecunia Geld von pecus das Vieh), Felle (mit dem Biberfell als Einheit, s. Roscher I § 118 Anm. 3 S. 224 f.), in den Hudsonsländern; Stockfische in Newfoundland; Salzstücke, hier und da in Abessinien; Päckchen Thee in der Tartarei; Muscheln (cauries) in Engl. Ostindien, S. Africa u. s. w. Roscher I § 119 Anm. 12 S. 228 f.

Denn Gold und Silber sind:

1. Kostbar, sie können als Zierat dienen.
2. Beinahe unzerstörbar: es giebt keine dauerhafteren Stoffe.

3. Leicht tragbar, d. h. ein kleines Volumen oder Umfang hat grossen Wert.

4. Dadurch auch leicht zu verbergen.

5. Bis in unglaublich kleine Stücke sehr genau theilbar und leicht vereinbar, überhaupt leicht formbar.

6. Es giebt keine Arten¹ Silber noch Gold (nur Affinierungsgrade, Roscher § 120 S. 229): nur die Feinheit ist verschieden, d. h. die Menge (Gewicht) wirkliches Silber in jeder silberhaltigen Masse, und ebenso bei Gold.

7. Diese Feinheit ist ziemlich leicht zu erkennen und zu bezeichnen: sie nehmen mit wenig Mühe einen scharfen Stempel rein an und behalten ihn lange.

¹ Alles feine Gold ist genau gleichartig, alles feine Silber auch. — Vgl. Roschers ganzen § 120.

8. Die Erfahrung hat gelehrt, dass diese Stoffe Wertveränderungen nur in sehr geringem Masse unterworfen sind, weniger vielleicht als irgend ein anderer Stoff.

Sehr kleine Wertänderungen giebt es auch hier fortwährend, und die Coursblätter notieren sie regelmässig. Grosse Aenderungen sind aber ausser einer nicht bekannt: sie ging denn auch, am Ende des 16. Jahrhunderts, mit grossen Erschütterungen vor sich, als Folge der Entdeckung von America und des Auffindens der neuen grossen Quecksilbergruben. Uebrigens wird die Edelmetall-Einfuhr aus America oft überschätzt. Nach M. Chevalier (1850) würde dieselbe nur im Ganzen 11637 Kubikmeter Silber und 151 Kubikmeter Gold betragen. — Der gewaltigen Einstromung Californischen, Australischen Goldes seit 1848 ungeachtet ist die „Baisse probable de l'or“, die Michel Chevalier mit so zwingenden Gründen motivierte², bis jetzt ausgeblieben und nun höchst unwahrscheinlich geworden, vgl. auch Roscher I § 139 S. 279 ff. — Der Grund davon ist wohl der, dass gegenwärtig die „Baargeld-Circulation“ nur noch einen kleinen Theil des gesammten Umlaufes bildet, und zwar hat dieser Umstand gerade in den letzten 30 Jahren gewaltig zugenommen.

² *Revue d. 2 Mond.* 1857, 1. Oct., 15. Oct., 1. Nov. S. 561, 837, 5 ff., weit besser im Separatabdrucke. Auch der (wohl überschätzte) engl. Professor Fawcett, M. P. — Dagegen K. Mathy in Rotteck und Welckers *Staats-Lexikon*, 3. Aufl. VI (1862) S. 229, Art. Geld.

Man schätzt die Gold- und Silberproduction, in Kilogrammen:

| 1492 — 1848 (356 J.) Gold. Ueberhaupt | | 2,910,000 | M. Chevalier | Silber. | |
|---------------------------------------|------------------|-----------|------------------------|----------------|-----------|
| c. 1800 | jährlich | 24,000 | „ | jährlich | 900,000 |
| 1800 | | 22,400 | Soetbeer. ¹ | | 900,500 |
| c. 1857 | jährlich 275 bis | 300,000 | M. Chev. | jährlich | 1,000,000 |
| 1857 | | 227,000 | Soetb. | | 1,058,000 |
| 1849—63 incl. (15. J.) | durchschnittl. | 198,900 | „ | durchschnittl. | 1,096,000 |
| 1861—70 | „ | 195,050 | „ | | 1,220,000 |
| 1871—80 | „ | 170,340 | „ | | 2,084,700 |

Die Gesamtgrösse der Edelmetallgewinnung wird geschätzt auf 10,303,400 Kilogr. Gold und 193,012,000 Kilogr. Silber.

„L'augmentation“ der Goldproduction, „depuis 40 ou 50 ans, est donc „dans le rapport de 1 à 14 ou 15. Pour l'argent au contraire, il n'y a presque „pas de changement.“ M. Chev. a. a. O. S. 568. — Es wäre für Gold zwar nur von 1 auf 9 nach den angeführten Zahlen A. Soetbeers in der ¹ *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft* III III, im *Journ. d. Econ.* 1866, Juli S. 104, dies ist aber noch immer ein sehr starkes Verhältnis.

131. Nachdem Gold und Silber gewöhnliches Tauschmittel geworden waren, kam man bald zum Münzen.

Dies geschah in so kleinen Theilen, als der Verkehr nur forderte. Der Stempel zeigt direct oder indirect, welchen Feingehalt das Geldstück besitzt: man braucht es also nicht zu prüfen. Der Stempel (mit der Rundschrift) umfasst das ganze Stück, Niemand kann es ohne Verletzung des Stempels verkleinern: man braucht das Stück nicht zu wägen (Mathy a. a. O. S. 226).

Um mehr Zutrauen zum Stempel zu geben, haben die Regierungen die Ausmünzung an sich gezogen.

132. Seit (gemünztes) Geld gebräuchlich ist, bekommt man für seine Producte Geld, und braucht man (die Dazwischenkunft von) Geld, um seinen Bedürfnissen zu genügen. Daher der Irrthum, als wäre Geld (in höherem Sinne als jedes andere gesellschaftliche Gut) Reichthum.

Man kennt erfahrungsmässig als bequemste Tauschweise die folgende: Unser Handelsartikel, unsere Ware gegen diejenige Ware, welche wir Geld nennen, und diese Ware wieder gegen dasjenige, was wir begehren: Brot um Geld und dieses Geld um Kleider tauscht man bequemer, als Brot um Kleider ohne Dazwischenkunft von Geld. Daraus folgt aber gewis nicht, dass nur Geld ein gemeinschaftliches Gut wäre und z. B. Nahrung und Kleidungsstücke nicht.

Doch begehrt man diesen Irrthum, z. B. dadurch, dass man dem Ausdrücke Geld verdienen zu viel Wichtigkeit beilegt. Noch vor ziemlich kurzer Zeit fand man ihn selbst bei denjenigen Gelehrten und Staatsmännern, welche meinten, der Reichthum eines Landes bestehe nur aus dem Edelmetall innerhalb seiner Grenzen (Mercantilisten¹).

¹ Vor Allen Colbert (Minister 1661 — † 6. Sept. 83), daher „Colbertismo“; Tarif von 1664, von 67, von 78. Ferner u. A. Thom. Mun, *Englands treasure by foreign Trade* 1664. — Vgl. J. H. G. von Justi, *Staatswirtschaft*, z. B. 2. Ausg. Leipz. 1758, Adam Smith, *Book III. ch. 1*, Roscher § 9 Anm. 3, 59 116 Anm. 5, S. 14 f., 106, 218 ff.

Geld selbst wird aber nicht (für sonstige Zwecke) gebraucht, sondern umgetauscht.

Was man verbraucht, womit man seine Bedürfnisse befriedigt, also gesellschaftliches Gut, ist alles Nützliche, was man produciert oder sich für Geld anschafft. Für den Verbrauch ist Geld nur Hilfsmittel.

Die Existenz des Geldes ändert die Regeln des Wertes nicht. Geld ist ein sehr gutes Mittel zum Ausdrücken und Bekanntmachen des Wertes, ändert ihn aber nicht.

133. Was ist aber der Wert des Geldes?

Mill VII § 1 S. 297 ff. — Nicht der Zins, d. h. derjenige Preis, wofür man in diesem Augenblicke und bei diesen Umständen Capital geliehen bekommen kann.

Nämlich der Tauschwert des Geldes¹. Dieser ist jeder Ware gegenüber immer das umgekehrte des Warenpreises².

¹ Z. B. gegen Eisen, Baumwolle oder sonstige Stoffe, wie man den Tauschwert von Baumwolle in Eisen, Geld, Steinkohlen u. s. w., oder in Diensten, ausdrücken kann.

² Nämlich Eisen ist theuer bedeutet: für weniger Eisen, als sonst bekommt man eben so viel Geld. Man könnte hier also auch so sagen: Geld ist wohlfeil gegen Eisen. Wenn alle Waren theuer sind (d. h. gegen Geld) sagt man selbst wirklich: Geld ist wohlfeil. Wenn Geld theuer wird, müssen die Preise aller anderen Waren steigen, so lange nämlich ihr Tausch-

wert derselbe bleibt; denn Preis ist ja in Geld bezeichneter Tauschwert, und dies Geld ist wohlfeiler geworden, im Werte gefallen, d. h. sein Wert ist kleiner geworden.

Also stimmt der Tauschwert des Geldes mit derjenigen Gütermenge überein, welche man dafür erhalten kann, ganz wie der Tauschwert jeder anderen Ware.

Es hängt wieder von Nachfrage und Angebot ab (s. No. 123, Roscher § 122 S. 235).

Freilich wird Geld nicht wörtlich zum Verkaufe gegen etwas Anderes angeboten, allein wohl um etwas dafür zu kaufen, was ganz dasselbe ist, nämlich in beiden Fällen der Austausch der Ware Geld gegen etwas Anderes.

Das Angebot ist, was man ausgeben will, m. a. W. das umlaufende Geld.

Die Nachfrage nach Geld besteht ebenso aus allen Gütern, die man zum Verkaufe, d. h. zum Tausche gegen Geld anbietet.

Nachfrage und Angebot des Geldes für Waren ist also dasselbe, wie Angebot und Nachfrage von Waren für Geld (Mill § 2 S. 298).

Wenn jeder plötzlich doppelt so viel oder nur halb so viel Geld als jetzt besässe, so würden alle Preise plötzlich doppelt so hoch oder nur halb so hoch stehen als jetzt, aber die Tauschwerte sämtlicher Waren unter einander blieben — wenigstens für den Moment — unverändert; in keinem von beiden Fällen litte man Beschwerde, denn ausser der Menge des Tauschmittels wäre geradezu Nichts geändert (oder ausser dessen Werte, welcher jetzt halb oder doppelt so gross sein würde). Geld ändert aber seinen Wert, wenn auch wenig und langsam. Dies berührt wohl die Preise, aber nicht die Tauschwerte.

Jeder bekommt zwar mehr oder weniger für sein Geld, hat aber auch selbst eben so viel mehr oder weniger hingeben müssen, um dieses Geld zu erlangen.

134. Der eigene Wert des Geldes hängt also ab von dem Angebote und der Nachfrage nach Geld.

Diese aber hängt von den Produktionskosten ab. Lassen wir nun vorläufig den geringen Betrag des Münzlohnes aus dem Spiele, so ist der Wert z. B. des Goldgeldes dem des ungemünzten Goldes gleich, d. h. den Kosten, welche man anwenden muss, um Gold in verkaufbarem Zustande „auf den Markt“ zu bringen, also Lohn der Grubenarbeiter, Fracht, Bankiervedienst u. s. w.

Man muss beachten, dass Gold und Silber nicht blofs als Geldstoff verwendet werden, sondern grosse Mengen von Gold und Silber auch gewerblichen Verbrauch finden. A. Soetbeer schätzt im October 1880 die für Geldstoff in den Ländern der abendländischen Cultur verwendeten Edelmetalle im Ganzen auf 13,170 Millionen Mark Gold und 8,400 Millionen Mark Silber.

Für Gold und Silber gilt der dritte Fall der Erlangungsschwierigkeit (No. 127): Silber ist so theuer, als es zu erhalten ist aus dem unvortheilhaftesten Bergwerke, dessen Ertrag man nicht entbehren kann (kostet also so viel, als nothwendig ist für den üblichen Zins des am unvortheilhaftesten in Silberminen angelegten Capitals, dessen Ertrag man nicht entbehren kann. Mill ix § 2 S. 304 ff., Roscher § 122 S. 235 ff.).

Wenn der Marktpreis des Silbers merklich über diesem „natürlichen“ Preise steht, wird man Capital anlegen, um mehr Silber zu erzeugen. Steht er hingegen niedriger, so wird man die Gruben weniger eifrig betreiben; vielleicht verlässt man selbst manche der unvortheilhaftesten (mindestens der unvortheilhaftesten Capitalanlagen).

In den vielen Ländern, welche keine Gold- oder Silberminen besitzen, umfassen die Kosten nicht bloss die der eigentlichen Production aus der Grube, sondern auch die, welche noch erwachsen, bis zur Ausgabe der Geldstücke aus der Münze. Ja eigentlich gilt dies auch für die Länder mit Bergwerken, wenn auch in geringerem Mafse.

Die Wertänderungen des Goldes und Silbers sind zu gering, um im Detailhandel und Alltagsleben augenfällig zu werden. Um so wichtiger sind sie für das En-gros-Geschäft und das Münzwesen selbst.

135. Das Münzwesen. In Bezug auf das Münzwesen herrscht heute, obwohl in den letzten Jahrzehnten bedeutende Fortschritte in der Münzeinigung gemacht wurden, noch eine grosse Verschiedenheit; herbeigeführt wird dieselbe nicht bloss durch die verschiedene Grösse und Eintheilung der Geldzeichen (Münzfuss), sondern hauptsächlich durch die verschiedenen Stoffe, aus denen das Courantgeld besteht (Währung).

Was die Währung anlangt, so unterscheidet man die einfache (Monometallismus, Gold- oder Silberwährung) und die Doppelwährung (Bimetallismus). Uneigentlich spricht man noch von einer Papierwährung. Auch gelangt Gold und Silber in ungemünztem Zustande (als Barren) in Verkehr; solche Barren werden im internationalen Handel, zum Ausgleich anstatt der Münzen benützt, um nicht die Prägekosten zu verlieren, wenn man etwa eine andere Gattung Münzen braucht, als man erhalten hat. Meist aber werden die Barren verwendet, um grosse Barbestände in Gold und Silber (wie bei Zettelbanken) zu hinterlegen. Um die Möglichkeit zu beschaffen auch die kleinsten Zahlungen im inneren Verkehre leisten zu können, werden Münzen aus stark mit Kupfer legiertem Silber, aus Kupfer, Nickel etc., denen gesetzlich ein gewisser Wert beigelegt wird, ausgegeben, welche man Scheidemünzen nennt zum Unterschied von den vollwertig geprägten Münzen, die Courantmünzen heissen.

136. Währung. 1) Einfache Silberwährung. Bei derselben sind die zum gesetzlichen Zahlungsmittel (zur Valuta) erhobenen

K i e h l, Volkswirtschaft.

Münzen aus Silber, während die Goldmünzen nur als Ware erscheinen und einen schwankenden Preis besitzen.

Bis in das 19. Jahrhundert war die Silberwährung fast ausschliesslich eingeführt. Der grosse Geldverkehr der neueren Zeit — herbeigeführt durch den allgemeinen Uebergang vom Natural- zum Geldlohne und durch die riesig angewachsene Güterproduction — haben die Unbequemlichkeit beim Gebrauche der schwerfälligen Silbermünzen immer allgemeiner fühlbar gemacht. Dadurch ist es gekommen, dass fast alle Culturländer die Benutzung von Silber zur Prägung von Courantmünzen aufgegeben haben. Nur in Ostasien hat sich von jeher eine Vorliebe für Silber erhalten.

Die Silberwährung eignet sich im Allgemeinen für solche Länder, wo die Bevölkerung so arm ist und die Preise der wichtigsten Waren gleichzeitig so niedrig sind, dass die Silbermünzen noch immer als Tauschmittel ausreichen. (Oesterreich hat wohl auch noch den Silbergulden als Courantmünze, es werden 90 Stück aus 1 Kilogramm feinen Silbers geprägt, doch circulierte vorwiegend Papiergeld.)

2. Goldwährung; bei derselben ist Gold das gesetzliche Zahlungsmittel und Silbermünzen dienen mehr oder weniger nur als Scheidemünzen. Die Goldwährung ist bereits in den meisten Culturstaaten eingeführt. So in England seit 1816 (1869 Sovereign werden aus 40 Troy Pfund Standard Gold, welches $\frac{11}{12}$ fein ist, geprägt), in Deutschland seit 1871 (1895 Reichsmark aus $\frac{1}{2}$ Kilogramm feinen Goldes). Im Scandinavischen Münzverein seit 1873. Der Hauptgrund dieser so allgemeinen Einführung der Goldwährung liegt in der weitaus bequemeren Handhabung der Goldmünzen gegenüber den Silbermünzen; ferner weil Gold viel geringeren Wertschwankungen ausgesetzt ist, als Silber; die wichtigste Eigenschaft eines vollkommenen Wertmessers besteht aber darin, dass er selbst möglichst stabilen Wert habe. Auch alle übrigen Eigenschaften, die man von einem Geldstoff verlangt (s. No. 130) besitzt Gold in weit höherem Masse, als Silber.

Aus demselben Grunde ist man vor Jahrtausenden von Kupfer und Bronze als Währungsmetallen zum Silber übergegangen.

3. Doppelwährung (auch Alternativwährung); bei derselben werden Gold- und Silbermünzen neben einander (oder nach den Wertverhältnis-Änderungen abwechselnd) nach einem gesetzlich festgesetzten Wertverhältnisse zwischen Gold und Silber, als gleich berechnete Zahlungsmittel verwendet. In neuerer Zeit hat Frankreich bei Festsetzung eines Wertverhältnisses von $15\frac{1}{2} : 1$ zwischen Gold und Silber, die Doppelwährung einzuführen versucht. (Es wurden 200 Stück Silberfrancs aus 1 Kilogramm $\frac{9}{10}$ feinen Silbers

und $15\frac{1}{2} \times 200 = 3100$ Goldfrances ebenfalls aus 1 Kilogr. $\frac{9}{10}$ feinen Goldes geprägt.) Doch konnte sich dieselbe nicht behaupten; trotz aller Anstrengung der französischen Regierungen ist gegenwärtig die Courantmünze in Frankreich und den übrigen Ländern der lateinischen Münzconvention der Goldfranc. (1879 wurde die Ausprägung vollwertiger Silberfrances definitiv eingestellt.) Die sehr bedeutenden Schwankungen im Wertverhältnisse zwischen Gold und Silber bewirken es, dass die Doppelwährung nur vorübergehend sich behaupten kann; denn es entsteht sofort eine einfache Währung, wenn das im freien Verkehre bestehende wirkliche Wertverhältnis mit dem gesetzlich festgestellten nicht übereinstimmt und werden die Goldmünzen aus dem Verkehre verschwinden, wenn das Wertverhältnis steigt, und im umgekehrten Falle die Silbermünzen.

Was die Schwankungen der Wertrelationen zwischen Gold und Silber anlangt, so finden wir im Alterthum zu Lysias' Zeit und in Rom um 139 v. Chr. 10:1, im 4. Jahrhunderte nach Chr. in Rom 14,4:1. In Persien galt lange eine gesetzliche Wertrelation von $13\frac{1}{2}:1$; während des Mittelalters schwankte das Wertverhältnis von 9 bis $12\frac{1}{2}:1$; von 1600—1850 um 15:1, seit 1850 hauptsächlich in Folge des Ueberganges der meisten Staaten zur Goldwährung sogar 18 bis 20:1. — Wiederholt kam es vor, dass in Folge von Kriegen oder plötzlich stark vermehrter Production von Gold oder Silber das Wertverhältnis vorübergehend sehr starken Aenderungen ausgesetzt war.

Die Anhänger des „Bimetallismus“, wonach Gold- und Silbermünzen in jedem Lande neben einander umlaufen sollen, haben insofern Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass das vorhandene Gold nicht hinreicht, um das Silber als Münzstoff ganz zu ersetzen, aber jedenfalls wird für die Zukunft Gold als Münzstoff jene Rolle spielen, die Silber in den abgelaufenen Jahrtausenden spielte; aus Gold werden die Münzen für den Weltverkehr, die eigentlichen Courantmünzen geprägt werden und die Silbermünzen werden nur dem inneren kleinen Verkehr der einzelnen Länder dienen, angegliedert nach willkürlichen Tarifierungen an die Goldmünzen.

137. Münzfuss. Was die Grösse und Eintheilung der Münzen anlangt, so verlangt bei fortschreitender Cultur der Verkehr immer kleinere Einheiten und schärfere Eintheilungen (jetzt gewöhnlich nach dem Decimalsystem).

Man denke nur an die Bedeutung der alten Bezeichnungen für Geldeinheiten: Pfund, Mark, Talent etc., während die Geldeinheiten der neuesten Münzsysteme sehr klein sind; z. B. die Deutschlands die Reichsmark (eingetheilt in 100 Pfennige) ist der 1395. Theil eines $\frac{1}{2}$ -Kilogrammes Gold. — Der Franc (eingetheilt in 100 centimes) ist gar nur 0,81 einer Reichsmark. Es besteht folgende Parität zwischen den neueren Goldmünzen: 100 Frcs. = 81 Rm. = 72 scand. Kronen = 48 holl. Gold-fl. = 40,5 österr. Gold-fl.

Bei dem heutigen grossen Güterverkehre und der Steigerung der Preise der wichtigsten Waren, ist die möglichste Verkleinerung der Geldeinheit und die schärfste Eintheilung derselben auch für

den gewöhnlichen Verkehr, besonders für die weniger bemittelten Bevölkerungsklassen von grossem Werte.

Nehmen wir einen ganz gleichen Arbeitslohn an, dargestellt in der kleinsten landesüblichen Geldeinheit:

| | |
|--|-----------------|
| Z. B. in Deutschland: 2 Reichsmark | = 200 Pfennige, |
| in Frankreich: 2,47 Francs | = 247 Centimes, |
| in Oesterreich (20 Francs = f. 9,50 Silber gerechnet): 1,17 Gulden Oe. W. | = 117 Kreuzer. |

Obwohl 247 Centimes und 117 Kreuzer unter obiger Voraussetzung ganz gleichwertig sind, so ist kein Zweifel und lehrt die Erfahrung, dass der französische Arbeiter mit 247 Centimes — abgesehen von allen übrigen hierauf Einfluss übenden Umständen — sich leichter seine Bedürfnisse beschaffen kann, als der österreichische Arbeiter mit 117 Kreuzern; ersterem gewährt eben schon die schärfere Geldeinteilung einen viel weiteren Spielraum für seine Ausgaben, als diesem sein zu grosser Gulden und Kreuzer.

Kleine Geldeinheiten und scharfe Eintheilungen führen zur genaueren Bestimmung der Preise und erhöhen den Sparsinn des ganzen Volkes. — Die Macht der Gewohnheit darf hier nicht ausser Acht gelassen werden.

138. Scheidemünzen. Dieselben sind für den kleinen Verkehr unentbehrlich; sie können eigentlich nur als Verkehrsmittel aufgefasst werden, auf ihren inneren Wert kommt es gar nicht an, und bei der Wahl des Münzstoffes entscheiden hier blofs Zweckmässigkeitsgründe. Es ist deshalb der gesetzlich denselben beilegte Wert immer höher, als der wirkliche. (In Oesterreich werden z. B. aus 1 Kilogramm feinen Silbers 150 Gulden in Scheidemünze zu 10 und 20 Kr. geprägt, dazu sind z. B. die 20 Kr.-Stücke nur $\frac{5}{10}$ fein.) In Ländern mit reiner Goldwährung spielen auch die grösseren Silbermünzen die Rolle von Scheidemünzen. (So werden in Deutschland 180 Silber-Reichsmark aus 1 Kilogramm $\frac{9}{10}$ feinen Silbers geprägt.) Würde man auch die Scheidemünzen vollwertig prägen, so wären sie erstlich nicht handsam und weiter würden sie gerade in bewegten Zeiten — wo es meist vorkommt, dass allseits das Metallgeld zurückgehalten wird — aus dem Verkehr bald verschwinden; dadurch aber würde grosse Verwirrung entstehen, weil gerade in solchen Zeiten von dem gewöhnlichen Aus Hilfsmittel des Creditierens begreiflicher Weise kein Gebrauch gemacht werden kann. Die Ausgabe der Scheidemünzen ist auf eine bestimmte Summe beschränkt nach der Kopffzahl der Bevölkerung; auch bestimmen die verschiedenen Münzgesetze ein Maximum von Scheidemünzen, das anzunehmen Jeder verpflichtet ist; denn sonst könnten bei Zahlungen grosse Belästigungen vorkommen.

139. II (s. No. 130). Credit und Creditpapiere. — Das Wesen des Credits ist leicht zu verstehen.

Man verleiht aber Credit in einer Menge verschiedener Formen und Arten. Bei der Untersuchung derselben verliere man jedoch

von der Hauptsache, dem Wesen des Crediten selbst, nichts aus dem Auge.

Credit ist kein Capital. Auch Creditzunahme erzeugt kein Capital.

Creditgeben heisst einem Zahlungsverprechen Glauben beimessen, m. a. W. dem Versprecher den Gebrauch unseres Capitaless zugestehen.

Man unterscheidet: Personal- und Realcredit; ersterer stützt sich hauptsächlich auf die Person, letzterer auf das bewegliche und unbewegliche Vermögen des Schuldners und das an demselben dem Gläubiger eingeräumte Pfandrecht. Beim Realcredit unterscheidet man den Faustpfand- (Lombard)Credit, wenn dem Gläubiger das Pfandrecht auf ein bewegliches Gut eingeräumt wird, was in der Regel durch factische Uebergabe des beweglichen Gutes in die Hände des Gläubigers erfolgt und den Hypothekarcredit, wenn das unbewegliche Gut dem Schuldner durch Vormerkung in den öffentlichen Büchern (Grundbuch, Landtafel etc.) verpfändet wird. Der Personalcredit setzt voraus, dass der Schuldner oder seine Bürgen persönlich solche Eigenschaften besitzen, dass man unter allen Umständen auf den guten Willen des Schuldners zur Rückzahlung und, falls nicht ausserordentliche Umstände eintreten, auch auf die Rückzahlungsfähigkeit desselben zählen kann. Der Handels- und Gewerbestand ist hauptsächlich darauf angewiesen, Personalcredit zu geben und zu nehmen. Die wenigsten bemittelten Classen mit unsicheren Erwerbsverhältnissen sind in der Regel nur auf den Faustpfandcredit beschränkt, während die Besitzer von Realitäten (Bauerngüter, Zinshäuser etc.) meist den Hypothekarcredit benutzen. Das Creditwesen setzt eine Gesetzgebung voraus, die ebenso Rücksicht nimmt auf die Rechte des Gläubigers, als auf die Lage des Schuldners, sonst kann das übermässige Creditieren volkswirtschaftlich grossen Schaden anrichten.

Mit Recht bestrafen daher die neueren Gesetze jeden Bankrott, wo nicht aus ordentlichen Rechnungsbüchern die Unschuld des Falliten bewiesen wird, während sie andererseits zum Schutze des Schuldners bestimmen, dass ihm der Gläubiger nicht die unentbehrlichsten Güter entziehen kann.

Credit kann kein Capital erzeugen, sondern bringt es nur von Hand zu Hand; der Borger hat so viel mehr, aber gerade dadurch hat der Darleiher eben so viel weniger.

Dieses Uebergehen des Capitals von der einen in die andere Hand vermehrt jedoch den Verkehr (Mill XI § 2 S. 310).

Diejenigen, welche ihr Capital wegen mangelnder Zeit oder Kenntniss nicht selbst verwerten, können es ausleihen. Dadurch wirken diese Theile ihres Vermögens zur Gütererzeugung mit, statt dass sie als todes (besser „schlafendes“) Capital liegen bleiben.

Selbst sehr grosse Kaufherren können solches Geld geborgt annehmen und thun es gern, denn eben sie haben die meiste Gelegenheit höheren Gewinn zu erzielen, als der Zins, welchen sie den Darleihern zahlen, beträgt.

Depositenbanken sind ein sehr geeignetes Mittel, dem Gelde des Darleihers den Weg zu den Geldborgern zu öffnen.

Mancher ohne Capital oder mit wenig Capital erhält durch seinen Credit die Möglichkeit, Geschäfte anzufangen oder auszudehnen. Credit macht also einen grösseren Theil des allgemeinen Vermögens zur Production anwendbar.

140. Credit giebt die „Macht zu kaufen“ (sogen. „Zahlungsfähigkeit“). Ein Kauf auf Credit vermehrt die Nachfrage und hebt den Marktpreis, so gut als ein Kauf gegen Barzahlung.

Auf Credit kaufen ist in vielerlei Formen möglich.

Z. B. 1. zwei oder mehrere Händler kaufen von einander auf laufende Rechnung (Contocorrent). Zu Jahresschluss haben sie einander für z. B. 20,000 fl. Waren geliefert, der eine aber vielleicht für 500 fl. mehr, als der andere. Der ganze Umsatz kann also mit 500 fl. bezahlt werden, und selbst das ist nicht nöthig, wenn man den Contocorrent fortsetzt. — (Eigentlich ist dies weit mehr Tauschhandel als Creditgeben.)

Dies ändert sich nicht, wenn es für mehrere Händler gilt: es wird nur zusammengesetzter.

2. A hat eine Schuld an B, aber C hat eine Schuld an A, die z. B. etwas geringer ist. Nun ersucht A den C, dass dieser lieber direct dem B zahle, m. a. W. A stellt auf C einen Wechsel aus. Die beiden Schulden gehen gegen einander auf, ganz oder beinahe, und zwar durch C's eine Zahlung an B. — Mill § 3 S. 312.

Der Wechsel (*lettre de change*) ist aus dem Wechselbrief entstanden, der Zahlungen an anderen Plätzen erleichtern sollte. Letzteres halten daher Einzelne auch jetzt noch für ein wesentliches Erfordernis des Wechsels.

Form des Wechsels. Einfaches Beispiel als Muster:

Wien, 10. December 1883.

Pr. Rm. 1000.

Auf Sicht (oder 3 Tage nach Sicht, oder am 1. März 1884, oder 1, 2, 3 Monate nach Dato) zahlen Sie gegen diesen Wechsel dem Herrn Remittenten oder an dessen Ordre die Summe von Eintausend Reichsmark, Wert in Waren und stellen sie auf Rechnung laut Bericht.

Dem Herrn Bezogenen (Trassaten)
in Berlin.

Aussteller (Tras s a n t).

Indossament (auch „Giro“), engl. *indorsement*, holl. franz. *endossement*, d. h. was *en dos*, auf die Rückseite, geschrieben wird:

Für mich an den Herrn Indossatar oder an dessen Ordre.

Wien, 10. Jänner 1884.

1. Indossant (der Remittent von oben).

Fremde Sprachen. Wechsel oder Tratte, holl. wissel, franz. *traite*, engl. *draft*, von (ausstellen =) ziehen, trekken, *tirer*, to draw; R Wechselnehmer, holl. *nemer*, A trekker, *tireur*; Inhaber *houder*, engl. *holder*, franz., *détenteur*.

Das Wesen des Wechsels und seine unterscheidenden Kennzeichen sind jetzt juristisch allgemein festgesetzt; der Wechsel stellt dar und bildet eine Verpflichtung durch Unterschrift, nach der unabänderlichen Regel *qui accepte paye*, d. h. (der Bezogene!) der einmal als Acceptant unterschrieben hat, muss absolut in jedem Falle zahlen und darf in der Regel nicht einmal den Beweis versuchen, dass er von der Zahlung enthoben sei.

Desgleichen jeder Indossant und der Aussteller.

3. Jemand hat verkauft, um nach üblichem Termine, etwa nach 3 Monaten, bezahlt zu werden. Er braucht aber jetzt bares Geld. Also stellt er auf seinen Schuldner einen Wechsel aus z. B. zahlbar nach 3 Monaten, und lässt diesen Wechsel *discountieren*, d. h. er empfängt z. B. von einer Bank sogleich den Betrag seiner Forderung, nach Abzug (oder sogenanntem *Disconto*) der Zinsen

während der übrigen Zeit bis zum Verfalltage. Diesen Zins oder „Discount“ berechnet man hoch oder niedrig, je nachdem wenig oder viel bares Geld zu bekommen ist, und deshalb ist der Stand des Disconto (franz. *escompte*, engl. *discount*) eines der besten Mittel um den Curs des Geldes kennen zu lernen, d. h. so zu sagen der Miethzins, den man zahlen muss, um Geld zum Gebrauche zu bekommen. Mill § 4 S. 312 ff.

4. In England geht man noch einen Schritt weiter. Sehr Viele, selbst Privatleute, verwahren beinahe all ihr Geld bei einem „banker“. Dieser giebt ihnen dagegen ein kleines Buch mit Billetten (*cheques*), auf welchen sie ganz einfach jede beliebige Summe einschreiben, welche sie auszahlen wollen. Der banker zahlt für sie auf solche Anweisungen, so lange er noch Geld von ihnen in Cassa hat. Hat der Gläubiger denselben Bankier, so ist eine Zahlung nicht einmal nöthig, sondern die betreffende Summe wird von dem Guthaben (*balance, account*) des Schuldners einfach auf das des Gläubigers umschrieben und dadurch die Schuld getilgt, m. a. W. das *cheque* eingelöst.

Form des *cheque*. Einfaches Musterbeispiel:

| | |
|--|-----------------------|
| Buch No. | Cheque No. (z. B. 6). |
| den | 18 . . £ |
| Das Bankierhaus N. N. oder irgend eine „joint stock“ Bank, z. B. die „London and Westminster“ Bank zahlt dem Inhaber die Summe von | |
| um dafür zu debitieren den | |
| Bezahler (dessen Unterschrift hier stehen muss). | |
| Zahlbar (z. B. 14 Tage) nach Sicht | |
| im genannten Comptoir. | |

141. Die Preise, in so weit sie von der Nachfrage abhängen, also die Marktpreise, steigen, je nachdem mehr Credit gebraucht wird.

Die Nachfrage ist nämlich dem ganzen Werte gleich, welchen man bezahlt oder zu bezahlen verspricht, so lange Andere diesem Versprechen Glauben beimessen, d. h. ihm Credit geben, m. a. W. so lange der Credit existiert. Dieser Marktpreis steigt dann wegen der stärkeren Nachfrage, gleichviel, ob man bar, oder in Wechseln zahlt, oder selbst überhaupt nicht zahlt, sondern auf laufende Rechnung kauft.

142. Krisen durch übermässige Creditbenützung. Auf Credit kaufen ist versprechen, dass man nach gewisser Zeit zahlen wird. Nun wird der Handel um so mehr auf Credit kaufen, je mehr er meint, dass die Güter, die er (jetzt) einkaufen kann, im Preise steigen werden.

Gesetzt nun sehr Viele kaufen auf Credit, und zwar erschöpfend. Steigen nun die Preise nicht, oder nicht genug, so muss man Verlust leiden, um diese Versprechen erfüllen zu können. Oft hat man seinen Credit so angestrengt, dass die Verluste sehr gross werden. Dies ist eine der gewöhnlichsten Ursachen einer sogenannten Handelskrisis, d. h. eines solchen Zustandes, wo die Händler ihren Versprechungen genügen müssen und oft in grosser Verlegenheit sind, um das selbst mit grossen Verlusten thun zu können: z. B. wenn man zu höheren Preisen, als der jetzige Verkaufspreis ist, viel gekauft hat, und jetzt unbedingt verkaufen muss, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Mill § 3 S. 318 ff., Roscher § 215 ff. S. 443 ff.

Sehr oft kommt es vor, dass in Zeiten der Speculation der Marktpreis weit über den natürlichen Preis steigt, und dann auch

kurz darnach (und zwar oft plötzlich) weit unter den natürlichen Preis fällt; dann tritt eine Krisis ein.

143. Papiergeld. Nachdem alle Güter durch Geld gemessen werden, desgleichen fast alle Dienste durch Geld Entlohnung finden, die Menge der Güter aber viel rascher zunimmt, als die Menge des Goldes und Silbers, so musste ein Mittel gefunden werden, um die Summe des Geldes so weit zu vermehren, dass der Wert desselben trotz der anwachsenden Menge der Güter nicht zu hoch steige; und dieses Mittel besteht darin, dass man Papiergeld ausgiebt in Form von unverzinslichen auf Ueberbringer lautenden, bei Vorzeigen fälligen Scheinen. Wenn es der Staat ausgiebt und für die Einlösung desselben gegen Münze mit seinen Einkünften (Steuerfundation) haftet, so heisst es Staatspapiergeld; wenn es von einer Bank auf Grund ihrer Barvorräthe an Gold und Silber (Metallfundation) ausgegeben wird, so nennt man es Banknote. Wird mehr Papiergeld ausgegeben, als der Staat oder die Bank einzulösen im Stande ist, so kann man das Papiergeld gegen Münze nur mit mehr oder weniger hohem Verluste (Disagio) umtauschen (oder m. a. W. man muss für 100 Metallgeld 100 + A Papiergeld geben, A heisst Aufgeld oder Agio); damit ein solches Papiergeld dennoch circuliere, kann der Staat die Annahme desselben im inneren Verkehre anordnen (Zwangs-Curs) und in diesem Falle spricht man von Papier-Währung (so gegenwärtig in Oesterreich, Russland).

Papiergeld ist schon von Altersher bekannt gewesen; doch wurde von demselben ausser in Karthago nur vorübergehend Gebrauch gemacht. Die Chinesen haben es seit dem 7. Jahrhundert nach Christo benützt und nannten es „fliegende Münze“.

Wie der Credit überhaupt nur bei hochcultivierten Völkern sich entwickeln kann, so insbesondere der Gebrauch des Papiergeldes.

Der Angehörige eines uncultivierten Stammes sieht bei seinem Tauschmittel zunächst auf den Gebrauchswert desselben; er wird ein Salzstück oder einen Schmuckgegenstand leicht annehmen, aber eine Geldnote gar nicht beachten. Ueberhaupt dient das Papiergeld hauptsächlich für den inneren Verkehr, besonders wenn es nur durch Zwangscurs Umlaufsfähigkeit besitzt.

Das Papiergeld hat, wenn es einmal Kaufkraft besitzt, viele Vortheile. Die Bequemlichkeit für Zahlungen in grossen Beträgen, dann bei Aufbewahrung und Versendung ist ganz ausserordentlich, so dass man solches Papiergeld lieber nimmt, als Metallgeld. Der Ausgeber des Papiergeldes geniesst den grossen Vortheil, ein bedeutendes Darlehen sich unverzinslich beschaffen zu können; denn die Kosten der Herstellung des Papiergeldes sind unbedeutend und, was etwa durch Fälschungen verloren geht, wird durch den Gewinn, der dadurch erzielt wird, dass viele Noten vor ihrer Einlösung zu Grunde gehen, ersetzt. (Die russische Einziehung von 1843 zeigte, dass 12,287,000 Rubel (Papier) verloren gegangen, 6,587,000 nachgemacht waren; bei der preussischen Einziehung von 1855 blieben 394,536 Thaler aus.)

Dem gegenüber hat das Papiergeld den grossen Nachtheil, dass es leicht zerstörbar ist; weiteres verleitet der Umstand, dass es sich ohne grosse Kosten beliebig vermehren lässt, nicht nur zu Fälschungen, sondern veranlasste auch die Emittenten oft schon zur übermässigen Ausgabe. Da aber ein Ueberschuss nicht in andere Länder oder zu anderen Verwendungszweigen (wie bei Edelmetallen) abfliessen kann, so entstehen dann trotz aller staatlichen Gegenmassregeln unabsehbare Entwertungen des Papiergeldes mit den unheilvollsten wirtschaftlichen Folgen.

Die französischen Assignaten (Anweisungen auf die Nationalgüter der französischen Republik) wurden im Jahre 1790 im Betrage von 1200 Millionen Francs ausgegeben; im Jahre 1796 betrug die Höhe der Ausgabe bereits 45,578 Millionen Francs; trotzdem die Forderung eines Agios bei Annahme von Assignaten mit 20 jähriger Kettenstrafe bedroht war und für die wichtigsten Lebensmittel Maximalpreise vorgeschrieben waren, sanken die Assignaten so tief, dass man am 4. Junius 1796 für einen Franc in Münze: 800 Fres. Assignaten erhielt. Desgleichen sank der Papierdollar in Nordamerika in Folge übermässiger Ausgabe so tief, dass man im Mai 1781 für einen Dollar in Münze: 2005 Dollar Papier erhielt. Uebrigens hat das Staatspapiergeld fast in allen Staaten durch übermässige Ausgabe in Zeiten der Bedrängnis Unheil angerichtet, so dass man in neuerer Zeit gewöhnlich Privatbanken unter mehr oder weniger eingehender Controle des Staates die Ausgabe des Papiergeldes (oder eines Theiles desselben) überlässt.

Giebt der Staat Papiergeld aus, so bildet es einen Theil der Staatsschuld und zwar der unverzinslichen; wenn der Staat dieses Recht an eine Bank abtritt, so ist es wohl selbstverständlich, dass er sich dafür entsprechende Vorteile ausbedingt.

144. Banken. Credit geben ist immer dasselbe, als Capital zum Gebrauche ausleihen.

Dieses Creditgeben ist ein eigenes Geschäft geworden. Es ist das Geschäft der Banken und der Bankiers (Händler mit Credit).

Diese wollen nämlich das Capital vorstrecken, m. a. W. das Creditgeben allgemein und bequem machen. Sie erleichtern auch die Zahlungen.

Für sie thut letzteres das Saldierhaus, in London das Clearing-house. Seit 1867 werden, zum ersten Mal seit 1839 und jetzt regelmässig, die täglichen Umsatzziffern des C. H. wöchentlich veröffentlicht. Im Jahre 1839 wurden 1000, 1865 £000, a 1875 6013, a 1881 5910 Millionen Sterling verrechnet, wobei nur eine unbedeutende Barsumme nöthig war. Jüngstens hat man die Verrechnung in Bar ganz abgeschafft und bewirkt nun den Ausgleich in *cheques*. In New-York hatte das Clearing-house 1880 einen Umsatz von 37,182 Millionen Dollar und waren zur Ausgleichung bloss 4% Barmittel nöthig.

Die Bank kann sowohl eine grosse Gesellschaft (meist Actiengesellschaft) sein, als durch einen Einzelnen gehalten werden.

In beiden Fällen ist sie:

1. eine Creditanstalt;
2. wirkt sie theils mit eigenem, theils mit geliehenem Capital;
3. streckt sie Capital vor, gewöhnlich an Unternehmer;
4. thut sie dies hauptsächlich durch Ausgeben von Handelspapieren.

145. Die bedeutendsten Creditanstalten sind die Banken. Die bedeutendsten Bankarten sind folgende.

1. Die Wechslerbank, d. h. eine solche, die Geld wechselt, z. B. ausländische Münze gegen einheimische.

So die ehemaligen grossen Wechslerbanken in Amsterdam (seit 1609), Venedig, Genua. Bei einem guten Münzsystem sind sie weit entbehrlicher: daher existiert jetzt auch beinahe keine, die ausschliesslich Wechslergeschäfte betreibt.

2. Die Giro-bank im eigentlichen Sinne des Wortes gehört zu den Wechslerbanken und dem „Kassierergeschäft“¹. Sie bewirkt Zahlungsausgleichungen durch Ein- und Abschreiben von Posten in ihren Büchern.

¹ Jetzt ausser Amsterdam kaum ausschliesslich vorkommend. Doch z. B. die Londoner *banker*, und viele andere, treiben dies als eines ihrer Geschäfte.

3. Die Depositenbank nimmt Capitalien in Empfang, giebt sie auf Forderung dem Eigenthümer zurück, und zahlt dafür in der Regel einige Rente (Zins). Ihren Vortheil findet sie in dem Benutzen der deponierten Capitalien, d. h. in deren vortheilhafter Anlage. Sie ist eine Sparbank im Grossen.

4. Ebenso handeln die Lombard- und Discontobanken. Sie heissen so nach den „Handelsgeschäften“, welche ihre Capitalienanlage bilden.

Das Lombardgeschäft geht so vor sich: man streckt z. B. auf 3 Monate, um einen bestimmten Zins Geld vor. Zum Pfande bekommt man Waren oder Wertpapiere (Effecten), die mehr wert sind als dagegen ausgeliehen wird, und die bei der Rückzahlung herausgegeben werden. Die Frist kann prolongiert werden.

Discontieren (*escompter* franz.) ist bares Geld für einen Wechsel zahlen, der noch nicht fällig ist. Der Zins wird dann so berechnet, dass der Geldvorstrecker seine Entschädigung findet, und die Totalsumme wird vom Betrage des Wechsels abgezogen oder discontiert (s. No. 140. 3).

5. Die Gründerbanken (*Credit mobilier*); sind zuerst in Frankreich (durch Pereire) eingeführt worden und befassen sich hauptsächlich nur mit Börsenspeculationen, Gründung neuer Actiengesellschaften, um bei der Gründung Gewinn zu erzielen und dann die Actien zu verkaufen. Ihr Geschäftskreis ist ganz unbeschränkt und es wird hauptsächlich an der Leitung solcher Institute liegen,

ob sie den Boden des soliden Bankgeschäftes verlassen und die tollsten Speculationen und Schwindelgeschäfte betreiben. Diese Institute legen sich die verschiedensten, meist sehr allgemein gehaltenen Firmabezeichnungen bei (z. B. Makler-, Arbitrage-Banken, Creditanstalten etc.); sie können in volkswirtschaftlicher Richtung grossen Schaden anrichten, so haben sie die grosse Krisis, von der Europa im Jahre 1873 (Krach) heimgesucht wurde, hauptsächlich verschuldet. Man ist daher bemüht im Wege der Gesetzgebung die Gefährlichkeit dieser Institute zu vermindern.

6. Die Hypothekenbanken leihen Geld auf unbewegliche Güter und beschaffen sich das Geld durch Ausgabe von Schuldscheinen (Pfandbriefen).

Die Hypothekenbank selbst leiht denjenigen, welche zwar Grundstücke besitzen, aber bares Geld bedürfen. Sie giebt ihr Geld, gleich jedem anderen Hypothekenausleiher, für genügende Sicherheit. Sie erleichtert die Rückzahlung dadurch, dass sie diese durch das Mittel der Annuitäten oder Jahresraten zulässt: d. h. es wird jährlich so viel für Zins und Tilgung abgetragen, dass in der übereingekommenen Anzahl Jahre die Schuld gänzlich zurückgezahlt ist.

Eine solche Bank macht auch mit geliehenem Capital Geschäfte. Sie giebt selbst die sogenannten Pfandbriefe oder Hypothekenobligationen aus (damit zahlt sie meist auch die Darlehensvaluta an ihre Schuldner aus), wofür sie bares Geld bekommt: sie trägt Sorge, höheren Zins für ihre Hypotheken zu bekommen, als sie für ihre Pfandbriefe zahlen muss. Wer nun Geld auf Hypothek anlegen will, kann jederzeit ohne Mühe oder Zeitverlust Pfandbriefe bekommen: die Bank steht ihm für sein Geld ein, und ist selbst durch ihre „hypothekarischen Schuldforderungen“ gedeckt (das sind nämlich die Schuldscheine an die Bank mit dem Pfandrechte an die Grundstücke, worauf sie vorgeschossen hat). Es haften daher für die Verzinsung und Rückzahlung der Pfandbriefe (welche gewöhnlich nach einem bestimmten Plan durch das Los erfolgt) die Bank mit ihrem ganzen Vermögen und die von den Bankschuldnern verschriebenen Realitäten. Eine solche grosse Gesellschaft kann weit besser, als ein Privatmann den wahren unbeschwerten Wert der Grundstücke beurtheilen auf welche sie vorschiesst, und auch weit besser dafür sorgen, dass ihre Forderungen rechtzeitig eingehen. — Wenn bei der Schätzung der zu belehnenden Realitäten nicht leichtsinnig vorgegangen wird, so kann eine solche Bank nicht leicht grössere Verluste erleiden, doch darf dafür auch auf ein hohes Ertrögnis nicht gerechnet werden.

7. Die Circulationsbank heisst so nach dem Umlaufe ihrer Noten, auch „Zettelbank“, weil sie nämlich Zettel, Noten, Schuldscheine ausgiebt, m. a. W. Zahlungsversprechen, die keinen Zins abwerfen, aber auf den Inhaber lauten, d. h. denen auf Vorzeigung sofort in gesetzlicher Zahlungsmünze genügt wird (s. No. 143).

So lange aber diese Summen noch nicht durch Vorzeigung eingefordert sind, hat also die Bank ausser ihrem eigenen Capitale soviel geliehenes in Händen, wie der Betrag, zu welchem noch von ihren ausgestellten Zetteln im Umlaufe ist. Die Erfahrung lehrt, dass jedesmal weit mehr Noten im Umlauf sind, als die Bank zu zahlen braucht: meistens genügt es, dass die Bank etwa nur ein Drittel des geliehenen Capitals fortwährend in Casse hat. Mit den anderen beiden Dritteln und ihrem eigenen Capitale kann sie Bankgeschäfte betreiben, z. B. Leihgeschäfte machen, Discontieren, Anleihen schliessen, *Hypothekenscheine nehmen*

und dafür Zins erhalten, Handeltreiben in Münzen oder Obligationen u. s. w. (das *cursivisch* Gedruckte zu thun ist aber sehr abzurathen). Immer aber stützt sich die Bank auf den Umlauf ihrer Noten, darum heisst sie Circulationsbank, und fortwährend muss sie dafür sorgen, dass ihre Gelder so zurückfliessen, dass für die jedesmalige Deckung der vorgezeigten Banknoten Casse vorhanden ist.

Die Bank geniesst hierbei den Vortheil, dass sie Zins und Gewinn von denjenigen Summen erhält, welche sie in ihren Noten vorstreckt. Und auch für die Gemeinschaft ist das ein Vortheil: man pflegt ja für Noten gerade diejenigen kleinen Capitalien abzulassen, welche bei Privaten oft als „todtes“ Capital „ruhen“ oder selbst ruhen müssen, z. B. um die nöthige Casse zu behalten. Dazu ist es eben gleich, ob man bares Geld oder ganz solide Noten niederlegt hat). Der Zinsfuss, welchen die Bank bei ihren Operationen berechnet, heisst Banksconto und ist derselbe massgebend für die Höhe des landesüblichen Zinsfusses bei sicheren Darleihensgeschäften. Durch die Veränderung des Zinsfusses besitzt die Bank ein Mittel (Schraube), um das Ein- und Ausströmen ihrer Banknoten zu regulieren.

146. Zu den Banken können noch gezählt werden:

1. Die Sparcassen. Auch diese sammeln kleine Capitalien, aber anders. Sie erhalten diese geradezu geliehen, oft von Wenigbegüterten, und geben dafür einen Schein, meistens in der Form eines Notierbuches, welches nicht in Umlauf kommt, und einen mässigen Zins abwirft: ausserdem wird die Einlage erstattet, sobald der Eigenthümer darum anhält.

Diese kleinen Capitalsummen betrugen z. B. für Grossbritannien im November 1845 über 600 Millionen Rm., Ende 1863 beinahe 900. Vorzüglich die Sparbanken, schon ihr Name sagt es, haben bewirkt, dass diese vielen kleinen Capitalien nicht vergeudet werden. Der Englische Minister Gladstone hat (17. Mai 1861) die nützliche Einrichtung begründet, dass jedes Briefpostbureau als kleine Sparbank (Postsparcassen) Gelder auf Zins annimmt und ausbezahlt: schon in den ersten drei Jahren gingen so an 90 Millionen Rm. ein. In Oesterreich sind die Postsparcassen seit 1882 eingeführt.

Die Sparcassen sind anfänglich als Wohlthätigkeits-Institute gegründet worden von einzelnen Privatleuten und Gesellschaften; später traten Gemeinden oder Bezirke als Garanten der neuentstehenden Sparcassen auf. In einzelnen Ländern z. B. in Oesterreich haben die Sparcassen einen grossen Aufschwung genommen und bilden dieselben für den kleinen Realitätenbesitzer — vorausgesetzt, dass nicht der Darlehenswerber durch unnöthige Nebengebühren belastet wird — eine billige Creditquelle, da die Sparcassen ihre Einlagen zumeist im Hypothekargeschäfte verwerten, wobei sie um $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$ mehr Zinsen verlangen, als sie den Spareinlegern geben; ausserdem verwenden sie beträchtliche Gewinnanteile zu gemeinnützigen Zwecken.

Durch die Postsparcassen wurde das Sparcassenwesen teilweise verstaatlicht und die bequemere Art des Einlegens und der Rücknahme hat den Kreis der Sparer noch sehr erweitert.

Wenn die Einlagen der Postsparcassen nur dazu dienen, um der Staatscasse billiges Capital direct zuzuführen oder durch Ankauf von Staatspapieren indirect zur Hebung des Staats-Credites

beizutragen, so erfüllen sie ihren Zweck nur halb und können für einzelne Gegenden sogar wirtschaftlich nachtheilig wirken, weil sie das Geld aus derselben an sich ziehen, einem dort herrschenden Geldbedürfnisse aber nicht abzuhelpen in der Lage sind. Die Postsparcassen würden segensreicher wirken, wenn sie ihre Einlags-Capitalien wenigstens theilweise durch Vermittelung von mithaftenden Corporationen (Gemeinden oder Genossenschaften) den creditbedürftigen kleinen Grundbesitzern und Gewerbetreibenden zuführen würden.

2. Volksbanken (Schulze-Delitzsch-Vorschuss- und Credit-Vereine); sie gewähren Personalcredit an solche, die bei den grossen Banken denselben nicht erlangen können (kleinen Kaufleuten, Gewerbetreibenden, kleinen Grundbesitzern, Beamten etc.); durch kleine Antheilseinlagen der einzelnen Mitglieder wird ein Stamm-Capital aufgebracht, welches die Grundlage von weiterem Credit für die Volksbank bildet; dieser wird entweder durch Aufnahme von Spareinlagen oder Darlehen in beliebiger Form ausgenützt. Für die Verzinsung und Rückzahlung der Spareinlagen und Darlehen haftet das Stammcapital (eingezahlten Antheile), der Reservefonds (welcher hier gewöhnlich bis zu 10 % der Antheile gebildet wird und von höchster Bedeutung für das Gedeihen des Institutes ist) und die Mitglieder ausser ihrer eingezahlten Antheilseinlage noch entweder mit einem bestimmten Betrage, der mindestens gleichkommt jener eingezahlten Antheilseinlage (bei beschränkter Haftung) oder mit ihrem ganzen Vermögen (bei unbeschränkter Haftung). Die einzelnen Mitglieder sind berechtigt, unter gewissen Bedingungen, welche von der Gesamtheit der Mitglieder beschlossen werden, Vorschüsse zu erhalten. Dadurch kann der Einzelne, der sonst gar keinen oder nur unter harten Bedingungen Credit finden würde, vorausgesetzt, dass die Verwaltung in den richtigen Händen ruht, unter verhältnismässig günstigen Bedingungen in Bezug auf die Verzinsung und Rückzahlung Darlehen aufnehmen.

Die Volksbanken (in Deutschland und Oesterreich meist Vorschussvereine genannt) sollen sich nicht auf Hypothekengeschäfte einlassen, da dadurch ihr Betriebscapital die nöthige Beweglichkeit verliert und der eigentliche Zweck dieser Institute, den Mitgliedern recht oft mit kleinen Darlehen zu productiven Zwecken auszuhelfen, nicht erreicht wird.

Auch soll es möglichst verhütet werden, dass Mitglieder nur deshalb beitreten, um ihr Capital hoch zu verzinsen ohne jemals vom Vereine zu borgen. Deshalb beschränken die Vorschussvereine mit Recht die Zahl der von einem Mitgliede zu erwerbenden Geschäftsantheile.

Ueberhaupt soll die Verwaltung nicht auf hohe Dividenden und Zinsen für die Einleger, sondern auf möglichst günstige Bedingungen für die Vorschussnehmer hinwirken.

Sehr wichtig ist auch die Zulässigkeit der Bildung der Geschäftsanteile in kleinen Raten und der Abzahlung der Vorschüsse in einer dem Schuldner passenden Weise. — Eine solche Volksbank soll die Geschäftsführung überhaupt nicht schablonenhaft einrichten, sondern auf die jeweiligen Verhältnisse ihrer Mitglieder entsprechend Rücksicht nehmen und jeden einzelnen Fall für sich behandeln.

3. Die Pfandleihanstalt (franz. *mont-de-piété*, auch Versatzämter). Sie giebt kleine Vorschüsse auf kurze Zeit, gegen bewegliches Unterpand.

147. Der Name Bank selbst, ohne sonstige Beifügung ist jetzt für eine Einrichtung üblich, welche zugleich Discout-, Depositen- und Umlaufsbank ist. Es existieren diese in den meisten Culturstaaten, und zwar nach einer der drei folgenden Arten oder Banksysteme:

1. Eine Bank hat das Monopol, d. h. die ausschliessliche Concession innerhalb des Landes.

So beinahe allgemein in Europa, z. B. in Russland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien und Holland. Das Monopol betrifft fast nur die Noten-Ausgabe: es ist ein Verbot an Jeden ausser z. B. der „Banque de France“, der öster.-ung. Bank, Noten auszugeben.

2 Es existiert eine (zwar nicht ausschliesslich gestattete aber doch) begünstigte Bank, z. B. die des (eigentlichen) Englands und die Irlands. Ausserdem sind freie Banken erlaubt, allein unter gewissen Bedingungen.

Nach Rob. Peels Bankgesetze vom Jahre 1844 hat z. B. die (1694 errichtete) „Bank of England“ das Monopol innerhalb 65 englischer („statute“) *miles* oder etwa 15 geographischer Meilen um London: ausser diesem Kreise können die bestehenden freien Banken („country banks“) ihre Noten auf den Inhaber ausgeben.

3. Jeder ist frei eine Bank zu errichten und in Gang zu bringen, unter Beachtung gewisser gesetzlichen Vorschriften (schottisch-amerikanisches System).

Bei jedem System bedarf man jedoch allgemeiner, vom Staate zu erlassender Regeln. (So soll die öster.-ung. Bank nach ihrem Statute alle Noten, die sie über 200 Millionen Gulden ausgiebt, durch Gold und Silber in Barren oder Münzen gedeckt haben). Allgemeiner ist die Verpflichtung zum Veröffentlichen eines monatlichen, oder weit besser wöchentlichen Ausweises über den Wirkungskreis der Bank, ihren Umsatz und ganzen Zustand, speciell über das Verhältnis ihres Edelmetalles und Münzmaterials gegenüber ihren ausgegebenen Noten, die ja Schuldscheine sind.

Wo es eine monopolisierte Bank giebt, sollen ihre Regulative Sorge tragen, dass:

1. der Gemeinnutzen nicht leide der Bank wegen;
2. der nützliche Einfluss der Bank sich, soweit es nur möglich ist, auf das ganze Land erstrecke (durch Errichtung einer entsprechenden Anzahl von Bankfilialen);
3. das Bankmonopol nicht missbraucht werde;
4. die Geldmittel der Bank scharf von denen des Staates unterschieden bleiben;
5. die Bank ihren Geschäftsbetrieb nicht auf Gebiete ausdehnt, wo ihr Capital die Beweglichkeit verliert oder durch gewagte Speculationen gefährdet wird.

3. Verbrauch.

Vgl. fortdauernd Roscher, *viertes Buch, Consumption der Güter*, I § 206—233.

149. Verbrauch im eigentlichen, strengen Sinne des Wortes ist Wertvernichtung: dem verbrauchten Gegenstande ist durch den Verbrauch sein Nutzen verloren gegangen.

Stofftheile, selbst die kleinsten, gehen in der Natur überhaupt nicht unter. Allein der Nutzen hört auf, sobald der Stoff solche Formen annimmt, dass er sich dem menschlichen Gebrauche entzieht.

Beispiele: nicht bloss genossene Speise und Trank, sondern auch verdampftes Wasser, verbrannter Leucht- oder Brandstoff, verflüchtigtes Räucherwerk oder Kohlensäure aus Mineralwasser.

150. Man unterscheide eigentliche Consumption (endgiltigen Verbrauch, Schlussverbrauch, Finalconsumption, letzten Verbrauch) und solche, die nur transformiert (reproductive Consumption)¹.

Erstere entzieht den Stoff (und den Wert) endgiltig der menschlichen Benutzung; letztere zwar den Stoff (nicht aber den Wert), und zwar so, dass an dessen Stelle ein anderes gesellschaftliches Gut tritt. Dieses ist meist eine neue Form desselben Stoffes.

Jeder Stoff (jedes Gut) durchläuft allerlei Formen von der ersten an, in welcher er für Menschen brauchbar wird, bis zu der letzten, in welcher man ihn noch benutzen kann.

Z. B. Die im Boden befindlichen Stoffe entwickeln u. A. Flachs aus Samen. Durch eine Reihe von Bearbeitungen bildet man Garn daraus. Aus Garn erhält man nach einander Gewebe, Lumpen, Papier, welches schliesslich zerfällt.

¹ „Von jeher ist die wirtschaftliche Leitung des Genussgebrauches ebenso vorwiegend Sache der Frauen gewesen, wie die des Erwerbgebrauches Sache der Männer.“ Roscher § 207 S. 427. Genuss- und Erwerbgebrauch ist aber nicht gleichbedeutend mit Schluss- und reproductive Consumption: der Wert wird durch den Erwerbgebrauch meistens vermehrt, der Stoff dagegen oft ebenso gänzlich vernichtet, als beim Genussgebrauche. Das Brennmaterial, welches zur Heizung einer Dampfmaschine verwendet wird, geht ebenso unter, wie das zur Erhitzung eines Theekessels. Z. B. das Korn, wovon sich das Arbeitspferd nährt, ebenso, wie das Futter des Schofshundes. Was in beiden ersten Fällen reichlich vergütet wird, in letzteren nicht, ist der Wert.

Oft sagt man inproductive und productive Consumption. Ungenau, wie schon aus dem eben Gesagten hervorgeht.

151. Hierbei muss man gemeinschaftlichen Gebrauch beachten.

Es ist weit vorteilhafter z. B. in einer grossen Restauration oder mit einem anhaltend geheizten Backofen zu arbeiten. Die Anwendung davon zeigt sich bei den Suppenanstalten, soweit diese nicht zu blossen Almosen dienen, bei den sogenannten Brotfabriken u. s. w., überhaupt bei Engros-Geschäften. — Dies ist der Grund der Wahrheit in Fourier's arg übertriebenem „Phalanstères“-system. — Auf Erwägungen dieser Art beruhen auch die cooperativen Vereine.

152. Der Verbrauch hängt von unseren Wünschen ab. Wir wünschen aber Dasjenige zu befriedigen, was wir für unsere Bedürfnisse ansehen.

Kommt also eine Aenderung in solche Meinung, sei es auch nur in der Mode, so folgt daraus grosse Wertverminderung des unter dem Einflusse der veralteten Meinung Erzeugten. Dies ist nationenweise sehr verschieden. Wo Landestrachten herrschen, entfällt sie ganz, (daher der volkswirtschaftliche Nutzen solcher Landestrachten). Im Oriente wechseln die Moden wenig; in Deutschland z. B. sind die Moden beharrlicher, als in Frankreich, welches eigentlich als das Reich der Moden angesehen werden kann.

153. Zu dem (Schluss-)Verbrauche gehört auch die Wertvernichtung durch die Natur. Besonders in den Tropenländern durch Feuchtigkeit (Pilze) und zerstörende Insecten (Termiten, Motten). In warmen Gegenden durch Heuschrecken, Erdbeben. In kälteren Gegenden durch Frost, Lawinen, Eisgang, Ueberschwemmungen u. dgl.

154. Man muss sich genau Rechenschaft geben, was eigentlich consumiert wird, und in welchem Zeitabschnitte.

Die Consumption (Schlussverbrauch) unserer Ausgabe z. B. an Kleidern läuft dann erst ab, wann die Kleider als solche ganz abgenutzt sind — abgesehen von ihrem geringen Werte als altes Leinen, Charpie, Rohstoff für Papier u. s. w.

Bei Privatpersonen pflegt man sich jedoch die Verschwendung als in dem Augenblicke vorfallend zu denken, in welchem z. B. der verschwenderische Kleiderkauf gethan und also das Geld für Gut (Geldeswert) hingegeben wird. Und mit gewissem Rechte, denn meistens wird schon dadurch die Verschwendung unvermeidlich: man entledigt sich der überall cursierenden Ware Geld für eine sehr wenig cursierende Ware. Der Verbrauch ist also improductiv und unvermeidlich: dennoch hat er in dem Augenblicke noch nicht stattgefunden.

155. Gütererzeugung führt schliesslich immer zum Verbrauche.

Production ist ja Wert- oder Güterproduction. Güter nennen wir aber das, was unsere (wahren oder vermeintlichen) Bedürfnisse befriedigt. Bedürfnisse wozu? Jedenfalls zum Gebrauche.

156. Gütererzeugung kann nur bei wachsenden Bedürfnissen, d. h. bei grösserem Streben nach Verbrauch, zunehmen.

Jeder Ascetismus also, jener spartanische sowohl, als der mancher Mönchsorden hemmt die Production und dadurch die Cultur. Gewiss sähe es mit Tugend und menschlicher Gesellschaft schlimm aus, wenn man nicht zu entbehren wüsste; Entbehrung soll aber höchstens ein nothwendiges Uebel, aber nicht Zweck sein.

157. Damit entschuldige man keine Verschwendung. Verschwendung ist die improductive Consumption (Schlussverbrauch) von Werten ohne vernünftigen Grund dazu.

Dem verschwenderischen entgegen steht das häuslicherische Wesen, (besser als der übliche Name Sparsamkeit, gleich dem nicht Ausgeben von Geld; nur in den gewöhnlichen Haushaltungen des kleineren Mittelstandes, und auch dort nicht immer, läuft es auf dasselbe hinaus; darum spricht man zuweilen von der „wahren“ Sparsamkeit). — „La vraie économie consiste dans l'emploi des meilleurs matériaux“ ist eine grosse Wahrheit, freilich bei *gêne* nicht anwendbar, eine *certaine aisance* muss schon vorhanden sein.

Franklin's (1706 bis 17. Apr. 1790) berühmter *Poor Richards Almanach* (1757), um nicht gar auf Hesiod's *Werke und Tage*, wohl das älteste ökonomische Werk, zurückzugehen.

„Wer das Ueberflüssige kauft, muss meistens schliesslich das Nothwendige verkaufen“, lehrt Franklin. S. auch Anm. 3 bei Roscher § 219 S. 450.

158. Streng genommen verbraucht man auch Dasjenige improductiv, was selbst bei productivem Verbrauche mehr untergeht, als zur Reproduction unvermeidlich ist.

Gesetzt ein Product a' fordere absolut gewissen Wert a zu seiner Erzeugung, aber nicht mehr. Die Verwendung eines Wertes $a + b$ wäre dann ja einer Wertvernichtung von b gleich.

159. Verhältnis zwischen Production und Consumption. Absatzkrisen. Zum Gedeihen jeder Volkswirtschaft ist eine gleichmässige Entwicklung von Production und Consumption erforderlich; in diesem Falle werden Angebot und Nachfrage sich das Gleichgewicht halten und es bestehen normale wirtschaftliche Verhältnisse. Es kann nun in einzelnen Zweigen die Production nachlassen, dagegen die Consumption sich nicht vermindern; wo es möglich ist, wird bald in diesen Zweigen durch erhöhte Production oder Zufuhr das richtige Verhältnis wieder hergestellt sein. Weit bedenklicher gestaltet sich die wirtschaftliche Lage, wenn eine übermässige Production in einzelnen Zweigen stattfindet und die Consumption nicht gleichen Schritt hält oder gar abnimmt.

In diesem Falle entsteht eine sogenannte Absatzkrise, die viel schwieriger zu beseitigen ist, weil sich in der Regel die Production nicht so schnell einschränken lässt oder, wenn es schliesslich geschehen muss, grosse Verluste bringt, und besonders auf den Arbeitslohn deprimierend einwirkt; dadurch aber werden grosse Bevölkerungsschichten wieder weniger consumtionsfähig, so dass die von einzelnen Zweigen des Verkehrs ausgehende Krise meist unaufhaltsam auf andere Gebiete nachtheilig hinüberwirkt. Die ganze Wirtschaft eines Volkes bildet eben ein zusammenhängendes Ganzes und wenn ein Zweig leidet, so leiden auch alle übrigen. Bei den sogenannten Naturproducten können mehrere auf einander folgende gute Ernten allerdings auch eine Absatzstockung herbeiführen, doch sind die nachtheiligen Folgen nicht so allgemein fühl-

bar, da es sich hier meist um die unentbehrlichsten Lebensmittel handelt, die wenigst bemittelten Classen sich in solchen Zeiten sogar leichter ihre Nahrung beschaffen können und in Folge dessen eine stärkere Consumption eintritt, wodurch bald wieder das Gleichgewicht hergestellt wird.

Ungleich gefährlicher gestaltet sich eine Absatzkrise bei Manufactur- und Fabrikwaren; hier verschärft sich die Krisis immer mehr; zunächst werden die Luxuswaren und alle mehr oder weniger entbehrlichen Güter betroffen; bald aber wird durch eine allgemeine Einschränkung im Verbräuche (von Kleidungsstücken, Möbeln, Werkzeugen u. dgl.) die ganze gewerbliche und industrielle Thätigkeit eines Volkes in Mitleidenschaft gezogen werden.

Je blühender die volkswirtschaftliche Lage war, desto verheerender wird eine solche Krisis wirken; deshalb werden gerade die höchstcultivierten Länder am meisten von solchen Krisen betroffen. Die ungeheueren Fortschritte auf allen Gebieten der industriellen Thätigkeit haben eine Massenproduction in vielen Zweigen hervorgerufen, vor deren nachtheiligen Folgen ein Land sich nur dadurch schützen kann, dass es die eigene Production und Consumption möglichst in das richtige Verhältnis zu bringen trachtet (Pflege der Statistik) und das Einströmen fremder Producte erschwert (Zoll- und Tarifpolitik). Dem Handel fällt die schwierige Aufgabe zu, für die Ueberproduction in einzelnen Zweigen die geeigneten Absatzgebiete aufzusuchen und zu behaupten, worin er vom Staate in ausgiebiger Weise unterstützt werden muss.

160. Luxus ist völlig relativ.

Es giebt ein gewisses, freilich nicht genau zu bestimmendes Verhältnis zwischen den Genüssen (Genussausgaben) eines Jeden und seinem Vermögen. Luxus nennen wir, was die ersteren über jenes Verhältnis betragen.

„Wie fast jede alte Mode von der Jugend als Pedanterie verlacht wird, so wird fast jede neue Mode von den Alten als Luxus getadelt.“ Roscher § 224 S. 457 f., § 228 S. 464, mit interessanten Beispielen wie Gabeln, Schornsteine, Hemden u. s. w. noch im 16. Jahrhundert für Luxus galten, theils nach Mac Culloch's *Principles of P. E.* ed. 1849 S. 577.

161. Geschichtlich zeigt sich der Luxus in drei Formen (Roscher § 226 ff. S. 459 ff.):

1. Mittelalter und damit zu vergleichende rohe Zeiten: Wenig Bequemlichkeit, rohe Pracht und Fürstenprunk, hauptsächlich in dem Ausstellen grosser Massen unverarbeiteter Bodenerzeugnisse¹.

2. Blütezeit der Staaten: Comfort wenig Prunk².

3. Zeiten des Staatenverfalles (auch „Uebercultur“ genannt). Das Beispiel der Römischen Kaiserzeit ist deutlicher, als jede Umschreibung³.

¹ Folgende Beispiele sind um so schlagender, weil sie intellectuell und sittlich hochstehende Personen betreffen. Wilhelm I. von Oranien bewirtete 1561 bei seiner Hochzeit mit Anna von Sachsen Gäste mit 5647 Pferden, sein eigenes Gefolge hatte 1100 Pferde; man verbrauchte 25 000 Scheffel Korn, 3600 Eimer Wein, 1600 Fässer Bier u. s. w. Wenn der „king-maker“ Warwick nach London kam, durfte jeder Bekannte sich täglich soviel zubereitetes Fleisch holen, als er auf seinem langen Dolche wegtragen konnte (Stow in Schlossers *Weltgeschichte* X. 339). Dergleichen Zustände, freilich bei viel weniger Reichthum, findet man bei den schottischen Clans. Daran erinnert, dass selbst in sehr gesitteter Zeit Kimon Miltiades' Sohn, seinen sämtlichen Dorfgenossen (allen *Saxidais*, Aristot. bei Plut. *Kimon* 10) seine Tafel ohne Vergütung offen hielt und ihnen selbst Oberkleider gab.

² Bequeme, wenn auch unelegante jetzige Männerkleidung. In England ist in einer Equipage oft der einzige einfach gekleidete der Herr selbst. Reinlichkeit, feinere Nahrungsmittel, bequemere Möbel und Reisegelegenheiten, Luxus fast nur z. B. in der grösseren Feinheit der Kleiderstoffe.

³ Horaz *Sermones* II, 4, *ibid.* II, 8 das Gastmahl Nasidiens, und das berühmte Trimalchio's bei Petron. Bekannt sind Cicero's Sohn, Hortensius' Sohn, der Schauspieler Aesopus mit seinem Sohne, Vedius Pollio u. A., um nicht gar Caligula, Vitellius u. A. anzuführen. — Allein das Zeitalter des Régent, das Ludwigs XV., des französischen Directoire, Augusts des Starken in Sachsen, Carls II. in England, mancher Zug des zweiten französischen Kaiserthumes sind nicht besser.

162. Gesetze gegen den Luxus (*lois somptuaires*) sind ungereimt. Gesetze sollen für Alle gleich sein: was aber Luxus ist, hängt von dem Vermögen jedes Einzelnen ab. Sie sind auch machtlos.

Lykurg, der ältere Cato und Andere haben im Namen der Sitten solche Gesetze stark befürwortet. S. Livius 34, 1 ff.

163. Da die Unausführbarkeit der Luxusverbote sich bald herausstellte, so verwandelte man dieselben in Luxussteuern. Dieselben können dem Staate grosse Einnahmen zuführen, ohne die Steuerzahlenden hart zu treffen; nur muss die richtige Auswahl in den zu steuernden Luxusgegenständen erfolgen, damit nicht die gewerbliche Production Schaden leidet; auch darf die Luxussteuer nicht so hoch sein, dass sie vom Genusse abhält.

So wird die Besteuerung von Tabak, Brantwein, feinen Weinen und anderen nicht zum nothwendigen Lebensunterhalte dienenden Genussmitteln ganz am Platze sein. Auch für das Halten einer grösseren Wohnung, von Luxuspferden, Dienerschaft kann ohne Nachtheil eine Steuer erhoben werden. Dagegen wäre z. B. eine Waffensteuer schädlich, weil sie die Waffenindustrie zu Grunde richtet und alle Staatsbürger grossen Chicanen aussetzt, ohne dass sie nennenswerten Ertrag abwerfen würde.

DRITTER ABSCHNITT.

Einfluss der Regierung auf die menschliche Gesellschaft.

Vgl. Mill, *Book V. On the Influence of Government*. Rotteck und Welcker, *Staats-Lexikon*, 3. Aufl., die Artikel *Auflagen*, *Steuern*, und die in Letzterm und im Art. *Abgaben* aufgeführten Artikel.

I. Auflagen, Steuern.

164. Die menschliche Gesellschaft theilt sich bekanntlich in eine Anzahl Staaten. Die Regierungen dieser Staaten machen Gesetze und treffen verschiedene Massregeln, welche Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.

Insbesondere ist es Aufgabe jeder Regierung:

1. Zu Schützen gegen Gewalt und Arglist von Aussen und Innen.

2. Zu Bestimmen, was als Eigenthum gelten soll.

3. Das Erbrecht festzusetzen und aufrecht zu erhalten.

4. Die eingegangenen Verpflichtungen zu sichern und das Eingehen einiger Verpflichtungen zu verhindern.

Ferner zu sorgen:

5. Für die bürgerliche Rechtspflege, d. h. für das Entscheiden vorhandener Zwistigkeiten.

6. Für die allgemeine Bildung des Volkes, für die Pflege von Kunst und Wissenschaft.

7. Für diejenigen, die sich selbst nicht versorgen können, Kranke, Kinder, bejahrte Arme u. s. w.

8. Für Geld, Mass und Gewicht.

9. Für die entsprechende Entwicklung des Verkehrswesens (Eisenbahnen, Post, Telegraphen, Schifffahrt, Canalbauten, Fluss-Regulierungen, Häfen, Leuchthürme, Consulate etc.).

10. Für die Erhaltung und Beleuchtung von Gassen, Fahrwegen u. s. w. (oft als Pflicht der localen Obrigkeit).

11. Für die Sammlung statistischer Daten, das Anfertigen von Karten z. B. für den Kataster.

165. Dazu braucht jede Regierung bedeutende finanzielle Mittel. Diese erhält sie grösstentheils aus den Auflagen, vorzüglich aus den **Steuern** und Gebühren.

Das Unterscheidungsmerkmal zwischen Gebühren und Steuern liegt in dem Momente der speciellen Entgeltlichkeit oder Kostendeckung besonderer Staats- (oder „öffentlicher“) Leistungen und der generellen Entgelt-

lichkeit oder Kostendeckung der allgemeinen Staatsleistungen. Adolf Wagner: *Gebühren und allgemeine Steuerlehre* (1880) § 329.

Die Gebühren werden meist durch Verwendung der vom Staate ausgegebenen Stempeln entrichtet und hat z. B. ein Schuldschein eine solche Gebühr zu tragen, weil möglicher Weise ein gerichtlicher Gebrauch von selbem gemacht wird, damit die Kosten für die Rechtspflege wenigstens theilweise von jenen getragen werden, welche sie in Anspruch nehmen.

Den deutschen Auflagen entsprechen die französischen *impôts*, den Steuern die *contributions*, schon der Wortableitung nach; die Engländer nennen die Auflagen im Allgemeinen *taxes*. R. und Mathy *Abgaben* S. 25.

166. Als Haupterfordernisse eines guten Steuersystems hat schon Adam Smith¹ folgende angeführt:

1. Jeder bezahle nach Verhältnis seines Einkommens. Nur dies ist die nothwendige (und gerechte) Gleichheit der Last.

2. Bestimmtheit, keine Willkür. Der Steuerpflichtige selbst muss wissen, wann, wie und wie viel er zu zahlen hat; das muss Jedem bekannt, es muss öffentlich sein.

3. Zeit und Art² der Zahlung müssen für den Pflichtigen, so unbeschwerlich als nur möglich, gewählt werden.

4. Es muss getrachtet werden, dass die Erhebungskosten nicht zu hoch seien, damit von dem Volke nicht viel mehr, als der Fiscus erhält, erhoben werde.

¹ *Wealth of Nations* V. 2, auch bei Mill II S. 483 ff.

² Z. B. die Steuer kann einen nützlicheren Betrieb zu Gunsten eines weniger productiven benachtheiligen. Die Formalitäten bei der Erhebung von Steuern auf Handel und Industrie können oft einen Erwerb lähmen oder selbst dessen Betrieb verhindern.

Die einzige bedeutende Schwierigkeit ist beim ersten Punkt. Was ist gerecht?

Die Beantwortung dieser Frage bietet grosse Schwierigkeiten. Denn vor Allem erscheint es nicht gerecht, dass das Einkommen aus der Arbeit ebenso hoch besteuert werde, wie das Einkommen aus Renten; ferner ist es gewiss nur billig, wenn ein gewisses Einkommen (das sogenannte Existenzminimum), womit ein Steuerzahler nur den notwendigsten Lebensunterhalt findet, von jeder directen Besteuerung frei bleibe.

Endlich ist die verhältnismässige Besteuerung nicht gerecht, da z. B. ein Einkommen von fl. 1000, welches bei 5 % Einkommensteuer fl. 50 zu entrichten hat, gewiss viel härter betroffen wird, als ein Einkommen von fl. 5000, auf welches dann fl. 250, oder ein Einkommen von fl. 10 000, auf das fl. 500 Steuer entfallen.

Wenn ersteres 5 % zu entrichten hat, so könnten im zweiten Falle ganz gut z. B. 10 %, im dritten Falle 15 % an Steuer entrichtet werden, dadurch würde der Steuerdruck gewiss gerechter vertheilt.

Diese Art nennt man die progressive Einkommensteuer, welche jedenfalls, wenn die richtige Progression gewählt

wird, als die gerechteste zu bezeichnen ist und in Staaten, wo hohe Verbrauchssteuern auf gewöhnliche Lebensbedürfnisse lasten, die Reich und Arm gleichmässig treffen, einigermassen ausgleichend wirkt.

„Die früher insbesondere häufig vertretene Ansicht (Jacob, Rotteck, Garnier), dass auch die Vertheilung der Steuerlast auf die Einzelnen von ihrem verhältnismässigen Antheil am Genusse der Vortheile des Staatslebens bedingt sein müsse, und dass daher nur das den Gebühren zu Grunde liegende Princip verallgemeinert werden müsse, hat mit Recht vielen Widerspruch in der Theorie gefunden und ist nirgends zur praktischen Ausführung gekommen.“ Vgl. auch das Folgende. *Polit. Handb.* I. 91, Art. *Auflagen*.

Zeitweilige Einkünfte als solche müssen mit bleibenden Einkünften gleich hoch besteuert werden, denn mit dem Aufhören des zeitlichen Einkommens hört auch die Steuer auf. Jedoch kommen sie (z. B. Besoldungen) meistens bei minderm Wohlstande als die bleibenden Einkünfte gleichen Betrages vor, und aus diesem Grunde verlangt man also mit gewissem Rechte, dass sie minder belastet werden sollen (z. B. $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{3}$ minder. Wo ist aber der Masstab zu dieser Beurtheilung?).

Die wechselnden Einkünfte aus Handel und Industrie sind letzter Art. Hier ist aber die Anwendung weit schwieriger und complicierter.

Ersparnisse sollten frei sein, wenn man nur ihren Betrag auffinden könnte; da sie sonst, bei Einkommensteuern, zweimal zahlen müssen, einmal als Theil des Erwerbes (Vermögens), und ferner anhaltend in ihren Früchten, wie das übrige Capital.

167. Steuern sind *direct* oder *indirect*.

Direct nennt man solche Steuern, welche unmittelbar Denjenigen selbst abgefordert werden, welchen man die Last auferlegen will.

Indirect heissen alle jene Steuern, die man Einzelnen (und diesen unmittelbar) abfordert, von welchen man weiss, dass sie den Betrag von Anderen zurück erhalten werden: diesen Anderen, d. h. allen Steuerpflichtigen ausser den wenigen Obengenannten¹, werden sie mittelbar abgefordert (Mill III S. 495 ff., Rotteck *Steuern (indirecte und directe)* S.-L. XIII [1865] S. 788 f.).

¹ Z. B. bei der Schlachtsteuer Allen ausser den Fleischern und bei der Getränkesteuer Allen ausser den Schenkwirten.

Directe (unmittelbare) Besteuerung trifft in der Regel das Einkommen (Vermögen), *indirecte* die Verzehrung (den Verbrauch). Einkommen besteht aber immer aus Grundrente, Capitalgewinn oder Arbeitslohn (Schenkungen und Erbschaften ausser Rechnung gelassen): also könnte man jeden dieser drei Erwerbszweige gesondert besteuern.

168. Mit dem Worte **Einkommensteuer** meint man aber eine Steuer, welche diese Einkommenszweige sämmtlich trifft, wie die „*income-tax*“ in England¹ und die holländischen Umlagen („*hoofdelijke omslagen*“, locale Besteuerung nach Verhältnis des veranschlagten reinen Gesamteinkommens).

¹Vgl. *Einkommensteuer* im *S.-L.* (1860) S. 770 ff., von W. A. Lette, *Grossbritannien und Irland (Politische Statistik)*, VII (1862) S. 29 f., 38, von G. F. Kolb.

Derartige Steuern sollen aus Billigkeits- und Vorsichtsgründen ein gewisses Minimum frei lassen (s. No. 166).

Selbst in diesem Falle, und mit Beachtung der übrigen Billigkeitsregeln von Regierungsseiten, hat solche Steuer grosse Schwierigkeiten bei der Erhebung. Dies ist wohl der Grund, dass sie nicht leicht als einzige Steuer („*impôt unique*“) eines grösseren Staates Anwendung finden wird.

Rotteck *Auflagen* 22, 24 f. Selbst bei Nationen wie der englischen und holländischen besteht ein grosser Widerwille der Privatpersonen gegen das Mittheilen ihrer Vermögensumstände („Scheu vor Vermögensfassion oder „gar Vermögensuntersuchung“, Rotteck a. a. O.) und eine grosse Schwierigkeit für die Obrigkeit, diese dennoch kennen zu lernen. Ganz praktisch ist dazu die holländische Methode: Anweisung der Gemeinden auf solche Steuern (wogegen die indirecten nur vom Staate selbst erhoben werden), da das Vermögen eines Jeden weit genauer an seinem Wohnorte, als in der Hauptstadt ermittelt werden kann; ferner Eintheilung in zahlreiche Vermögensklassen, wodurch auf die Dauer auch der Nachtheil wenigstens theilweise aufgehoben wird, dass man sich beim Abschätzen der Antheile eines Jeden von den eigenen Angaben der Steuerpflichtigen über ihr Vermögen nicht leicht losmachen und also schwer verhindern kann, dass eben die sich selbst redlich abschätzenden härter betroffen werden.

169. Abstract kann man die Steuern eintheilen in die auf:

1. die Güterproduction (z. B. Gewerbesteuer),
2. das erworbene Vermögen (Einkommen), den Erwerb (z. B. Grund-, Besoldungs-, Einkommen-Steuer) und
3. die Verzehrung (den Verbrauch), wie die Fenstersteuer in England, eigentlich Wohnungssteuer, derartig auch in Frankreich, Belgien und Holland. Die Ausgaben werden jedoch überwiegend indirect besteuert (Vgl. Rau, *Consumptionssteuern*, *S.-L.* IV [1860] S. 128 ff.).

170. Grundsteuer ist eine der bedeutendsten Einnahmequellen im Budget der meisten geordneten Staaten.

„Unter den directen Steuern ist die Grundsteuer die wichtigste sowie die natürlichste und allgemeinste.“ Rotteck *Grundsteuer*, *S.-L.* VII (1862) S. 154.

Sie unterscheidet sich in die Gebäudesteuer und in die eigentliche, Baulichkeiten nur gelegentlich betreffende, Grundsteuer. Letztere ist in jeder Hinsicht eine wirkliche Steuer und ist als eine auf längere Zeit festgesetzte Einkommensteuer zu betrachten, wenn sie nach den Kultivierungs-Arten (Feldbau, Wein- und Obstgärten, Wiesen, Wald, Weide, unproductives Land) und nach Bonitäts-Klassen mit Rücksicht auf den Ertrag gerecht vertheilt ist.

Hier ein sehr kurzer Auszug aus Rotteck's Grundsteuer (S.-L.) 159 ff.),

1. „Die allgemeine Belastung der Gründe für den öffentlichen Bedarf ist dahin zu erklären, dass die Steuerschuldigkeit der Grundeigenthümer als eine ihnen als Mitgliedern der Gesellschaft obliegende Pflicht statuiert und anerkannt worden sei.

2. „Die Belastung wird nicht (wie bei einer privatrechtlichen, vertragsmässig verschuldeten Reallast der Fall sein müsste), genau bestimmt für jedes einzelne Grundstück, sondern nach dem jeweiligen öffentlichen Bedarfe — in Krieg und Frieden — festgestellt.

3. „Sollte man selbst annehmen, bei der ursprünglichen Statuierung der Grundsteuer sei wirklich eine Reallast auf Grund und Boden zu legen beabsichtigt worden (was übrigens eine bare Fiction wäre), so konnte diese Verfügung doch niemals bindend für die gesetzgebende Gewalt sein.

4. „In jener früheren Zeit, aus welcher sich die Einführung der angeblichen Reallast herschreiben soll, war erst ein kleiner Theil der Gründe angebaut. Der Wert der seitdem weiter urbar gemachten Gründe (jedenfalls der weitaus grösste Theil des jetzigen Privateigenthums) kann nie und nimmer als ein den Besitzern vom Staate verliehenes Gut betrachtet werden, sondern er ist ihr naturrechtlich vollgiltig erworbenes, weil von ihnen erschaffenes Gut.

5. „Nach solcher Eigenschaft, nämlich als staatsbürgerliche Leistung, d. h. als eigentliche Steuer, wird auch in der vorherrschenden Praxis die Grundsteuer betrachtet und behandelt.

6. „Die Behauptung, dass durch Milderung einer bereits längere Zeit hindurch bestandenen Grundsteuer eine Klasse der Nation, nämlich die Grundbesitzer, auf Unkosten aller anderen, mithin ungebührlich bereichert werde, zerfällt in nichts. Es heisst nicht auf Unkosten Anderer bereichert werden, wenn man blofs einer gegen Recht getragenen Last entledigt wird, mithin blofs erhält, was man von Rechts wegen zu fordern hat; und es ist hierin zwischen der Grundsteuer und anderen Steuern gar kein wesentlicher Unterschied.

7. „Was von der (Aufhebung oder) Ermässigung der Grundsteuer (so wie irgendeiner anderen Steuer) gilt, das gilt auch von ihrer Erhöhung und also auch von ihrer Peraequation oder thunlich gleichheitlichen Regulierung, mit welcher natürlich eine Menge von Ermässigungen und Erhöhungen verbunden ist.

8. „Ist die Grundsteuer, wie wir behaupten, eine wirkliche Steuer, nicht aber eine privatrechtliche Reallast, so kann die Aufhebung bisher bestandener Steuerfreiheiten, ohne Unterschied, ob nur bestimmten Gründen, oder ob ganzen Klassen oder Corporationen, z. B. dem Adel oder der Kirche, in Ansehung ihres Grundbesitzes zustehend, durchaus keinem Rechtsbedenken unterliegen.

9. „Die Idee einer zu gestattenden oder gar zu fordernden Ablösung der Grundsteuer ist eine rechtlich wie politisch gleich verwerfliche.“

171. Gebäudesteuer (engl. *house-tax*), Miethssteuer, Fenster- und Thürsteuer (franz. *contribution personnelle*). Vergl. *Staats-Lexikon* Art. *Grundsteuer*, und zwar Rotteck S. 167 f., W. A. Lette S. 177. Soweit nicht diese Steuern, weil von Baulichkeiten erhoben, als Grundsteuern gelten, treffen sie den Verbrauch, die Ausgaben eines Hausbesitzers oder Hausbenutzers, und zwar nicht indirect wie die Accise, sondern unmittelbar.

¹Als städtische Communalsteuer (Zinskreuzer in Oesterreich) zu empfehlen.

172. Gewerbesteuern (vgl. die engl. *licenses*) treffen die Arbeit, den Erwerb. Wer einen Betrieb ausübt, muss einen Gewerbeschein nehmen, gewissermassen einen Erlaubnisschein zur Ausübung seines Berufes.

173. Noch viele andere directe Steuern sind denkbar: manche davon existieren in verschiedenen Ländern.

Eine der meistgenannten ist die Rentensteuer (Couponsteuer), womit man auch das Vermögen in Wert-Papieren („*en porte-feuille*“) zur Zahlung herbeiziehen will.

Eine solche Besteuerung ist sehr gerecht, weil sich diese Einkommen gewöhnlich jeder Steuer zu entziehen wissen.

Jedoch soll eine solche Steuer nicht von Staaten in Finanznöthen als Besteuerung des Zinsertrages ihrer eigenen bereits ausgegebenen Schuldscheine eingeführt werden.

Als solche ist sie einfach „theilweiser“ Bankerott. Der Inhaber des Coupons, selbst wenn er Angehöriger des betreffenden Staates ist, hat als Gläubiger ein Recht (aus „Privat“verpflichtung) auf den vollen vertragsmässig bestimmten Wert, den sein Schuldner der Staat ihm weder ganz noch theilweise vorenthalten darf.

Dis sogenannte Klassensteuer verdient noch Beachtung.

Brockhaus' 10. Aufl. IV. (1852) Art. über *Klassensteuern*: „Dieser Ausdruck hat eigentlich keine wissenschaftliche Basis, sondern ist nur von der Gesetzgebung einzelner Staaten nach der Modalität der Einrichtung gewisser Steuern eingeführt worden . . . Specieell hat man zuweilen namentlich die Personalsteuern . . . Klassensteuern genannt. Bei der preussischen Klassensteuer wurden 4 Klassen mit 12 Stufen angenommen, wobei in die erste Klasse besonders wohlhabende und reiche Einwohner, in die zweite wohlhabende Grundbesitzer, Kaufleute u. s. w., in die dritte geringere Bürger und Bauern, in die vierte Tagelöhner und Dienstleute gewiesen werden“.

„Als das immer noch einfachste System stellt sich dasjenige dar, was sich aus Grundsteuer, Gewerbesteuer, Personalsteuer und den anwendbaren Verbrauchssteuern und Zöllen zusammengesetzt, wozu allenfalls noch kleinere Gebühren kommen mögen.“

174. *Indirecte* Steuern, sahen wir, sind solche, bei denen nur Einzelnen direct abgefordert wird, was sie, wie man weiss, von Anderen zurück erhalten. Dadurch also erreicht man Alle, aber fast ausschliesslich indirect, d. h. nur Wenige haben unmittelbar mit dem Steuererheber zu schaffen.

Diese Steuern werden so erhoben, dass man sich an den besteuerten Gegenstand hält, gleichviel wer die Steuern zahlt. Also hauptsächlich

1. Ein-, Aus- und Durchfuhr-Zölle (engl. *customs*).
2. Accisen (engl. *excise*). Verbrauchssteuer.

175. Zölle. Dieselben haben im Allgemeinen entweder den Zweck, dem Staate Einnahmen zu verschaffen (Finanz-Zölle) oder die einheimische Industrie zu fördern (Schutzzölle); letzteres hauptsächlich durch Verhinderung der Einfuhr (daher auch Prohibitiv-Zölle genannt).

Unter Einfuhrzoll versteht man jene Abgabe, die für eine ausländische Ware entrichtet werden muss, wenn sie ins Inland

überführt wird. Ausfuhrzoll wird gewöhnlich für inländische Rohstoffe erhoben, wenn sie ins Ausland geführt werden, um dieselbe für die inländische Industrie zu erhalten. Durchfuhrzölle wurden für fremde Waren, die nur durch das Inland geführt werden, um wieder in das Ausland zu gehen, erhoben.

Von Bedeutung sind heute nur die Eingangszölle, welche theils eine bloße Einhebung der Verbrauchssteuer gleich beim Eintritte einer Ware ins Inland darstellen (z. B. Zoll auf Kaffee, Petroleum etc.), theils gleichzeitig zur Förderung der heimischen Industrie dienen sollen (z. B. Zoll auf Manufacturwaren etc.); zu letzterem Zwecke hat man auch Ausfuhrprämien gewährt, welche heute meist dadurch ersetzt werden, dass man inländischen Producenten für die Waren, welche sie ausführen, die dafür bereits entrichtete Steuer zurückersetzt. (Steuerrestitution z. B. für Zucker). Weiteres über das Schutzzollsystem s. No. 193.

176. Accise (Verbrauchs- oder Verzehrssteuern) sind diejenigen indirecten Steuern, welche der Consumtion, m. a. W. gewissen Verbrauchsgegenständen auferlegt werden. Diese kann man eintheilen in

1. Gegenstände, welche zur Befriedigung der wichtigsten Lebensbedürfnisse dienen, nicht bloß Speise und Trank, sondern auch z. B. Seife, Beleuchtungs- und Brennmaterial u. s. w., welche möglichst unbesteuert bleiben sollen.

2. Luxusgegenstände. Davon kann als Steuerertrag nur wenig erhoben werden; die Steuer auf diese Gegenstände kann aber sehr leicht umgangen werden. Soweit man sie anwenden kann, verdient sie Empfehlung. (Vgl. No. 163.)

3. Zur Noth entbehrliche Gegenstände allgemeinen Gebrauches. Diese sind die geeignetsten Steuerobjecte. Eines der allergeeignetsten Steuerobjecte sind die destillierten Getränke (die in England z. B. mit Recht ganz ordentlich taxiert sind), sowie Tabak, Kaffee.

Accise wird grösstentheils wie folgt erhoben:

1. Bei dem Ursprunge, von inländischen Producten, und von auswärtigen Waren bei der Einfuhr.

2. Bei der Lieferung zur Consumtion. Die billigste Art, wäre sie nur öfter möglich.

3. Die Einhebung der Steuern durch Verpachtung ist ein „Nothbehelf in Ermangelung einer geordneten und entwickelten Staatsverwaltungs-Maschinerie“. Sobald der Staat sich seiner Aufgabe wirklich bewusst wird, zieht er die Einhebung aller Steuern an sich.

Bei der heutigen Entwicklung des Staatsgedankens unter den meisten Culturvölkern soll daher von einer Steuerverpachtung nicht mehr die Rede sein. „Selbst wenn die Gesichtspunkte privatwirtschaftlicher Oeconomie wirklich erheblicher wären, würden sie eben nicht entscheiden dürfen; denn die Einhebung der Steuern gilt mit Recht jetzt selbstverständlich als eine öffentlich rechtliche Angelegenheit, die nur von öffentlichen Körpern, wie dem Staate oder eventuell den Selbstverwaltungskörpern, ausgeführt werden darf.“ (Adolf Wagner *Gebühren- und Steuerlehre* [1880], § 565.)

Die Einhebung durch Pächter, welche sich dadurch zu bereichern suchen und dem Staate oft grosse Pachtsummen zahlen, die sie dann mit der grösstmöglichen Rücksichtslosigkeit von den Steuerzahlern aufzubringen suchen, hat noch immer zu den grössten Unzukömmlichkeiten geführt.

Die Klagen über die römischen Steuer- und Zollpächter, über die italienischen und französischen sind sprichwörtlich. Schmäbliche Zustände herrschen in dieser Richtung heute noch besonders in der Türkei.

Am unbedenklichsten erscheint die Verpachtung von Weg- und Brückengeldern, da die Einhebung derselben nicht die ganze Arbeit einer Person verlangt und daher meist als Nebengeschäft betrieben werden kann; auch können hierbei Mißbräuche nicht leicht vorkommen.

177. Localsteuern (Gemeinde-, Bezirks- und Provinzialsteuern) werden am besten nach denselben Regeln wie die Staatssteuern eingerichtet; man kann aber hier weit einfacher handeln, namentlich durch „Umlagen“ direct besteuern.

¹ Z. B. die englische Armensteuer (*poor-rate*) wird an die *parish*, die kirchliche Gemeinde, oder an die aus mehreren *parishes* (Pfarreien) bestehende *union* gezahlt, wobei Staat und Kirche noch völlig vermischt sind. In Holland erheben die Deichverwaltungen (*Waterschapsbesturen*, unter zahllosen Namen) ganz ordentliche Gefälle; ähnlich die Strassenconcurrentz-Ausschüsse und Wasserbau-Genossenschaften in Oesterreich.

II. Staatsschulden.

178. Anleihen. Auf die Dauer erhält der Staat die finanziellen Mittel, deren er bedarf, hauptsächlich aus Steuern; häufig deckt er aber seinen Bedarf aus Anleihen, d. h. aus dem Contrahieren einer Schuld für oft sehr lange Zeit.

179. Der Staat macht, wie jeder Bürger, von seinem Credite sehr verschiedenartigen Gebrauch.

Die hauptsächlichsten Formen der Staatsanleihen sind:

1. Der Staat giebt Zahlungsversprechen aus, „Schatzbons“ (engl. „*exchequer bills*“), welche bis zu einem im Voraus bestimmten Einlösungstermin Zins tragen. Oder solche Zahlungsversprechen geben keinen Zins, können aber jeden Augenblick von jedem In-

haber für den vollen („Nominal-“)wert eingelöst werden, also „Staatsnoten“. (Siehe No. 143.)

2. Gewöhnliche Anleihen. Der Staat verspricht z. B. für jede geborgten 100 fl. einen bestimmte Jahreszins zu zahlen.

Zuweilen bestimmt man, dass innerhalb eines bestimmten Termines das Capital völlig getilgt, d. h. zurückgegeben sein soll, oder dass eine allmähliche Zurückgabe des Capitals erfolgt, so dass nach gewisser bestimmter Zeit auch Alles zurückgezahlt ist.

Oft aber kommt man überein, das Capital überhaupt nicht zurückzugeben, wogegen der Zins immerfort bestehen bleibt (Renten). Staaten — weil ihre Dauer ja unbestimmt ist — finden keine Schwierigkeit bei solchen Anleihen: für Privatpersonen sind sie kaum möglich. Will der Ausleiher sein Capital zurück haben, so verkauft er einfach seinen Schuldschein an der Börse zum Tagescourse (für den „reellen“ Wert); er wird das etwa *al pari*¹ thun können, so lange der Staat seine Verpflichtungen erfüllt.

¹ Freilich nach reduciertem *Pari*, wenn der Zinsfuss zu niedrig ist; so wird z. B. 2½procentige Rente nur halb so hoch, als 5procentige, bei sonst gleichen Bedingungen im Course stehen.

3. Pfand oder Hypothek. Der Staat giebt Anweisungen auf gewisse Güter oder Einnahmequellen als Unterpfänder der Erfüllung seiner eingegangenen Verpflichtungen aus.

Die Ausleiher einer so gesicherten Anleihe wissen nun, dass sie aus jenen Einnahmequellen bezahlt werden, selbst wenn der Staat anderen Verpflichtungen nicht gerecht wird. Diese Form war früher üblicher als jetzt — bei Staaten mit ganz schlechtem Credit geht es oft sonst gar nicht (Salinenscheine in Oesterreich).

Provinzen und Communen sind nicht in so günstiger Lage gegenüber ihren Gläubigern, wie der Staat; sie haben auch manchen dringlichen Bedarf nicht, welcher den Staat drückt, z. B. für das Heer. Sie leihen in der Regel nur zur Ausführung öffentlicher Bauten oder Anlagen.

180. Man kann Anleihen auf verschiedene Weise schliessen: 1. durch Zwang und freiwillig; ersterer kann nur Unterthanen auferlegt werden. Dadurch nimmt ihnen der Staat immer einen grösseren oder kleineren Theil ihres Vermögens ab, denn wäre die Anleihe nicht nachtheilig oder unsolid, so hätte der Staat freiwillige Darleiher gefunden.

Einfordern von noch nicht fälligen Steuern, Bezahlen der Staatsgläubiger (ohne Wahl) mit Schatzbons, oder mit sogenanntem Papier-Geld (uneinlösliche Stücke mit Zwangsкурс) ist auch Zwangsanleihe.

Freiwillig kann man auf verschiedene Art leihen, z. B. durch öffentliches Einschreiben bei dem Staate selbst, oder durch Dazwischenkunft grosser in- oder ausländischer Bankiers.

Anleihen *al pari*, Schuldscheine von 100 fl., Rm., Dollars u. s. w. für ebensoviel erhaltenes baares Geld, à 4, 5 pCt. u. s. w. — Oder zu einem durch Reduction zu findenden Zins, also z. B. 100 fl. „nominell“ für 4%, „ausgegeben zum Course 80“ („reeller“ Wert bei der Ausgabe), m. a. W. ein Schuldschein von 100 fl. für bar empfangene fl. 80, welche also in Wirklichkeit 4 per 80, d. h. 5 pro 100 abwerfen. Letzteres ist üblicher. Vgl. No. 113 S. 55.

2. Durch „schwebende“ und consolidierte Schulden. Staatsnoten können täglich eingelöst werden, Schatzbons u. s. w. laufen nur kurz. Der Betrag solcher Staatsschulden ist also stets wechselnd (schwebend).

Consolidierte Schuld wird für unbestimmte, längere Zeit eingegangen, sowohl auf einen bestimmten Namen (vinculiert), als auf den Inhaber lautend. Letztere sind die bekannten Staatspapiere, welche täglich leicht an den Fondsbörsen verhandelt werden.

Hier ist meistens die Zinszahlung von Staatswegen Hauptsache. Viele Staaten hatten so gewaltig hohe Schulden eingegangen, dass eine Capitaleinlösung einfach nicht mehr möglich war. So kam man dazu, bei Aufnahme einer Anleihe ausschliesslich zu bedingen, dass der Staat nur für die Zinszahlung einzustehen habe. Die Erfahrung zeigte, dass Staaten auf diese Art eben so vortheilhaft, als bei Versprechen der Capitalrückzahlung borgen können. — Ueber die englische Staatsschuld ist interessant Macaulay *Hist.* VII S. 131—144, namentlich 139—142 Tauchn. — Die nordamericanische, früher unbedeutende Staatsschuld ist durch den Bürgerkrieg in 4 Jahren zu mindestens gleicher Höhe mit der englischen angewachsen, wenigstens was den Jahreszins betrifft, der hier entscheidend ist. (*the Econ.*, Sept. 11., 1869).

181. Die Rückzahlung (Amortisation) kann folgendermassen stattfinden:

a Nach gewisser Zeit zahlt man das Ganze auf einmal oder zu bestimmten Zeiten in verhältnismässigen Theilen.

b In Annuitäten. Jährlich wird (für Zins und Tilgung) so viel ausbezahlt, dass nach einer bestimmten Anzahl Jahre Capital und Zinsen rückerstattet sind.

c Durch Leibrenten, lebenslängliche „Renten“, wo jährlich eine gewisse Summe bis zum Tode des Gläubigers gezahlt wird. Die Summe wird nach der wahrscheinlichen Lebensdauer berechnet (und zwar nach Sterblichkeitstabellen), wie bei Lebensversicherungen. Lebt der Gläubiger länger oder kürzer, so kommt der Unterschied ihm oder dem Staate zu Gute. Diese Art ist übrigens ausser Gebrauch gekommen.

182. Lotterie- oder Prämien-Anleihen sind besonders in Oesterreich in grossem Masstabe eingeführt. Die Gläubiger erhalten Lose, worauf dann wie bei einer gewöhnlichen Lotterie Preise oder Nieten fallen, und zwar zum Schaden beider Theile, hauptsächlich weil hohe, wenn auch nur wenige Preise die Spielsucht wecken und oft die Geringfügigkeit der Chancen der Beachtung entziehen und nur Einzelne sich bereichern, während Unzählige die Zinsen verlieren. Auch dem Staate kommt diese Anleihenart gewöhnlich sehr hoch zu stehen. Man gewährt daher jetzt gewöhnlich eine mässige Verzinsung und verringert die Treffer.

Besonders volkswirtschaftlich schädlich ist die in Oesterreich noch bestehende sogenannte „kleine Lotterie“.

183. Eine Verringerung seiner Schuld kann der Staat auch dadurch herbeiführen, dass er seine eigenen Schuldscheine auf offenem Markte zusammenkauft. Wenn auch nicht hiezu verpflichtet, kann der Staat oft wünschen sein Schuldcapital zu verringern, m. a. W. lieber auf einmal eine grosse Capitalausgabe zu machen, als fortwährend Zinsen zu zahlen.

Wenn z. B. Schuldscheine am Capitalmarkte gedrückt sind, so kann ein Staat — wenn er in solchem Falle nur Geld disponibel hat — seine eigenen Schuldscheine auf offenem Markt wohlfeiler einkaufen. — Auch Domänen bieten gewöhnlich minderen Zinsenertrag, als der Zins für die Staatsschuld beträgt: es ist also mitunter vortheilhaft, sie allmählich abzusetzen und dafür Schuldscheine rückzukaufen.

184. Es giebt verschiedene Arten von Schuldconversionen, das sind Finanzoperationen, wo man den Schulden andere Formen giebt.

„Repudiation“, wie einige Nordamericanische *states* oder die Türkei sie begangen haben, ist einfach Bankerott. Man weigerte sich, von der einmal eingegangenen Schuld das Capital (falls es versprochen war), oder den Zins, oder beide, zu zahlen.

III. Handels- und Verkehrs-Politik. Freihandels- und Schutz-Systeme.

185. Zwei Personen oder mehrere, wie wir sahen, können tauschen.

S. No. 10 ff. — Gegenstand um Gegenstand, oder um Dienst, oder Dienst um Dienst.

Falls sie keine anderen Interessen berücksichtigen und die nöthige Vernunft und Kenntniss anwenden, tauschen sie gleiche Werte.

Also muss man beurtheilen, ob die Werte gleich sind. Wenn die Tauschenden allein beurtheilen, ist das Freiheit des Handels, **freier Verkehr**.

Ein Jeder also rechnet und handelt so: meine Ware oder Arbeit schätze ich so hoch, z. B. so viel Gulden gleich. Dafür bietet man mir jene andere Ware oder Arbeit. Ich schätze sie der meinigen gleich oder höher als sie, und tausche also. Oder ich schätze sie minder wert als meine und tausche deshalb nicht.

186. Diese Freiheit des Handels oder des Tausches ist allezeit von verschiedenen Seiten beeinträchtigt worden.

Jeder Stärkere will den Schwächeren zu solchem Tausche bringen, welche ersterem den grösseren Vortheil zuwenden. Also mit Gewalt oder List, oft sogar durch Raub oder Betrug.

187. Etwa seit zwei Jahrhunderten hat man auch die Einschränkung des Handels (Tausches) seitens der Regierungen mit der Absicht das Wohl des eigenen Staates und seiner Bewohner zu fördern, vorgenommen. Eines der wichtigsten, aber keineswegs ein zweckentsprechendes System war das Mercantilsystem.

188. Die Mercantilisten schlossen so: Je mehr Gold und Silber in einem Lande, um so reicher ist es.

Also soll dieses Land Güter über die Staatsgrenze exportieren und gegen Gold und Silber umtauschen. Je mehr Ausfuhr, um so reicher das Land.

Ganz aber ohne Einfuhr in das Landesgebiet gieng es nicht: nicht ganz ohne den Umtausch Goldes und Silbers gegen andere ausländische Waren.

Man hielt sich also um so viel reicher, als der taxierte Geldbetrag der Ausfuhr den der Einfuhr übertraf. Diesen Ueberschuss nannte man eine günstige Handelsbilanz.

189. Damit ein Land mehr exportieren könne, muss es durch seine Landwirtschaft und seine Fabriken mehr hervorbringen. Bodenertrag kann durch directe Regierungsmassregeln nicht leicht vermehrt werden. Fabriken dagegen können mehr hervorbringen, wenn sie z. B. wohlfeilere Rohstoffe anwenden.

Also belegte man fremde Fabrikate mit schweren Eingangszöllen, und liess fremde Rohstoffe bei der Einfuhr so gut als frei¹. Die Ausfuhr einheimischer Rohstoffe ward durch Zölle möglichst erschwert, Fabrikate aber genossen bei der Ausfuhr manches Vorrecht, oft selbst Prämien.

¹ Z. B. Colbert, s. No. 132 Anm. 1. Hauptsächlich in seinem Tarife von 1667, „equivalent to a declaration of war against the Dutch.“ Travers Twiss S. 71. Vgl. Mill V. x § 1 S. 553 ff., und über Colbert C. Arenz, *Colbert*, Prag 1865.

190. Wäre diefs die wahre Handelspolitik, so würden alle Staaten danach streben sie zu verfolgen, und zwar um so mehr, je nachdem sie ihr Interesse besser verstehen, wodurch das System von selbst sich hinfällig erweisen würde.

191. Auch rein finanziell ist das Mercantil-System in seiner ursprünglich starren Form nachtheilig. Man pflegt dies an einem bekannten, wohl etwas sophistischen, Beispiele zu zeigen. Ein Schiff verlässt z. B. den Hafen von Bordeaux mit einer Ladung im Werte von 100,000 Francs. Diese Ladung wird vorthellhaft verkauft, und die Retourfracht, gleichfalls vorthellhaft verkauft, und zwar um 150,000 Francs; demnach ergibt sich 50,000 Francs Ueberschuss der Einfuhr über die Ausfuhr: also hat das Land, nach dem Mercantilsystem, diese 50,000 Francs verloren!

Wäre aber jenes Schiff mit seinen 100,000 Francs an Waren völlig untergegangen, dann hätte, was diesen Posten betrifft, umgekehrt die Ausfuhr 100,000 Francs über der Einfuhr gestanden,

und diese versunkenen 100,000 Francs sind also nach dem Mercantilsystem reiner Gewinn.

192. Der Grundgedanke dieses Systems ist eben falsch. Wenn der Satz wahr wäre: je mehr Gold und Silber in einem Lande, um so reicher ist es, dann wäre auch die Ungereimtheit wahr: es giebt keinen Reichthum ausser Gold und Silber¹.

¹ Rott. u. Welck a. a. O. S. 388, 389. Nämlich: das eine Land hat z. B. 500 Millionen Wert an Gold und Silber, das andere nur 400. Man sagte: also ist ersteres um soviel reicher, (hier um 100 Millionen). Ist das aber wahr, so gelten alle anderen Waren einfach für Null, selbst wenn das eine Land, z. B. Mexiko, nur 100 Millionen anderer Waren besässe, das andere z. B. England, Tausende von Millionen.

Man beachte nur das öfter hervorgehobene: Geld, oder Gold und Silber, ist nicht das einzige Vermögen, der einzige Reichthum. Gold und Silber, oder Geld, in sofern es seinen Wert betrifft, ist nur die am meisten courante Ware, die Ware, welche man jederzeit ohne Mühe gegen jede andere vertauschen kann.

193. Das Schutzsystem. Wenn sich nun aus dem Angeführten ergibt, dass das Mercantilsystem von falschen Grundsätzen ausgieng, so muss doch berücksichtigt werden, dass sich aus demselben allmählig das Schutzzollsystem oder kürzer ein Schutzsystem herausbildete, welches sich unter gewissen Umständen für das geschützte Land sehr vortheilhaft erwies, was allerdings die Anhänger des Freihandelssystems nicht zugeben wollen. Aber hier gilt mehr als irgendwo der Grundsatz: „Eines schickt sich nicht für Alle.“

Mit theoretischen Gründen lässt sich das Freihandelssystem, wonach Handel und Verkehr auf der ganzen Erde uneingeschränkt bleiben soll (*laissez faire, laissez passer*) sehr gut vertheidigen; aber die Erfahrung lehrt, dass alle Industriestaaten so lange das Schutzzollsystem beibehielten, bis sie sich gegen auswärtige Concurrenz im Allgemeinen sicher fühlten und dass auch die volle Verkehrsfreiheit im Innern nur zur Bereicherung Einzelner und Verarmung der Massen geführt hat, weshalb Schutzzölle, Wuchergesetze, Heimstätten-gesetze, Gesetze zum Schutze der Arbeiter (Einschränkung der Arbeitszeit, der Kinder- und Frauenarbeit), Gewerbeordnungen, Patent- und Markenschutzgesetze etc. gerade in hochcultivierten Staaten bestehen.

Völker, welche vorwiegend vom Handel leben, sind selbstverständlich für den vollen Freihandel (wie Holland); desgleichen haben reine Agriculturstaaten kein Interesse an Schutzzöllen, da sie die Industrieerzeugnisse billigst vom Auslande beziehen wollen und in ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht leicht eine Concurrenz zu fürchten haben, ebenso werden jene Staaten, welche die in

einem gegebenen Zeitalter am meisten entwickelte Industrie besitzen, gegen Schutzzölle sein (z. B. England), weil sie dadurch verhindert werden mit ihren Fabrikaten die ganze Welt zu überschwemmen und ihrerseits die Einfuhr ausländischer Fabrikate nicht zu fürchten brauchen.

194. Die Erfahrung lehrt, dass sich das Schutzzollsystem als zeitweilige Uebergangseinrichtung sehr heilsam erweist. Die Schutzzölle müssen dann so hoch gestellt werden, dass sie die Differenz ausgleichen, um die sich die Produktionskosten im Inlande aus verschiedenen Gründen¹ höher stellen, als im Auslande. Vernünftiger Weise sollen nur solche Producte geschützt werden, welche naturgemäss im Inlande überhaupt erzeugt werden können.

¹ Die Mehrkosten des inländischen Erzeugers können dadurch entstehen, dass er noch nicht die geeigneten geschickten Arbeiter besitzt, dass die Abgaben an den Staat höher sind, dass die Arbeitskräfte theurer, die Verkehrsverhältnisse noch nicht so entwickelt sind etc.

195. Würde man nach der Ansicht der Freihändler unter allen Umständen auf jeglichen Schutz verzichten, so könnte sich kein Staat entwickeln, der erst später, aus was immer für Gründen, von einem reinen Agriculturstaate zu einem Industriestaate übergehen will. Wer wird aber seinem Vaterlande zumuthen, dass es für immerwährende Zeiten nur Landwirtschaft treibe und die Industrieproducte vom Auslande beziehe, obwohl sie ebenso gut im Inlande erzeugt werden könnten? Sollen wir z. B. die Wolle unserer Schafherden billig an's Ausland verkaufen und das daraus hergestellte Tuch dann vom Auslande theuer zurückkaufen? Wir handeln doch gewiss vernünftiger, wenn wir die Wolle im eigenen Lande zu Tuch verarbeiten, mag es auch anfänglich Schwierigkeiten bereiten, wenigstens werden wir nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Staaten geraten; ferner muss beachtet werden, dass im Inlande unzählige Menschen Erwerb suchen und solchen bei der Landwirtschaft auf die Dauer nicht alle finden können; sollen diese etwa die Heimat verlassen und im Auslande als Fabriksarbeiter Verwendung suchen?

Dazu kommt, dass die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft auf industriellem Gebiete eine bedeutende Vermehrung des Volksvermögens herbeiführt, wie sie durch die Landwirtschaft kaum denkbar ist.

196. Das Freihandels-System. Als in England das Schutzzollsystem sich überlebt hatte und besonders das Fortbestehen der Kornzölle in einem so hochentwickelten Industriestaate mit grossartigem Städtewesen thatsächlich die Mehrzahl der Bevölkerung — zumeist bestehend aus Fabriks- und Bergwerks-Arbeitern — arg bedrückte, ging von Manchester eine Agitation zu Gunsten allgemeiner

Einführung der Handelsfreiheit aus. (Deshalb nennt man die Freihändler auch Manchestermänner.)

Im Jahre 1839 ging eine von Cobden verfasste Petition um Aufhebung der Kornzölle an das englische Parlament und zur nachhaltigen Propagierung der Freihandelslehre gründete Cobden einen Verein in Manchester (Anti-corn-law-league), der es endlich im Jahre 1846 durchsetzte, dass in England mit dem Schutzsystem gebrochen wurde. Von England wurde die Agitation auch auf das übrige Europa verpflanzt, und selbst Staaten, welche das Schutzsystem noch lange nicht entbehren konnten, neigten mehr oder weniger dem Freihandel zu. Erst die letzten Jahre haben einen Umschwung zu Gunsten des Schutzsystemes wieder herbeigeführt, was insbesondere von den grossen mitteleuropäischen Staaten, dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn gilt.

197. Die Freihändler führen gegen das Schutzsystem an, dass dadurch die Freiheit des Einzelnen in wirtschaftlicher Richtung vielfach eingeschränkt werde, insbesondere werde der Einzelne durch die Schutzzölle verhindert, eine Ware dort zu kaufen, wo er sie am besten und billigsten erhält; weiters behaupten sie, dass zu Gunsten einzelner Producenten (Fabriksbesitzer und Gewerbetreibhaber) die weitaus grössere Anzahl der Consumenten und — da eigentlich jeder Mensch in Bezug auf alle Producte, die er nicht selbst erzeugt, Consument ist, — die Gesamtheit benachtheiligt werde; es müsse z. B. ein Bewohner Oesterreichs ein Stück Tuch, welches er bei voller Handelsfreiheit von England etwa um fl. 20 erhalten könnte, aus einer österreichischen Fabrik — vielleicht noch der Qualität nach schlechter — um fl. 25 — zahlen; es sei daher der Oesterreicher, welcher Tuch braucht, in diesem Falle um fl. 5 geschädigt.

Bei diesen Schlussfolgerungen ist ausser Acht gelassen, dass jeder Staat für sich ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet bildet, und dass innerhalb dieses Gebietes die einzelnen Wirtschaftszweige so innig zusammenhängen, dass das Gedeihen des einen Zweiges nur stattfindet, wenn auch die übrigen Zweige gedeihen und umgekehrt.

Ein Volk bringt das Opfer des Schutzzolles, weil es dadurch sein eigenes Arbeitsgebiet ausgiebig erweitert und sichert. Wie viele Menschen finden heute in den Fabriken und Gewerben ihren Lebensunterhalt; und die Arbeitsverdienste derselben werden hauptsächlich wieder für Lebensmittel ausgegeben, die zumeist die Producte der heimischen Landwirtschaft bilden; je kauffähiger aber die gewerbefleißige Städtebevölkerung ist, desto günstiger gestaltet sich die Lage der Landwirtschaft.

Weiter beachte man, wie viele Menschen Arbeit finden bei den verschiedenen Handels- und Verkehrsunternehmungen, die sich auch nur dann entwickeln und erhalten können, wenn eine blühende Industrie und Landwirtschaft ausgiebige Waren-Umsätze veranlasst.

Wer wird endlich für die Pflege von Kunst und Wissenschaft, für die ganze Erhaltung des modernen Staats-Organismus, der so ungeheure Anforderungen an die Steuerkraft der Völker stellt, die Mittel aufbringen, wenn die Bewohner des Staates, nur Ackerbau und die einfachsten Gewerbe treibend, die wenigen Arbeitsproducte, welche abgegeben werden können, zur Bezahlung der nöthigsten Industrieartikel an das Ausland, und zur Erhaltung der verarmten Volksgenossen verwenden müssen!

Wenn ein Arbeiter fl. 1 Tageslohn verdient, wovon 20 % das Schutzsystem verschlingen würde, so ist er wohl noch immer besser daran, als wenn er ohne Schutzsystem etwa 50 kr. Tagelohn erhielte oder möglicher Weise gar keine Arbeit finden würde.

Die grösste wirtschaftliche Calamität besteht aber dann, wenn zahlreiche fleissige Arbeiter trotz aller Bemühung keine Arbeit finden können. Alles, was dazu beiträgt, das heimische Arbeitsgebiet zu erweitern, hilft diesem unverschuldeten Elende mehr oder weniger ab, und das Schutzsystem, sahen wir, trägt hierzu sehr viel bei; während der Freihandel und überhaupt die zügellose Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiete dahin führt, dass sich einzelne Staaten und in denselben wieder nur einzelne Personen ganz ausserordentlich bereichern, dagegen viele andere Staaten und die grosse Masse der Bevölkerung überhaupt verarmen. Dadurch werden aber sociale Zustände herbeigeführt, die der Kultur und der gesellschaftlichen Ordnung überhaupt höchst gefährlich werden müssen; glücklicher Weise veranlasst der Selbsterhaltungstrieb in der Regel die Staaten, rechtzeitig in die richtigen Bahnen zurückzukehren; wo dies nicht geschah, dort mussten selbst grosse Reiche zu Grunde gehen. (So ist das römische Kaiserreich hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen so rasch verfallen.)

198. Ein weiterer Einwurf gegen das Schutzsystem geht dahin, dass es nur zu Gunsten der faulen und untüchtigen Producenten bestehe, um sie vor jeder Concurrenz zu schützen, dass in Folge dessen sich in einem solchen Staate die Industrie nicht entsprechend entwickeln könne und nur künstlich fortgefristet werde.

Dieser Einwurf ist eben so ungerechtfertigt, als wenn man einem Kinde daraus einen Vorwurf machen würde, weil es noch nicht so geschickt und erfahren ist, wie ein Erwachsener.

Gegenüber dem Vorwurfe, dass das Schutzsystem keine gesunde Industrie erzeuge, sondern blosse „Treibhauspflanzen“ bemerkt List, dass dann auch unsere meisten Obstbäume, Weinstöcke „Treibhauspflanzen“ wären“. (Auch diese müssen in den ersten Jahren ihres Wachstumes Stützen gegen Stürme, Einhüllungen gegen Frost etc. erhalten). Ja selbst die Menschen werden in den Treibhäusern der Kinderstube, der Schule etc. erzogen.

Und Neurath vergleicht die Handelsfreiheit mit einem Winde, der ein schwaches Feuer ausweht, ein starkes anschürt.

Dass die Concurrenz ein mächtiger Ansporn zur Arbeit und zum Fortschritte ist, wird Niemand leugnen; aber innerhalb eines grossen Staatsgebietes wirkt die Concurrenz noch immer mächtig genug; es wird sich allerdings empfehlen die durch ein Schutzsystem gedeckten Gebiete möglichst gross zu machen, was sehr leicht geschehen kann, wenn zwei oder mehrere Staaten mit verwandten wirtschaftlichen Verhältnissen ein gemeinschaftliches Zollgebiet bilden und auch die wirtschaftliche Gesetzgebung im Inneren möglichst gleichmässig gestalten. Dann werden die durch das Schutzsystem im Laufe der Zeit sich etwa ergebenden Nachtheile möglichst ausgeglichen werden; die einzelnen Industrien werden sich in jenen Gegenden entwickeln, wo sich die günstigsten Vorbedingungen finden, die Landwirtschaft wird dort, wo ein intensiver Betrieb noch Vorteile bringt, alle Kräfte beschäftigen, der Handel hat Spielraum genug, um sich frei zu entwickeln, und das Städtewesen wird sich gleichmässiger gestalten; Absatzkrisen werden seltener vorkommen und insbesondere nicht solche, welche das Ausland erschüttern, auch ins Inland herüberspielen; es wird also die Zolllinie wie eine Contumaz gegen ausländische, wirtschaftliche Krankheiten wirken.

Die Arbeiter-Bevölkerung wird sesshafter werden, weil bei stetig sich entwickelnder Industrie für Wohnung, Ernährung und Invaliditäts-Versorgung der Arbeiter besser vorgesorgt wird, als unter der Herrschaft des Freihandels, welcher den Arbeiterstand international, d. h. vaterlandslos, macht, da er ihn zwingt, in der Welt herumzusuchen, wo zufällig „die Verhältnisse für den Betrieb eines Industriezweiges am günstigsten sind.“

199. Handelsverträge. Zwischen den einzelnen Staaten werden meist Handelsverträge geschlossen, wobei jedoch oft die politischen Gründe mehr Einfluss ausüben, als die wirtschaftlichen. In viele Handelsverträge hat man in den letzten Jahrzehnten die sogenannte „Clausel der meistbegünstigten Nationen“ aufgenommen: d. h. es wird in einem Verträge der z. B. zwischen Oesterreich und Frankreich abgeschlossen wird, festgesetzt, dass, falls Frankreich irgend einem anderen Staate günstigere Bedingungen einräumen sollte, als in dem vorliegenden Verträge, enthalten sind, dieselben auch sofort für Oesterreich gelten sollen.

200. Dem Zustandekommen der Handelsverträge gehen oft harte wirtschaftliche Kämpfe voraus; so spricht man von Kampfzöllen, wenn einem fremden Staate, der unsere Ausfuhr dahin beeinträchtigen will, ähnliche oder noch höhere Zollsätze auf Waren, die er

zu uns einzuführen pflegt, auferlegt werden. Allerdings kann auf diese Weise in wirtschaftlicher Richtung dem eigenen Lande schwerer Nachtheil erwachsen; der stärkere Staat zwingt den schwächeren zum Eingehen bestimmter Vertragspunkte, sowie auch ein Staat, welcher zum Vertragsabschlusse nicht die richtigen Männer absendet, leicht übervorthelt werden kann.

Deshalb empfiehlt es sich, wenn jeder Staat durch die inländische Gesetzgebung — ohne sich an das Einholen der auswärtigen Zustimmung zu binden — seinen Zolltarif festsetzt. (Autonomer Zolltarif); derselbe kann dann nach der Erfahrung oder bei geänderten Verhältnissen leicht verbessert werden. Es bleibt dann die heimische Industrie und Alles, was mit derselben in Verbindung steht, nur abhängig von der eigenen Regierung, die doch selbst das grösste Interesse hat, nur das zu veranlassen, was den heimischen Gewerben nützt.

201. Ausfuhr-Prämien und -Verbote. Die anderen Arten des Schutzes der heimischen Industrie, durch Ausfuhrverbote auf Rohstoffe und Ausfuhrprämien auf Fabrikate sind wirkungslos und tragen nur zur Verwirrung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei; es kann hierbei sehr leicht eine Ausnutzung der Gesamtheit seitens einzelner raffinierter Speculanten stattfinden. Durch Ausfuhrprämien werden nur die Ausländer auf unsere Kosten billigere Waren erhalten und durch Ausfuhrverbote von Rohstoffen würde der inländische Fabrikant dem heimischen Erzeuger von Rohstoffen beliebige Preise machen können; es muss auch dem Erzeuger von Rohstoffen, wie dem Fabrikanten seitens der inländischen Gesetzgebung unbenommen bleiben, für seine Producte die besten Absatzgebiete aufzusuchen.

Ausfuhrverbote können nur bei ausserordentlichen Anlässen nothwendig sein; so wird gewöhnlich vor und während eines Krieges das Verbot: Waffen, Munition, Pferde etc. auszuführen, erlassen. Vorübergehend kann auch in einem Mifsjahre die Ausfuhr der wichtigsten Lebensmittel verboten werden.

Dagegen kann der Staat die Ausfuhr dadurch begünstigen, dass er für billige Verkehrswege (Tarifpolitik) und kräftige Unterstützung inländischer Kaufleute im Auslande (Consulate), Ermöglichung der Betheiligung inländischer Fabrikanten an Ausstellungen, Sicherung von Absatzgebieten in anderen Ländern und Welttheilen (Colonien) sorgt. Sehr vortheilhaft ist es für die Ausfuhr eines Staates, wenn sich besonders jüngere kaufmännisch gebildete Männer einige Jahre in anderen Welttheilen niederlassen, um dort für die Industrie ihres Heimatlandes thätig zu sein. (So in der Schweiz.)

202. Durchfuhrzölle hatten nur den Zweck, dem Staate eine Einnahme zu sichern, und kommen in dieser Form nicht mehr vor; wenn man aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen die Durch-

fuhr ausländischer Waren erschweren will, hilft man sich durch die Erhöhung der Frachttarife der Eisenbahnen und Dampfschiffe für ausländische Waren, während die inländischen Waren Vorzugstarife genießen. Auf diese Weise kann der heimischen Production genützt werden, indem ihr ein Absatzgebiet in einem Nachbarstaate gesichert wird.

VIERTER ABSCHNITT.

Andere gemeinschaftliche Gegenstände ökonomischer Natur.

I. Bevölkerungslehre.

Vgl. fortdauernd Roscher, 5tes Buch, Bevölkerung, S. 484 ff.

203. Nach dem in No. 80 Angeführten können wir als feststehend annehmen: die Bevölkerungszunahme kann wohl auch durch andere Hindernisse erschwert werden, jedenfalls aber dadurch, wenn eine vermehrte Bevölkerung die nothwendigen Existenzmittel entbehren muss.

Das in No. 105 über das Lohncapital Gesagte, gilt hier noch strenger:

nothwendige Unterhaltsmittel
Gesamtzahl der Bevölkerung der betreffenden Gegend = dem Antheile eines Jeden.

Sind nun die Unterhaltsmittel geradezu die nothwendigen, zur Existenz unentbehrlichen, ist wirklich der „standard of comfort“ bis zu dem niedrigst möglichen Punkte gefallen, so dass eines Jeden Antheil nicht noch mehr abnehmen kann, ohne zur Existenz ungenügend zu werden, so kann die Menschenzahl unbeding nicht mehr wachsen.

Der „standard of comfort“ ist selten ganz so niedrig als möglich: würde er dann wirklich noch tiefer sinken, so entstünde factische Verminderung der Bevölkerung durch Hungersnoth. In Irland sank dieser *standard* fortwährend, also ward eines Jeden Antheil fortwährend geringer: die Nahrung z. B. bestand zuletzt allein aus den wohlfeilen aber wenig nährenden Kartoffeln, die Bevölkerungszahl aber war, wie folgt:

| | | | | | | | | |
|---------------|------|-------------------|------|------|------|-------------------|-------------------|------|
| Um | 1695 | 1754 ¹ | 1805 | 1823 | 1841 | 1851 ² | 1861 ³ | 1867 |
| 1034 Tausend. | 2372 | 5395 | 6802 | 8175 | 6515 | 5799 | 5557 Tausend. | |

¹ „Wo der Kartoffelbau allgemeiner wurde.“ Roscher § 240 S. 488.

² Nach der furchtbaren Verbreitung der Kartoffelseuche und der Hungersnoth 1846—47. Als es auch nicht Kartoffeln genug mehr gab, folgte Hungertod.

³ Die 2 1/2 Millionen Menschen sind grösstentheils, nicht nur nach Amerika, sondern sehr viele auch nach der industriellen Westküste Englands, ausgewandert; es bleibt aber wahr, dass trotz der eifrigsten und ausgedehntesten Hilfe von Staats- und Privatseiten der Hunger geradezu Tausende und durch seine Folgen, Elend, Hungertyphus, andere Krankheiten, Hunderttausende getödtet hat.

Wo es Unterhaltsmittel giebt, kann die Bevölkerung durch Geburten, Einwanderung u. s. w. gewaltig wachsen, und zwar nicht bloss auf neuem Boden, wie in Nordamerika. Das schon früher verhältnismässig sehr dicht bevölkerte Lancashire zählte an Einwohnern:

| 1760 ⁴ | 1801 | 1831 | 1841 | 1851 ⁵ | 1861 |
|-------------------|------|------|------|-------------------|---------------|
| 297 Tausend | 672 | 1336 | 1667 | 2064 | 2429 Tausend. |

⁴ Also kurz vor der Einführung der grossen Maschinenindustrie. Roscher, § 240 S. 490, Anm. 6.

⁵ Also in den 30 Jahren 1831—61 beinahe verdoppelt, unter diesen Umständen weit beachtenswerter, als in Amerika. — Roscher § 238 *aff.* S. 484 ff.

204. Dagegen wäre es nicht richtig, wenn man behaupten würde, dass es überall soviel Bevölkerung giebt, als die Unterhaltsmittel zulassen.

Eine Familie bildet sich „partout où une famille peut vivre à l'aise.“ Montesquieu. „Die Regel, dass sich die Bevölkerung überall so weit auszu-dehnen strebe, wie der Spielraum der Unterhaltsmittel irgend verstattet.“ Roscher § 242 S. 496 Anm. 10.

„Ich habe grossen Widerwillen gegen die grundlegenden Sätze von Malthus' System, aber selbst seine Gegner haben die von ihm zur Stütze derselben angeführten Thatsachen über das Verhältnis in der Zunahme der Bevölkerung und der Production bisher für unbestreitbar gehalten; hier hat mir nun Niebuhr eine Reihe authentischer Data gegeben, um zu zeigen, wie wenig sie stimmen. Z. B. sind weder Deutschland noch Schweden und Dänemark, noch Italien, noch Frankreich heute annähernd so volkreich wie im Mittelalter; in einigen Theilen Deutschlands nicht einmal so, wie sie es vor dem dreissigjährigen Kriege waren.“ Bunsen, 1. Nov. 1819 aus Rom. *Chr. C. J. Frhr. v. Bunsen, von seiner Witwe*, Brockhaus 1868, 1. Th. S. 168. Schon in Caesar's Zeit war die damalige ziemlich genau bekannte Bevölkerung Frankreichs nicht viel geringer als die jetzige, gewiss nicht als die von 1789. Borneo und Sumatra, unter beinahe genau denselben klimatischen u. s. w. Verhältnissen, wie Java, und jedes 4 Mal so gross, sind zusammen nur (absolut) halb so bevölkert. China und die Gangesniederung gehören zu den am dichtesten bevölkerten Ländern der Welt, Hinterindien ist sehr dünn bevölkert. Ebenso Polen und die Russischen Provinzen am Schwarzen Meere, wo doch wenigstens Korn im Ueberfluss ist, Südamerika, darunter das herrliche Stromgebiet des Amazonas, u. s. w. — Sumatra's Bevölkerung ist nicht dichter als die von Norwegen.

205. Soviel aber ist wahr, dass in verschiedenen, hauptsächlich mehr stationären gesellschaftlichen Kreisen, z. B. unter Landwirten, Handwerkern, sehr oft die eine Familie nicht begründet wird, ehe der Tod oder Rücktritt einer anderen der ersteren einen Platz (eine Bauernstelle, eine Werkstätte) eröffnet.

S. Beispiele bei Roscher, § 239 mit Anm. 3 S. 486 f., § 247 mit Anm. 4 S. 514 ff.

206. Sogenannte „Uebervölkerung“ (und überhaupt Bevölkerungsdichtigkeit) darf übrigens nicht nach der blossen Ausdehnung eines Landes beurtheilt werden: man muss dessen ganze Naturbeschaffenheit in Rechnung ziehen.¹

¹ M. a. W. nicht bloss nach der Einwohnerzahl auf die □ Meile.

Z. B. Java ist etwa 4 Mal so gross als Niederland, und hat etwa 4 Mal soviel Einwohner. Also ist Java zwar verhältnismässig gleich dicht, aber für ein tropisches Land verhältnismässig weit spärlicher bevölkert.

Auch bei mehr entwickelter Industrie u. s. w. wird eine grössere Menschenzahl auf derselben Oberfläche eben so gut existieren können.

Grosse Dichtigkeit der Bevölkerung in den nordböhmisches oder sächsischen Industriebezirken.

207. Kriege haben auf die Bevölkerungszahl weniger Einfluss, als man leicht meinen würde: selbst in den verlustreichsten Schlachten fällt nur ein verhältnismässig kleiner, bald ersetzter Theil. Der erlittene Verlust lastet aber besonders in Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht schwer auf dem Wohlstande der Bevölkerung: die Umgekommenen und überhaupt die Waffentragenden haben gerade die Kraft (die Lebensjahre u. s. w.), womit sie sonst die productivsten Arbeiter gewesen wären. Dazu kommt noch, dass die grosse Anzahl der durch Verwundungen und Krankheiten invalid Gewordenen sammt ihren Familien vom Staate erhalten werden müssen.

Roscher § 241 S. 490 ff. — Hier ist nur von dem directen Menschenverlust der Heere selbst die Rede. Elend, Verwüstung, improductive Ausgaben (also Werterstörung), Seuchen, Verkehrshemmung u. s. w., geschweige der moralischen Folgen, sind hier ausser Rechnung gelassen.

208. Die Lebensart¹ hat sehr grossen Einfluss: schlechte Lebensweise tödtet hauptsächlich die Schwächsten, also Arme, Kinder, Alte u. s. w. — In Zahlen ausgedrückt, sagt man, dass dadurch die „mittlere² Lebensdauer“ niedriger als sonst steht.

In Paris z. B. war 1822—26 die verhältnismässige Sterblichkeit in allen 12 *arrondissements* grösser oder kleiner, je nach der Armuth oder dem Reichtum: das reichste (2te) hatte einen Todesfall auf 71 Einwohner, das ärmste (12te) einen auf 44, mit beinahe regelmässiger Abstufung. Eine gleichartige Eintheilung Manchesters in 9 Klassen ergab Abstufung von 1/51 bis 1/25. Roscher § 242 mit Anm. 5 S. 495 ff.

¹ Also schlechte Nahrung, Wohnung (Mangel reiner Luft), Kleidung und Kinderaufsicht; dann Unreinlichkeit, Unmässigkeit, schlechtes Trinkwasser, Verbreitung des Brantweingenussses u. s. w.

² „*Vie moyenne*“, d. h. die Verstorbenen haben im Durchschnitte so lange gelebt. „*Vie probable*“, d. h. zu jener Zeit ist von einer gegebenen Anzahl Geborener noch die Hälfte am Leben. Roscher § 246 Anm. 1 S. 510.

209. Bei gleicher Bevölkerungszahl ist die Arbeitskraft¹ einer menschlichen Gesellschaft dann am grössten, wenn das Verhältnis der kräftigen Erwachsenen den Jüngeren und Aelteren gegenüber am grössten ist.

Roscher § 248 S. 517 ff. Kinder und Greise sind in der Regel ökonomisch improductiv.

¹ Und die Volkskraft in anderer Hinsicht. Dass Napoleon 1814 so wenig von der Bevölkerung unterstützt wurde, lag zwar an dem Widerwillen gegen seine Regierungsart, dem Waffenmangel u. s. w., aber sehr bestimmt auch daran, dass durch seine Kriege zwar nicht die totale, aber doch die wehrhafte Bevölkerung gewaltig verringert war.

„Es gehört zu den unzweideutigsten Fortschritten der europäischen Nationen in den letzten Jahrhunderten, der mittleren Lebensdauer eine beträchtliche Zeit hinzugefügt zu haben“. . . Nun wird zwar kein Vernünftiger das blosses Leben als „der Güter höchstes“ (Schluss von Schillers *Braut von Messina*) betrachten, aber eine durchschnittliche Verlängerung desselben lässt doch mit grosser Wahrscheinlichkeit auf eine Verbesserung des Unterhaltes, der Gesund-

heitspflege u. s. w. selbst für die niederen Stände schliesser, welche doch allenthalben die grosse Mehrzahl der Bevölkerung bilden. *Aisance est vitalité.*"

210. Nach dem Obigen dürfen wir also sagen:

1. Die Bevölkerungszahl, m. a. W. die grössere Bevölkerungsdichtigkeit (mehr Einwohner auf demselben Flächenraume), ist an und für sich kein entscheidender Beweis des Wohlstandes¹.

2. Bei lang bestehenden Kulturstaaen ist schnelle Zunahme der Bevölkerung eben so wenig ein solcher Beweis.

3. Letzteres ist nur dann der Fall, wenn die Unterhaltungsmittel (Capital) mindestens eben so schnell (in der Regel schneller), als die Bevölkerung zunehmen.

¹ Allzu spärliche Bevölkerung ist übrigens ein Zeichen von Schwäche. Russlands natürliche Zustände erlauben keine dichte Bevölkerung und halten dieses Reich also in verhältnismässiger Schwäche.

Grosse Städte sind noch immer, wie im Alterthume und Mittelalter, „die Träger der Kultur.“ Wie würde sich dieselbe ohne grosse Städte entwickeln oder selbst behaupten? Zwar ist oder scheint vielmehr das Elend, der vielgenannte Pauperismus, dort grösser. Erstens nämlich sieht man ihn dort in grösserem Masse vereinigt und mit Wohlstand und Luxus in grellem Contraste; dann muss beachtet werden, dass eine Grosstadt die Existenz, noch unter Armuths- und Elendsbedingungen möglich macht, unter welchen an kleinen Orten oder auf dem Lande die Existenz nicht möglich bleibt. Was also sonst unkommen würde, bleibt in der Weltstadt am Leben — freilich, das Leben ist darnach. Man vergleiche aber die Bedeutung oder selbst den Wohlstand der 3 Millionen Londons, mit denen z. B. der etwas zahlreicheren Bevölkerung der verhältnissmässig nicht ungünstig gestellten russischen Gouvernements Kiew und Czernigow — ja überhaupt ist trotz allem verrufenen „grosstädtischen“ Elend vielleicht an keinem Orte der Welt der Ueberschuss der Geburten über die Sterbefälle so gross, als eben in London.

211. Die Bekämpfung des „Pauperismus“ und die Sorge, dass das „Proletariat“ einen möglichst kleinen Theil der Bevölkerung ausmache, bleibt Staats- und Obrigkeitspflicht. Man stelle sich aber nicht vor, dass selbst bei der besten Fürsorge das Proletariat der Fabrikorte (und in mancher Gegend das landwirtschaftliche Proletariat) ganz verschwinden werde.

Pauper (engl.) bedeutet Alimentierter, neben *poor*, arm (beide von *pauper* lat., vgl. *pauvre*). Das schlecht gebildete Wort „Pauperismus“ soll nun den Zustand¹ des Proletariats bedeuten, d. h. jener unglücklichsten Menschenklasse, die selbst des gewöhnlichen Lebensunterhaltes nie sicher ist. Specieell meint man mit Pauperismus das Alimentieren jener Armen mit einer stets wachsenden Summe, das Rechnen der Armen darauf, und den Druck dieses Umstandes auf die Mehrbegüterten. — Man weiss, wie furchtbar hoch z. B. die englischen poor rates angewachsen sind (um 11 $\frac{1}{2}$ und 12 $\frac{1}{4}$ Millionen Sterling in den Normaljahren 1866 und 67). Die in den meisten Ländern gültige verkehrte Gesetzesbestimmung, den Geburtsort als „Unterstützungsdomicil“ anzusehen, wird jetzt wohl abgeändert werden.

¹ „Den dauernd gewordenen Zustand, in welchem sich die vermögenslose, vorzugsweise auf die gemeine Handarbeit angewiesene Bevölkerung eines Landes befindet, wenn sie sich nicht in genügendem Masse ausreichend lohnende Arbeit zu verschaffen vermag.“ H. Runge im *Staats-Lex.* 3. Aufl. XI (1864) Art. *Pauperismus*. „La misère qui réduit des catégories d'individus à l'état d'indigents assistés.“ *Dict. de l'Econ. polit. art. Paupérisme*.

II. Vereine.

212. Die einem Menschen erlaubten Handlungen dürfen auch von mehreren gemeinschaftlich ausgeübt werden; aus vielen Gründen ist dies jedoch Gegenstand der Gesetzgebung.

So bestehen in den Staaten: allgemeine und specielle Gesetze für Vereinigungen der Staatsbürger. In letzterer Beziehung unterscheidet z. B. das deutsche und österreichische Handelsgesetz:

1. Die offene Gesellschaft (Compagnie)¹.
2. Die Commandit-Gesellschaft (mit der Commandit-Actien-Gesellschaft).
3. Die Actien-Gesellschaft^{2 3}.
4. Die stille Gesellschaft.
5. Vereinigung zu einzelnen Handelsgeschäften für gemeinschaftliche Rechnung (Conto a metà)⁴.

¹ Franz. *société civile en nom collectif* (das Wort „Firma“ = *raison sociale*), Code de Commerce artt. 19, 20, 21, engl. *ordinary partnership, a firm*.

² Engl. *partnership under limited liability*. Beide letzten Worte sollten aber auch die *société en commandite* einschliessen. Vor 1855 *chartered company*.

³ Daunter auch der Rhedereivertrag nach dem *Allg. d. Handelsgb.*: „Die Mitglieder als solche haften Dritten, wenn ihre persönliche Haftung eintritt, nur nach Verhältnis der Grösse ihrer „(See-)Schiffsparten“ (Art. 474).

⁴ Wer in solche Vereinigung tritt, sagt durch diesen Schritt selbst einem anderen Socius: handle darin für mich — zwar nach festzustellenden Regeln, aber ohne nähere Willenserklärung meinerseits. Bei der bürgerlichen Gesellschaft muss das Mandat (die Vollmacht) jedesmal ausdrücklich gegeben werden, damit die Gesellschaft verpflichtet, d. h. an diejenigen Verpflichtungen gehalten sei, welche aus der Handlung folgen, sonst muss der Handelnde dafür eintreten.

Die hauptsächliche, juristische und dadurch auch ökonomische Unterscheidung betrifft die Haftbarkeit (*liability*) gegen „Dritte“, d. h. Auswärtige, die mit der Gesellschaft Geschäfte gemacht haben. Diese Haftbarkeit ist

1. Bei der Firma unbedingt, solidarisch (*unlimited*), es wird selbst das ganze Vermögen eines Theilhabers für die Schuld der ganzen Firma herangezogen.

2. Bei der *société en commandite* übrigens ebenso. Wer aber Commanditist (stiller Socius) ist, trägt nicht mehr von dem Verlust als bis zum Betrage der von ihm eingelegten Gelder. Dafür darf er aber auch unter keinen Umständen an den Geschäften der Gesellschaft thätigen Antheil nehmen. Wie gross sein Antheil am Gewinne ist, hängt völlig von dem Uebereinkommen der Gesellschafter ab. Allein hier, wie bei jeder Gesellschaft, muss Jeder einigen Antheil, klein oder gross, am Gewinne haben.

3. Bei der („anonymen“) Actiengesellschaft ist sie beschränkt (*limited*): darin besteht das Wesen dieser Art Gesellschaft. Jemand hat eine Actie (Antheil), d. h. er ist, für so viel, Miteigenthümer des Unternehmens, erhält seinen verhältnismässigen Theil am Gewinne, denn er hat für so viel eingeschrieben, und trägt also auch im Verlustfalle so viel vom Schaden; nicht mehr. Durch die Höhe seines Antheils wird seine Haftbarkeit beschränkt (*limited*).

213. Die Bedeutung der Association für Handel und Verkehr der ganzen Menschheit kann kaum überschätzt werden. Man denke nur an die zahllosen Firmen mit und ohne Commanditisten. Was die Actiengesellschaften betrifft, nennen wir nur die früheren Englischen und Holländischen Ostindischen Compagnien und die Hudson's Bay Company, die Tausende von Quadratmeilen und Millionen Unterthanen gehabt haben, ferner unter den jetzigen die vielen Eisenbahngesellschaften, die Peninsular and Oriental (England und Britisches Indien), die Messageries impériales, seit einigen Jahren auch bis Indien ausgedehnt, den Oesterreichischen Lloyd und die vielen anderen Dampfschiffgesellschaften, die Bank of England, Banque de France, Nederlandsche Bank, Oesterreichisch-ungarische Bank u. s. w., die vielen „*joint stock banks*“, unter denen die London and Westminster Bank eine der ersten Stellen einnimmt, die Nederlandsche Handelmaatschappij, die Gesellschaft „Cockerill“ zu Seraing bei Lüttich und zahlreiche andere Fabriken.

214. In dem letzten Jahrhundert haben sich zwei Arten von Arbeitervereinen ([a] die Trades' Unions und [b] die cooperativen Vereine) zu einer noch immer stark anwachsenden, socialen Macht entwickelt.

a. Die Trades' Unions (fr. *coalitions*) oder Gewerkvereine; Arbeitervereine ist hier viel zu unbestimmt; *trade* bedeutet in diesem Falle nicht blos Handel, sondern jeden Erwerb.

In der Form und um der englischen Gesetzgebung zu entgehen, sind sie meistens Unterstützungsvereine (*friendly* oder *benefit societies*).

Dieselben sind dem Wesen der Sache nach Arbeiterbündnisse, um den Arbeitslohn so hoch wie möglich zu stellen oder zu behaupten. Ihr letztes Mittel dazu ist die Arbeitseinstellung (*strike*, *grève*).

Die grosse Gewalt der Unionen auf ihre Mitglieder beruht hauptsächlich darauf, dass ihre Kassen nicht bloss zur Unterhaltung von Strikes, sondern zugleich als Altersversorgungs- und Krankheits-Fonds dienen, so dass ein Mitglied, wenn es von der Union

ausgeschlossen wird, schwere materielle Verluste erleidet, da die eingezahlten Beiträge nicht rückerstattet werden und die erworbenen Ansprüche verloren gehen. Ferner bilden sie im grossen Maassstabe auch Arbeitsvermittlung-Anstalten. In England ist die eigentliche Heimat der Unions und der Strike.

1810. Strike der Spinner in Lancashire, 30,000 Mann 4 Monate lang.

1836. „ „ „ „ Preston, Oct. bis Ende Dec.
Die Arbeiter verloren „ „ „ „ gegen 1,200,000 Rm.
die Fabrikanten „ „ „ „ über 750,000 „

1844. Kohlenarbeiter in Durham und Northumberland, 40,000 Mann,
1. April bis Ende Sept. (auch 1831, sehr gross, dann nur 1832).

1853. Preston, 6200 Männer, 11,800 Frauen: 36 Wochen.
Die Arbeiter verloren „ „ „ „ um 7,272,000 Rm.
die Fabrikanten „ „ „ „ 3,600,000 „

Roscher I § 176 S. 356 ff.

1859 bis 60. Grosser „Builders' Strike“, vorzüglich gegen die Unternehmer des Ausstellungsgebäudes für 1862. Ueber diesen ausführlich Beesly, *Westm. R. a. a. O.*

1864. Steinkohlengrubenarbeiter (*colliers*) in Staffordshire, Anfang Juli bis etwa 20. Nov., viele Tausende, Hauptcomm. 10,432 bis 45.

1867. Londoner Schneider, erster bekannter internationaler Strike.

Die Arbeitseinstellungen sind nicht immer zum Vorthelle der Fabrikherren ausgefallen¹; und schon die Macht zur Arbeitseinstellung ist eine gewaltige und in der That gefürchtete Waffe.

¹ Z. B. bloss in Glasgow, und dort bloss die Zimmerleute (Folgendes nach F. Harrison, *Fortn. R.* 15. Nov. 1865. S. 63 ff., man beachte übrigens, dass dies in einer für Glasgow und das Zimmerhandwerk sehr günstigen Zeit geschah, was Harrison ganz übergeht):

- 1852. Die Arbeiter verdienten 22 shilling der Mann per Woche und forderten 24 sh., stellten die Arbeit ein, um das zu erzwingen, und siegten bald.
- 1854. Sie arbeiteten 60 Stunden die Woche, forderten nur 57 (10 täglich, ohne oder mit 3 wöchentlichen Freistunden). Die Meister boten freiwillig an, die 3 Stunden besonders zu bezahlen, die Arbeiter schlugen das ab, und siegten nach kurzem Strike.
- 1855. Januar: 6 Wochen Arbeitseinstellung gegen das Wiedereinführen der 60 Stunden. Die Arbeiter siegten.
Mai. Die Schiffszimmerleute allein, 9 Monate lang, wegen ihrer Forderung von 27 statt 24 shilling für 60 Stunden. Sie siegten.
- 1857. März. Um Erhöhung von 24 auf 26 sh. Gelingt nach wenigen Tagen.
October. Gegen Herabsetzung von 26 auf 23³/₄ sh. Mifslingt nach 14 Tagen.
- 1858. Um Erhöhung von 23³/₄ auf 26 sh. Gelingt nach wenigen Tagen.
Die Färber zu Glasgow hatten 1843 3¹/₂ Pence, 1847 4 Pence Stundenlohn. 1850 brachte ein Strike den Lohn auf 4¹/₂, 1855 ein zweiter auf 5 Pence.

Die Unions setzten mehr oder weniger durch, dass

1. ein Lohnminimum auferlegt und der Fabriksherr (Meister) gezwungen wurde, nicht weniger zu geben (Hauptcommissionsrapport XI S. 24):

2. eine Minimalzahl von Arbeitsstunden, und zwar um den früheren Tagelohn von mehr Stunden eingeführt wurde;

3. der Stücklohn verhindert wurde;

4. in manchen Fällen Maschinerien oder sonstige Arbeiter ersparende Betriebsarten nicht zur Einführung gelangten,

5. das Beschäftigen irgend eines Arbeiters mit irgend einer anderen Arbeit, wie wenig auch unterschieden, von der, nach welcher er heisst (z. B. dass der Maurer, den man eben an der Arbeit hat, einige Nägel in eine Thür einschlägt), und der Gebrauch anderer Materialien, als die innerhalb des „Districtes“ selbst verfertigt werden, möglichst hintangehalten wurde,

6. das Beschäftigen einer nur kleinen Anzahl Lehrburschen erzwungen wurde,

7. das Beschäftigen von Nicht-Mitgliedern („Non-union-men“) sehr erschwert wurde,

8. die Kinder- und Frauenarbeit im Allgemeinen beschränkt wurde. —

Ein Hauptvertheidigungsgrund der Unions ist folgender: der Arbeiter kann seine Ware, d. h. seine Zeit nicht aufheben: er ist also gegen den Meister oder Fabrikanten wehrlos, und dieser kann ihn zwingen, mit niedrigem Lohne vorlieb zu nehmen. Nur wenn der Arbeitsmann warten kann, steht er beim Accordieren dem „Arbeitgeber“ gleich: warten aber, also die Arbeit abschlagen, kann er nur, wenn er Geld hat, um unterdessen leben zu können, und dieses kann er wieder nur durch gesammte, d. h. systematische, organisierte Handlungsart erhalten.

Freilich hat diese Behauptung Vieles für sich, es ist aber auch Vieles dagegen. Jedenfalls wenn die Unions mit ihrer Macht Missbrauch treiben zum Zwange, nicht nur wider Fabrikanten, sondern wider ihre eigenen Mitarbeiter, wie steht es dann mit jener Freiheit des Contractes unter gleichen Bedingungen, wofür einzustehen sie vorgeben?

Uebrigens sind die Unions allmählig aus einem zum Kämpfen bestimmten Werkzeuge Friedensanstalten geworden, besonders seit ihnen durch die Aufhebung der „Combination Laws“ im J. 1824 seitens der englischen Regierung keine Schwierigkeiten mehr in Bezug auf ihre freie Entwicklung gemacht werden.

Ausserhalb Englands sind die *strikes*, und auch die Unions (z. B. die bekannte „Internationale“) ziemlich zahlreich. In Frankreich ist die *loi sur les coalitions* erst 1864 so abgeändert, dass das Gesetz etwas der Art zulässt. Uebrigens sind die Unions auch ausserhalb Englands ziemlich alt: schon 1791 errichteten die Pariser Zimmerleute eine „association du devoir“, der „Pflicht“ nämlich, bei gewissen Anlässen die Arbeit einzustellen. V. Sybel *Geschichte der Revol.-zeit*, 2. Ausg. I S. 243.

b. Selbst Gegner der Trades' Unions haben mit Begeisterung das Entstehen und Gelingen der anderen Art Arbeitervereine begrüsst, der *cooperativen* Vereine.

Man kann ihr Entstehen von dem in der That wunderbaren Gelingen eines derselben, der jetzt allenthalben genannten und gelobten *Rochdale Society of equitable Pioneers* rechnen, (R. ist eine Fabrikstadt $2\frac{1}{4}$ geogr. Meile nördlich von Manchester, die 26 Tausend Einwohner hatte). Ein Hauptgrundsatz der Rochdale Pioniere war „der Geist der Cooperation ver trägt sich nicht mit dem Geiste des Brantweines.“ Die Resultate der *R Pioneers* waren:

| Jahr. | Mitglieder. | Capital. | „Cash received for sale of goods.“ | „Net profits.“ |
|-------|-------------|----------|---------------------------------------|-----------------|
| 1844 | 28 | 28 l. | | Errichtungsjahr |
| 1845 | 74 | 181 | 710 l. | 33 l. |
| 1850 | 600 | 2300 | 13,180 | 889 |
| 1855 | 1400 | 11,032 | 44,902 | 3106 |
| 1860 | 3450 | 37,710 | 152,063 | 15,906 |
| 1865 | 5326 | 78,754 | 220,000 | 30,000 |
| 1866 | 6246 | 99,989 | 249,122 | 33,931 |

Der Co-operative store (Consumverein, *association de consommation*) beruht auf dem Verkauf von Ladenwaren *en détail*, an die Mitglieder¹ gegen Barzahlung. Diese Waren können *en gros* und auf Credit² eingekauft werden: dies geschieht und das Geschäft gewinnt den Preisunterschied und, so lange der Verein an sich selbst verkauft, sind seine Theilhaber so guter und unverfälschter Ware sicher, wie der reichste Käufer.

Die meisten Staaten gewähren auch mit Recht solchen Vereinen Steuerbegünstigungen; nur muss darauf gesehen werden, dass sich hinter solchen Vereinsinstitutionen nicht ganz gewöhnliche Geschäftsunternehmungen verbergen, um die Vortheile der gesicherten Kundschaft und der Steuererleichterungen zu geniessen, wodurch die übrigen Kaufleute benachtheiligt werden.

„Die entlegenen Strassen der Fabrikstädte wimmelten“ vor den Co-operativvereinen „von kleinen Läden, in welchen das Schlechteste von jedem Artikel verkauft wurde mit nicht widersprochenen Mafsen und ungeprüften Gewichten“ (Ludl. u. L. Jones S. 98), und von welchen der Arbeiter, der einmal dort in Schulden gerathen, sich nicht wieder losmachen konnte.

¹S. z. B. E. Pfeiffer, *die Consumvereine*, Stuttg. 1865 S. 133. Freilich wird nicht bloss den eigentlich sogenannten Mitgliedern verkauft. Jeder Kunde erhält aber am Rechnungsschlusse, nach dem Verhältnisse seiner Einkaufssumme, seinen Antheil am Gewinne, ist also im vollen Sinne des Wortes Theilhaber am Geschäfte, etwa dem stillen Socius vergleichbar. Und wäre dem nicht so, wo bliebe die oft und auch oben gerühmte Einheit der Interessen des Käufers und Verkäufers, und damit die Garantie für die Güte der Waren?

²Zuweilen unterscheidet man, und gewiss mit Nutzen, gesunden Productionscredit und ungesunden Consumtionscredit. Hier aber ist dies entweder nicht passend, oder die Linie muss schärfer gezogen werden: der Credit, den der Engrosverkäufer dem Vereine schenkt, ist sowohl Productionscredit, insofern der Verein verkauft, als Consumtionscredit, insofern seine Theilhaber und er selbst die Waren ja verbrauchen. — Vielmehr werden die Kosten der zweiten Hand u. s. w. gespart und dem Betrüge gesteuert, und das wird wohl der grösste — immerhin segensreiche — Vorzug solcher Vereine bleiben.

Schon in England zeigte sich, dass auf den Leiter dieser Vereine sehr viel ankommt. Als solcher erwarb sich in Deutschland Schulze - Delitzsch unschätzbare Verdienste.

Weder als Politiker noch als Staatsökonom haben wir S.-D. hier zu beurtheilen. Als Führer der Genossenschaften kann man ihn und sein Werk nicht genug hochschätzen (H. Schulze, geboren in dem Städtchen Delitzsch in Preussen). In Deutschland und Oesterreich kommen folgende Genossenschaften vor:

Die Vorschuss- und Creditvereine (Volksbanken) geben unter den nöthigen Vorsichtsmassregeln Vorschüsse gegen Schuldschein oder Wechsel an ihre Mitglieder, meistens unter fernerer Sicherstellung durch Pfand oder Bürgen. So weit sie selbst Geld borgen oder Kosten machen, sind ihre Mitglieder unbeschränkt („solidarisch“) oder beschränkt haftbar. Siehe No. 146 k. Das eigene Capital wird hauptsächlich durch kleine Wochen- oder Monatseinlagen gebildet, welche als Antheile der Mitglieder in dem Geschäfte bleiben.

Die Rohstoffgenossenschaften stimmen sonst mit den englischen *stores* überein. Allein, wie schon ihr Name besagt, kauft man Rohstoffe; dies kann auch auf Credit geschehen, aber jedenfalls unter unbeschränkter Haftbarkeit; man verkauft zu 5 bis 8 pCt. über dem Einkaufspreis, und bezahlt den Ladenhalter, Cassierer u. s. w. nach Procenten („*tantième*“) des (Brutto-)ertrages, wozu man gewöhnlich 2 bis 3 pCt. bedarf.

Die Magazinevereine verschaffen nur einen gemeinschaftlichen Laden oder Verkaufsort: meistens bestehen sie aus Tischlern oder Schneidern.

Die Productivgenossenschaften (dazu gehören natürlich auch die „Leeds Flour Mill“ und die Co-op. Corn-Mill Society der R. Pioneers, Mill IV VII § 6 S. 471, 474, Ludlow und Lloyd Jones S. 100 f.), diese schwierigste Branche der Association“ (Schulze 1863 S. 17), sind einfach Handwerks- oder selbst Fabrikunternehmungen¹ auf Actien, welche Actien den Arbeitern selbst, die zugleich Unternehmer sind, gehören.

¹Z. B. die „deutsche Maschinenbauarbeiter-Compagnie“ zu Chemnitz im Königreich Sachsen. — Genossenschafts-Buchdruckerei in Wien. Hierher gehören auch die Winzer-Genossenschaften am Rhein zur besseren Verwertung ihrer Weine und viele anderen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Molkereien).

Die Consumvereine sind Einrichtungen wie die englischen *stores*. Alle suchen den Vortheil ihrer Mitglieder bei dem Einkaufe der wichtigsten Lebensbedürfnisse. In Deutschland wird aber oft kein eigener Laden (*store*) eröffnet, sondern man schliesst einfach Uebereinkommen mit existierenden Geschäften, von denen man, der grossen Kundenzahl wegen, die man ihnen zuführt, Rabatt bedingt (Markensystem). Die Mitglieder zahlen mit Bons, Marken, die der Ladenhalter wöchentlich bei dem Vereine gegen Geld umsetzt; so giebt es noch mehrere Unterschiede. Pfeiffer S. 60, 73 ff.

Diese Vereine beruhen völlig auf Selbsthilfe, wie Schulze jedesmal hervorhebt. Weder die Obrigkeit (der Staat) noch die Barmherzigkeit sollen daran Theil nehmen: auch das Beschaffen des Capitals, und die Entlohnung der an der Geschäftsführung beteiligten Mitglieder, sowie der ganze Betrieb soll unbedingt geschäftsmässig erfolgen.

Auch in Italien und Nordamerika breiten solche Vereine sich aus.

In Frankreich hat die Regierung, meistens störend, einzelne Male helfend, sich sehr viel mit diesen Vereinen eingelassen.

Genaue Détails über Frankreich sind weit schwieriger zu erreichen als hinsichtlich Englands und Deutschlands. Die ersten cooperativen Vereine scheinen 1831 und 1834 errichtet zu sein. Die „Assemblée constituante“ der kurzlebigen Republik von 1848 gab 3 Millionen Francs, wovon 32 Pariser und 29 andere

Vereine unterstützt werden sollten. Eines der beiden grössten Subsidien, von je 80,000 Francs, erhielt der bekannte Buchdruckerverein „Remquet (et Co.)“ — das alte Haus Renouard, welches damals fallierte, aber von den Arbeitern unter Leitung eines tüchtigen Gesellen, Remquet, fortgesetzt wurde. Nach dem coup d'état wurden sie unterdrückt, oft einfach durch die Willkür und Uebermacht der Regierung; es gab damals 210 in und 89 ausser Paris. In Paris selbst blieben nur 14 übrig.

Die cooperativen Vereine sind sicherlich eine Wohlthat für die unbemittelten Classen im weitesten Sinne.

Doch es giebt noch schwere Bedenken und die beste Institution kann durch Unverstand oder Eigennutz der auf dieselbe Einfluss erlangenden Menschen, mehr Schaden als Nutzen bringen.

Viele wo nicht alle diese Genossenschaften hängen ganz von der finanziellen und Fachkenntnis, sowie von der unzweifelhaften Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit ihrer Vorsteher ab: so nicht bloss die bekanntesten französischen, sondern selbst das ganze Heer der deutschen Volksbanken. Eine wirksame Controle zu üben ist ungemein schwierig.

Die grossen Zahlen beachte man nicht all zu viel. Die, welche den Umsatz (gemachte Geschäfte) anzeigen, sind natürlich gross, denn das sind sie in jedem Geschäfte, und auch die Anzahl von Genossenschaften jeder Art ist gross.

Selbst ein Schulze hochschätzender Anhänger stellt folgenden Satz auf: „Die Schulze'schen Vorschuss- und Rohstoffvereine eignen sich nur für selbständige, für eigene Rechnung schaffende Geschäftsleute und Arbeiter“ (also Meister, wenn auch ganz kleine und ohne Gesellen), „wenn man sie so nennen will, und es befinden sich unter all den 1500 Genossenschaften Deutschlands eigentliche Arbeiter nicht. Es sind deren nur in den Consumvereinen.“ Max Wirth, *ein Wort zur Lösung der sog. Arbeiterfrage*, in seinem *Deutschen Gewerbskalender* für 1869, S. 15. — Damit entfällt aber der Nutzen dieser Vereine, wahrlich nicht überhaupt, aber doch grossentheils für den Handwerksmann und nahezu ganz für den Fabrikarbeiter. Für die Befriedigung der Creditbedürfnisse der Landwirte taugen die Genossenschaften durchaus nicht und wo sie ihren Betrieb auf Hypothekar-Geschäfte ausdehnen, müssen sich früher oder später die nachtheiligsten Folgen ergeben.

Viele Arbeiter begehren einen bestimmten Antheil an industriellen Unternehmungen, sei es, dass sie diese selbst errichten oder als Concession ihrer Fabrikherren. Einzelne von diesen haben sich dazu verstanden, so dass hie und da Versuche in diesem Sinne existieren.

Gewähren übrigens die Fabriksherren obige Concession, um ihre Arbeiter bei gutem Willen zu erhalten, damit sie durch ihren Eifer mehr Güter erzeugen oder um Verluste wegen Unzufriedenheit zu vermeiden, so ist das Ganze nur eine versteckte Lohnerhöhung. Oder werden die Arbeiter wirklich Theilhaber, also am Gewinn und am Verluste, so wie (1865) bei Leclair, dann wird der mindeste Stoss ihre kleinen Actien zerstäuben — für die Arbeiteractieninhaber ist natürlich die Haftbarkeit beschränkt — und man ist eben so weit als früher. Denn das hat ja zum Ueberflusse Michel Chevalier in seinen *Lettres sur l'organisation du travail* dargethan, dass dieser „verhasste“ Lohn, dieses „demüthigende salariat“ geradezu die Rettung des Arbeiters ist. Sein Vermögen ist viel zu schwach, um die schlechten Chancen eines Unternehmens auszuhalten zu können; hat er aber einen Lohngeber, so steht dieser mit starkem Capitale dafür ein, dass seine Arbeiter, in schlechter wie in guter Zeit, ihren ausbedungenen Lohn erhalten. Vgl. auch Véron S. 186 ff.

So können jedoch höchstens einzelne Arbeiter emporkommen, indem sie Capital erhalten: dem Arbeiterstande im grossen Ganzen wird damit nicht geholfen.

Eine sehr nützliche Richtung haben diese Einrichtungen, wenn auch deren Kraft noch wenig bekannt ist: sie fördern das gute Verständniss zwischen Meistern und Arbeitern. Vielleicht noch mehr thun dies jedoch die einzelnen bestehenden Schiedsgerichte, meistens aus Mitgliedern von beiden Seiten zusammengesetzt, um Streitigkeiten friedlich zu lösen.

215. Unter den Associationen beachte man noch die **Assecuranzgesellschaften**.

Der Assecuranzcontract verpflichtet durch beiderseitige Zustimmung; der Versicherer steht ein für die Vergütung des Schadens, welchen ein ungewisser Vorfall dem Versicherten verursachen wird, und erhält dafür von diesen eine Prämie. Bei dem Assecurierten muss es ein Interesse geben, welches in Geld schätzbar und einer Gefahr ausgesetzt ist.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Assecuranzgesellschaften besteht darin, dass der Schaden, welcher den Einzelnen treffen und vollkommen zu Grunde richten würde, auf Viele vertheilt und daher nicht so hart empfunden wird. Ferner wird die Creditfähigkeit dadurch wesentlich erhöht; so wird ein Hausbesitzer, dessen Haus gegen Feuer versichert ist, darauf viel leichter Credit finden können; desgleichen ein Kaufmann, dessen Waren versichert sind, und wer Personalcredit braucht, findet ihn unschwer, wenn sein Leben versichert ist. —

Die Werke des Menschen sind am meisten der Zerstörung durch Feuer ausgesetzt, daher die Feuerversicherungen sehr verbreitet sind.

Der Wiederaufbau der durch Feuer zerstörten Gebäude ohne grosse Opfer seitens der Eigenthümer hat seine grossen wirtschaftlichen Vortheile, aber auch den Nachtheil, dass leicht durch die Eigenthümer selbst absichtliche Brandlegungen vorkommen (Speculationsbrände). Dasselbe gilt bei der Seeversicherung und manches Schiff sammt Besatzung ist schon in Folge solcher ruchloser Speculation zu Grunde gegangen. Durch strenge Gesetze und grosse Vorsicht bei Uebernahme der Versicherungen seitens der Gesellschaften, damit nicht übermässig hoch versichert oder geschätzt wird, kann dieses verbrecherische Treiben eingeschränkt werden.

Die Versicherungsanstalten zerfallen in zwei Hauptclassen:

A. Gegenseitige, wo die Versicherten zugleich die Versicherer sind, welche den gesammten Schaden und die Regie unter sich auftheilen.

Kiehl, Volkswirtschaft.

B. Speculationsanstalten, wo ein Unternehmer, gewöhnlich eine Actiengesellschaft, gegen vorausbestimmte feste Vergütung (Prämie) die Gefahr übernimmt.

Die gegenseitigen Gesellschaften müssen besonders in den ersten Jahren auf einen entsprechenden Reservefond hinarbeiten; ist dieser gebildet, so können sie bei gleicher Sicherheit grössere Vortheile den Versicherten bieten, weil keine Gewinn beanspruchenden Unternehmer (Actionäre) vorhanden sind.

Die Versicherung in Händen des Staates oder der Länder hat sich bewährt und hat das Princip der Staatsassecuranz jedenfalls eine Zukunft.

Im engen Zusammenhange mit den Feuer-Assecuranzen stehen die „Feuerwehren“; so werden in London die besten Feuerlöschanstalten durch die Versicherungsgesellschaften besorgt; jedenfalls haben diese das grösste Interesse an einem ordentlichen Feuerlöschwesen und sollen dasselbe ausgiebig unterstützen.

216. Die Zünfte, Innungen, in neuerer Zeit Gewerbe-Genossenschaften genannt, wurden ursprünglich als Handwerkervereine zur Wahrnehmung ihrer Interessen, zum Schutze gegen Concurrenz und gegen feindliche Angriffe gegründet; in dieser Hinsicht fällt ihre Blütezeit in das Mittelalter, und trugen sie nicht wenig zur Entwicklung des Städtewesens bei.

Das Handwerk blühte, so lange sich die Zünfte an den Spruch hielten:

„Wer soll Meister sein? Der was ersann.

Wer soll Geselle sein? Der was kann.

Wer soll Lehrling sein? Jedermann.“

Als sie sich aber ängstlich abschlossen, wie die Kasten im alten Aegypten, und nur darauf bedacht waren, jede Concurrenz zu verhindern, verfiel allmählig der alte gute Geist und nur die äussere Form verblieb. Die Regierungen beachteten die machtlosen Zünfte immer weniger und ertheilten nach freiem Ermessen Bewilligungen zum Gewerbebetriebe; und in dem letzten Jahrhundert hat sich allmählig die volle Gewerbefreiheit herausgebildet; nicht so sehr dadurch, als in Folge der grossen Umwälzungen im wirtschaftlichen Leben, besonders durch Anwendung der Dampfkraft (Eisenbahnen, Fabriken) ist der Handwerkerstand in volle Auflösung gerathen. Viele Gewerbe können handwerksmässig gar nicht mehr betrieben werden, weil deren Producte in den Fabriken weit billiger und massenhaft erzeugt werden und durch die ausgebildeten Verkehrsmittel in die entlegensten Gegenden gelangen können. Der kleine selbständige Handwerker hat jedoch noch immer dort seine Zukunft,

wo eine gewisse Kunstfertigkeit zur Herstellung des Productes nothwendig ist und wo jedes Product für sich hergestellt werden muss; überhaupt soll darauf hingearbeitet werden, das Handwerk zum Kunstgewerbe hinüberzuführen; denn auf diesem Gebiete ist die Concurrrenz der Fabrik ausgeschlossen. Auch bleibt dem Handwerke ein grosses Arbeitsgebiet auf dem Felde der Umgestaltung und Zusammenstellung der Fabriksproducte zum Gebrauche und bei den nothwendigen Reparaturen derselben. Selbstverständlich finden tüchtig ausgebildete gewerbliche Arbeiter auch in den Fabriken als Werkmeister etc. günstige Stellungen und lässt sich oft schwer die Grenze zwischen Fabrik und Handwerk feststellen; in den meisten Fällen hat sich eben der fabriksmässige Betrieb aus den handwerksmässigen allmählich entwickelt.

217. Da es für das Wohl eines Staates sehr wichtig ist, dass neben den grossen Fabriksunternehmungen auch ein selbständiger Handwerkerstand sich erhalte, fanden in neuerer Zeit, von den Regierungen gefördert, ernstliche Versuche zur Neuorganisation des Gewerbestandes statt.

So haben die nach den neueren Gewerbe-gesetzen in Deutschland und Oesterreich eingeführten Gewerbe-Genossenschaften die Aufgabe, die Standesinteressen in jeder Richtung zu vertreten und entweder den Gewerbegegnossen billigeren Credit zu beschaffen (Vorschussvereine) oder zur wohlfeileren Production und leichterem Absatz (Productiv-Genossenschaften-Magazinsverein) oder zur besseren Assecuranz gegen Krankheit und Altersschwäche oder zu einer dauernden Arbeit zu verhelfen.

Ferner sollen sie das Lehrlingswesen regeln und Streitigkeiten unter den Mitgliedern schlichten.

Was insbesondere die Productivgenossenschaften für Handwerker anlangt, so sind folgende Arten möglich: a) Gemeinsame Anschaffung der Rohstoffe, Muster etc. gemeinsame Benutzung von Maschinen, Uebnahme grösserer Lieferungen, Haltung eines gemeinsamen Verkaufsladens; Beschickung von Märkten, Aussendung von Agenten, Eintreiben einstehender Forderungen auf gemeinschaftliche Rechnung, oder b) es wird von einer complicierten Ware jeder technisch eigenthümliche Bestandtheil durch einen besonderen Unternehmer producirt und nur die Zusammensetzung und der Verkauf erfolgt genossenschaftlich.

Wie die Arbeiter-Corporationen, so beruhen auch die Handwerker-Vereinigungen auf Selbsthilfe; allerdings kann der Staat durch Sorge für eine gründliche gewerbliche Fachbildung, durch Anstellung sachkundiger Gewerbeinspectoren, durch Zuwendung grösserer Arbeiten an die Genossenschaften, durch gerechte Ver-

theilung der Steuern, durch eine vernünftige Gewerbegesetzgebung, durch seine Tarif- und Zollpolitik zur Entwicklung und Erhaltung eines tüchtigen Handwerkerstandes sehr viel beitragen.

III. Oekonomischer Wirkungskreis des Staates.

218. Wir haben so viel als möglich, theoretisch und im Principe, die Art und Weise betrachtet, wie die Güter in der menschlichen Gesellschaft entstehen, vorkommen und untergehen. Wiederholt wurde auch auf den Wirkungskreis und Beruf des Staates auf ökonomischem Gebiete hingewiesen; in Folgendem soll nur das Wichtigste zusammengefasst werden.

Staat nennen wir einen zu einem regelmässigen und abgeschlossenen Ganzen verbundenen Theil der Menschheit, und zwar zu einer die ganze bürgerliche Welt durchdringenden, innerhalb ihres Territoriums befehlenden, nach aussen selbständigen Macht.

Daher muss der Staat verschaffen:

1. Schutz gegen vernichtende Naturgewalten,
auswärtige Gewaltthätigkeit,
einheimische Uebelthaten und Ruhestörung.
2. Rechtssicherheit für Personen und deren Güter auch in Hinsicht des Civilrechtes.
3. Eine gute Regierung, also zuerst eine gute Gesetzgebung, d. h. das Erdenken und Feststellen vernünftiger allgemeingültiger Regeln,
dann deren gute „Ausführung“ (Executive), d. h. Sicherstellung und Verwirklichung.
4. Muss der Staat auch auf ökonomischem Gebiete vielfach eingreifen zum Wohle seiner Bewohner, so kann der Staat nicht von sich weisen die Fürsorge für Hilfflose, für Kinder, Alte, Gemüths- oder Körperkranke, für Arme, für die Interessen der Nachkommenschaft, kurz für alle jene, welche nicht im Stande sind jedesmal ihren (mehr oder weniger) vernünftigen Willen anzuzeigen.
5. Geradezu auf ökonomisches Gebiet tritt der Staat, der Post- und Telegraphenwesen einführt, überseeische Dampffahrten unterstützt, öffentliche Werke (Canäle, Eisenbahnen u. s. w.) anlegt, Garnisonsbäckereien oder Gefängnisarbeiten unterhält u. s. w.

Das darf man nicht aus dem einzigen Grunde der ökonomischen Resultate loben oder tadeln, sondern muss stets berücksichtigen, inwiefern diese Thätigkeit der Allgemeinheit nützt.

Oft sagt man: der Staat soll dasjenige thun, was ohne ihn nicht oder weit schlechter zu Stande käme. In diesem Satze ist viel Wahres, er reicht aber nicht aus.

6. Auch soll der Staat den Unterricht und das Sanitäts-

wesen ganz oder theilweise auf sich nehmen. In letzterer Beziehung soll er insbesondere die Verfälschung der Lebensmittel, die Verunreinigung der Luft und des Trinkwassers mit allen Mitteln verhindern. Im Uebrigen sei auf Nr. 164 verwiesen.

219. In der Praxis wird jeder Staat sich an erster Stelle auf das positive Recht, d. h. die existierende Gesetzgebung, und auf das Talent seiner Regierer (darunter die Volksvertretungen) stützen müssen. Aber eben darauf kommt es an, dass das existierende Recht sich entwickle und die Führer wissen, nach welchen Grundsätzen vorzugehen ist.

Diese Betrachtungen sind jedoch in engerem Sinne politisch. Doch immerhin wird der Staat vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, viele gesetzliche Massregeln ergreifen müssen. — So soll es der Staat verhindern, dass man sich oder Andere auf eine so lange Zukunft verpflichte, die man überhaupt nicht mehr beurtheilen kann.

Ebenso soll der Staat, im Interesse der Association selbst und ihrer Entwicklung, Regeln festsetzen, welche die Verantwortlichkeit der Directoren¹ bei Actiengesellschaften, Genossenschaften u. s. w. zu mehr, als blossen Scheine machen.

¹ So in Holland, *managers* oder *managing directors* in England, Verwaltungsräthe etc., wozu man gerne Träger schallender Namen auserwählt. Die Generalversammlungen der Actionäre, mit welchen Befugnissen auch ausgestattet, sind selten, ihre sachverständigen Mitglieder, wenn es deren giebt, anderweitig beschäftigt, die Versammlung des Geschäftes und der Antecedentien so gut als unkundig, oft aus sogenannten „Strohmännern“ zusammengestellt und also den Directoren gegenüber in vollster Ohnmacht. — Dagegen wäre nun in der Actien-Commandit-Gesellschaft das jedenfalls höchst wichtige Mittel gefunden, dass die gewöhnlichen Actionäre nur als Commanditisten, also nur bis zum (eingeschriebenen) Betrage ihrer Actien haftbar sind, die Directoren aber, wie bei der „offenen Handelsgesellschaft“ mit ihrem ganzen Vermögen haften; doch kommen aus leicht begreiflichen Gründen solche Gesellschaften selten vor.

220. Ferner soll der Staat, im Interesse Aller, eine gerechte Fabrikgesetzgebung einführen und insbesondere die Arbeit von Kindern in Fabriken beschränken, sowie er andere Massregeln trifft zum Schutze von Kindern, z. B. gegen Mißverwaltung der Vormünder.

Wenn selbst der Staat, aus ökonomischen Gründen, sich auf das Armenwesen nicht einliesse, so würde die allgemeine und Ortsobrigkeit doch bald aus Gründen der öffentlichen Sicherheit gezwungen werden, sich mit demselben zu befassen.

Invaliden Armen soll auf die Dauer und principiell höchstens das jedesmalige Minimum von Unterstützung gewährt werden.

Hilflose (Kinder, Alte, Kranke, Blinde, Taubstumme, Geisteskranke u. s. w.) werden in vielen Fällen, vorzüglich gegen den

Mangel oder die Gefahr des Augenblickes, obrigkeitliche Hilfe geniessen müssen.

Jedenfalls verleihe man die Hilfe, wo sie nothwendig ist, so dass derjenige, der keiner Unterstützung bedarf, in merklich besserem Zustande verbleibe als der Unterstützte, so dass letzterer ein starkes Motiv behält, sich ohne Unterstützung zu helfen (Mill § 13 S. 584 f.).

In Bezug auf den ökonomischen Wirkungskreis des Staates führen wir noch zum Schlusse zwei Aussprüche tiefdenkender Volkswirte an. So sagt Mill § 16 S. 590:

„Es ist nothwendig hinzuzufügen, dass die Intervention des Staates sich in der Praxis nicht immer auf jene Grenzen beschränken kann, welche der selbstverständlich dem Staate zufallende Wirkungskreis bestimmt. In den — einem gegebenen Zeitalter oder Volke — eigenen Verhältnissen giebt es kaum etwas für das allgemeine Wohl wirklich Wichtiges, welches der Staat nicht wünschenswerter oder sogar nothwendiger Weise in die Hand nehmen sollte; nicht weil Privatpersonen es nicht wirksam vollführen können, sondern weil sie nicht wollen. Zu gewissen Zeiten und an gewissen Orten wird es keine Bahnen, Docks, Häfen, Kanäle, Bewässerungswerke, Spitäler, Schulen, Buchdruckerpressen geben, wofern nicht der Staat sie errichtet.“

Wie gross überhaupt die Aufgaben des Staates noch sind, um die Lage der arbeitenden und unbemittelten Klassen zu verbessern, deutet Rodbertus (der berühmte deutsche Volkswirt, der am 6. December 1875 starb) in Folgendem an: „Unsere Volkswirtschaft muss wieder mehr Staatswirtschaft werden“ und das Schlusswort seines „Normalarbeitstages“ lautet: „Als nur noch erst abzuschaffen war, mochten im Sturme errungene Decrete genügen. Aber damals wurde auch erst an der Wiege der socialen Frage gezimmert. Heute nun ist sie selber da, ist uns fast über den Kopf gewachsen, und abzuschaffen, um sie zu lösen, giebt es nichts mehr. Heute heisst es organisieren. Dabei ist sie von eigenthümlicher Constitution, wie eine Sinnpflanze fährt sie vor rauhen, gewaltthätigen Händen erschrocken zurück. Dauernder socialer Friede, einheitliche politische Regierungsgewalt, fester vertrauensvoller Anschluss der arbeitenden Klassen an diese Gewalt, grosse Aufnahmen, Vorarbeiten und Anstalten (durch den Staat), die eine Reihe tiefer Combinationen bilden und nur in Ruhe mit Ordnung und Energie zu treffen sind — das sind die Vorbedingungen der Lösung der socialen Frage.“

Auf social-politischem Gebiete liegt jedenfalls ein weit ausgedehnter Wirkungskreis für den Staat.

Inhalts-Verzeichnis.

(Die Absätze mit den fettgedruckten Nummern haben eine wesentliche Umgestaltung oder vollständige Neubearbeitung erfahren.)

ERSTER ABSCHNITT.

Grundbegriffe.

| | Seite | | Seite. |
|----------------------------------|-------|------------------------------------|--------|
| 1. Begriff der Volkswirtschaft | 1 | 12-14. Entwicklung des Tausches | 3 |
| 2. Eintheilung derselben . . . | 1 | 15. Arbeitstheilung | 4 |
| 3. Gesellschaftliches Gut . . . | 1 | 16. Internationaler Tausch. . . | 4 |
| 4. Nutzen von der Natur . . . | 1 | 17. Tauschhandel | 5 |
| 5. „ durch Arbeit | 1 | 18. Geld. Kauf | 5 |
| 6. „ „ Capital | 1 | 19. Wert | 5 |
| 7. Production | 2 | 20. Gebrauchswert | 5 |
| 8. Vorrath als Capital | 2 | 21—22. Tauschwert | 5 |
| 9. Capitalbildung | 3 | 23. do. und Preis | 5 |
| 10. Tausch | 3 | 24—26 do. do. | 6 |
| 11. Dienst. | 3 | 27. Angebot. | 6 |

ZWEITER ABSCHNITT.

Die gesellschaftlichen Güter selbst von ihrem Ursprunge bis zu ihrem Untergange.

I. Die Productionsfactoren:

A. Natur.

| | | | |
|--------------------------------------|---|--------------------------------------|---|
| 28. Die Naturkräfte | 7 | 31. Gewässer | 7 |
| 29. Klima | 7 | 32. Benutzung der Naturkräfte | 8 |
| 30. Bodenbeschaffenheit . . . | 7 | | |

B. Arbeit.

| | Seite. | | Seite. |
|--|--------|---|--------|
| 33. Zweck der Arbeit | 8 | 43. Productive Arbeit | 10 |
| 34. do. do. do. | 8 | 44. Nutzen der improductiven | |
| 35.-38. Eintheilung der gesell- | | Arbeit | 10 |
| schaftlichen Arbeit | 9 | 45. Verschwendung | 11 |
| 39. Resultat der Arbeit. . . . | 9 | 46. 47. Verbrauch | 11 |
| 40. Improductive Arbeit. . . . | 9 | 48. Verschiedenheit der Arbeits- | |
| 41. Nützlichkeit | 10 | leistung | 11 |
| 42. Reichthum | 10 | | |

C. Capital.

| | | | |
|-----------------------------------|----|------------------------------------|----|
| 49. 50. Capitalbildung | 12 | 64. Fernhalten des Capitals | |
| 51. Capital und Geld | 12 | von der Industrie. | 14 |
| 52. Capital und Tauschwert . | 12 | 65. Sparsamkeit | 15 |
| 53.—55. Capital und Arbeit . . | 12 | 66. Capitalverbrauch | 15 |
| 56. 57. Bestandtheile d. Capitals | 12 | 67. 69. Sparen u. Verschenden | 15 |
| 58. Todtes Capital | 13 | 70. Capitalumsatz | 16 |
| 59. Gebrauchs-Capital | 13 | 71. Capital. Tausch | 16 |
| 60. Wertpapiere als Capital . | 14 | 72. Betriebs- u. Anlage-Capital | 16 |
| 61.—63. Industrie und Capital . | 14 | | |

D. Zusammenwirken der drei Productionsfactoren.

| | | | |
|---------------------------------------|----|-------------------------------------|----|
| 73. Ursachen verschiedener | | 76. Nachtheile der Arbeits- | |
| Production | 16 | theilung | 19 |
| 74. Einfache und mehrfache | | 77. Production im Grossen und | |
| Zusammenwirkung Ar- | | Kleinen. | 20 |
| beits-theilung) | 18 | 78. Production bei der Land- | |
| 75. Vortheile der Arbeitsthei- | | wirtschaft | 21 |
| lung. | 19 | | |

E. Mögliche Zunahme der Gütererzeugung.

| | | | |
|-------------------------------------|----|--------------------------------------|----|
| 79. Grenzen der Productions- | | 81. Zunahme des Capitals . . . | 23 |
| zunahme | 22 | 82. Zunahme des culturfähigen | |
| 80. Zunahme der Arbeit. (Be- | | Bodens | 24 |
| völkerung) | 22 | | |

II. Die Güter in der menschlichen Gesellschaft.

A. Gütervertheilung.

1. Herrschaft der Menschen über die gesellschaftlichen Güter.

| | | | |
|-------------------------------|----|----------------------------|----|
| 83. Gesetze der Güterverthei- | | 84. Entwicklung des Eigen- | |
| lung | 26 | thumes | 26 |

| | Seite. | | Seite. |
|--|--------|---|--------|
| 85.—87. Communismus | 27 | 92. Verjährung | 30 |
| 88. Socialismus | 28 | 93. Begründung des Grundeigenthumes | 30 |
| 89. System St.-Simon u. Fourier | 28 | 94. Tadelnswertes Eigenthum | 30 |
| 90. Eigenthumsrecht | 29 | 95. Das Erbrecht | 31 |
| 91. Begründung des Eigenthumsrechtes | 30 | | |

2 Die drei Quellen des Einkommens.

| | | | |
|--|----|--|----|
| 96. Bestandtheile des Einkommens. | 31 | 100. Einkommen in einer Hand. Slaverei | 33 |
| 97. Betrieb durch Grundeigenthümer | 32 | 101. Bauern-Eigenthümer | 33 |
| 98. Betrieb durch Pächter | 32 | 102. Einkommen in zwei Händen | 34 |
| 99. Fabriksbesitzer | 32 | 103. Halbenwirtschaft | 34 |
| | | 104. Kathenwirtschaft | 35 |

3. Die drei Einkommenquellen jede für sich.

| | | | |
|---|----|--|----|
| 105. Arbeitslohn | 36 | 112. Lohn nach Brauch | 41 |
| 106. Natural- und Geld-Lohn | 37 | 113. Capitalzins | 41 |
| 107. Lohnhöhe | 38 | 114. Höhe des Capitalzinses. Wucher | 42 |
| 108. 109. 110. Verschiedene Lohnhöhe | 40 | 115. Unternehmerlohn | 44 |
| 111. Frauenlohn | 41 | 116. Grundrente | 48 |

B. Tausch. Güterumlauf.

1. Wert.

| | | | |
|---|----|--|----|
| 117. Wert | 50 | 125. Productionskosten. Gewinn | 55 |
| 118. Veränderlichkeit des Tauschwerthes | 50 | 126. Productionskosten, künstliche Bestandtheile | 56 |
| 119. Werthmass | 51 | 127. Productionskosten bei Bodenproducten | 57 |
| 120. Fallen des Geldwerthes | 51 | 128. Die 17 Sätze Mill's über den Wert | 59 |
| 121. Concurrenz | 51 | 129. Productionskosten bei der Hausindustrie | 60 |
| 122. Die Schwierigkeit des Erreichens | 52 | | |
| 123. Marktpreis | 53 | | |
| 124. Productionskosten. Arbeitskosten | 54 | | |

2. Tauschmittel.

| | | | |
|--------------------------------------|----|--|----|
| 130. Geld | 61 | 133. Tauschwert des Geldes | 63 |
| 131. Münze | 63 | 134. Productionskosten der Münzen | 64 |
| 132. Geld nur Tauschmittel | 63 | | |

| | Seite. | | Seite. |
|-------------------------------------|--------|--------------------------------------|--------|
| 135. Münzwesen | 65 | 143. Papiergeld | 72 |
| 136. Währung | 65 | 144. Bankwesen | 73 |
| 137. Münzfuss | 67 | 145. Bankarten | 74 |
| 138. Scheidemünzen | 68 | 146. Sparcassen und Volksban- | |
| 139. Credit | 68 | ken (Vorschussvereine), | |
| 140. Formen des Creditcs | 70 | Postsparcassen | 76 |
| 141. Einfluss des Creditcs auf | | 147. Zettelbanksysteme | 78 |
| den Marktpreis | 71 | 148. Regulativ monopolisierter | |
| 142. Creditkrisen | 71 | Banken | 79 |

3. Verbrauch.

| | | | |
|------------------------------------|----|--------------------------------------|----|
| 149. Wertvernichtung | 79 | 157. Verschwendung im Allge- | |
| 150. Eigentliche und reproduc- | | meinen | 81 |
| tive Consumption | 79 | 158. Verschwendung bei der | |
| 151. Gemeinschaftlicher Ge- | | Production | 81 |
| brauch | 88 | 159. Verhältnis zwischen Pro- | |
| 152. Wertverminderung durch | | duction und Consumption. | |
| Einbildung. Mode | 80 | Absatzkrisen | 81 |
| 153. Wertvernichtung durch | | 160 Luxus | 82 |
| die Natur | 80 | 161. Formen des Luxus in ver- | |
| 154. Verbrauchszeit | 80 | schiedenen Zeitaltern | 82 |
| 155. Verbrauch bei der Güter- | | 162. Luxusverbote | 83 |
| erzeugung | 80 | 163. Luxussteuern | 84 |
| 156. Einfluss des Verbrauches | | | |
| auf die Production | 80 | | |

DRITTER ABSCHNITT.

Einfluss der Regierung auf die menschliche Gesellschaft.

I. Auflagen und Steuern.

| | | | |
|--|----|--|----|
| 164. Aufgaben jeder Regierung | 84 | 170. Grundsteuer | 87 |
| 165. Steuern und Gebühren | 84 | 171. Gebäudesteuer | 88 |
| 166. Erfordernisse eines guten | | 172. Gewerbesteuer | 88 |
| Steuersystems | 85 | 173. Rentensteuer | 89 |
| 167. Directe und indirecte Be- | | 174. Indirecte Steuern | 89 |
| steuerung | 86 | 175. Zölle | 89 |
| 168. Einkommensteuer | 86 | 176. Verzehrungssteuern | 90 |
| 169. Eintheilung der Steuern | 87 | 177. Localsteuern. Umlagen | 91 |

II. Staatsschulden.

| | Seite. | | Seite. |
|---|--------|---|--------|
| 178. Anleihen | 91 | 182. Lotterie-Anleihen | 93 |
| 179. Arten der Staatsanleihen | 91 | 183. Amortisation der Staats- | |
| 180. Art der Aufnahme von | | schulden | 93 |
| Anleihen | 92 | 184. Conversion der Staats- | |
| 181. Rückzahlung | 93 | schulden | 94 |

III. Handels- und Verkehrs-Politik.

| | | | |
|--|----|---|-----|
| 185. Freier Verkehr | 94 | 198. Gemeinschaftliche Zoll- | |
| 186.—192. Mercantilsystem | 94 | gebiete | 99 |
| 193. Schutzzollsystem | 96 | 199. Handelsverträge | 100 |
| 194. Höhe der Schutzzölle | 97 | 200. Autonomer Zolllarif | 100 |
| 195. Vortheile des Schutzzolles | 97 | 201. Ausfuhr-Verbote und -Be- | |
| 196. Freihandel | 97 | günstigungen | 101 |
| 197. Vortheile und Nachtheile | | 202. Durchfuhrzölle. Fracht- | |
| des Freihandels | 98 | tarife | 102 |

VIERTER ABSCHNITT.

Andere gemeinschaftliche Gegenstände ökonomischer Natur.

I. Bevölkerungslehre.

| | | | |
|---|-----|-----------------------------|-----|
| 203. Unterhaltsmittel | 102 | 209. Arbeitskraft | 104 |
| 204.—206. Bevölkerungsdich- | | 210. Bevölkerungszahl und | |
| tigkeit | 103 | Wohlstand | 105 |
| 207. Einfluss der Kriege | 104 | 211. Pauperismus | 105 |
| 208. Mittlere Lebensdauer | 104 | | |

II. Vereine

| | | | |
|--|-----|---|-----|
| 212. Vereins-Gesetzgebung | 106 | 215. Assecuranz-Vereine | 113 |
| 213. Wert der Association | 107 | 216. Handwerker-Innungen | 114 |
| 214. Arbeitervereine: a. Trades | | 217. Neuere gewerbliche Orga- | |
| Unions. b. Cooperative | | nisationen | 115 |
| Vereine | 107 | | |

III. Oekonomischer Wirkungskreis des Staates.

| | | | |
|---------------------------------|-----|---------------------------------------|-----|
| 218. Wirkungskreis des Staates | | 220. Wirkungskreis des Staates | |
| im Allgemeinen | 116 | auf socialpolitischem Ge- | |
| 219. Gesetzgebung in wirt- | | biete | 117 |
| schaftlicher Richtung | 116 | | |

DRUCK VON H. S. HERMANN IN BERLIN.

